

Nr. 32 / November 2012

ISSN 1439-2012

Vater im Krieg, Mutter in Pommerland?

Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden

Beiträge zur BSV-Jahrestagung 2012

VORWORT	3
<i>Judith Conrads</i>	
MACHOS, MEMMEN UND ANDERE KLISCHEES – WAS FRIEDEN MIT FRAUEN UND MÄNNERN ZU TUN HAT	5
<i>Dr. Ute Scheub</i>	
INPUT ZUR PODIUMSDISKUSSION „AUF DEM WEG ZUM FRIEDEN IN AFGHANISTAN – FRAUENRECHTE IN DER WARTESCHLEIFE	12
<i>Jessica Mosbahi</i>	
AUF DEM WEG ZUM FRIEDEN IN AFGHANISTAN – FRAUENRECHTE IN DER WARTESCHLEIFE	16
<i>Otmar Steinbicker</i>	
ZWISCHEN GENDER BLINDNESS UND GENDERPHOBIE: WARUM FÄLLT ES AUCH IN DER FRIEDENSARBEIT SO SCHWER; DIE G-FRAGE ZU STELLEN?	18
<i>Heide Schütz</i>	
DER KATZTE DIE KRALLEN SCHÄRFEN – DIE UN-RESOLUTION 1325 ZU FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT	22
<i>Heidi Meinzolt</i>	
MILITARISIERTE MÄNNLICHKEIT IM SPANNUNGSFELD VON KRIEG UND FRIEDEN	28
<i>Prof. Dr. Rolf Pohl</i>	
MOBILE AKADEMIE FÜR GENDERDEMOKRATIE UND FRIEDENSFÖRDERUNG OWEN e.V:	40
<i>Dr. Marina Grasse</i>	
GENDERASPEKTE IN DER BERATUNGS- UND TRAININGSARBEIT - ALS FRIEDENSFACHKRAFT IM SÜDSUDAN 2005 – 2010	43
<i>Anne Dietrich</i>	
AUSWIRKUNGEN DER GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE AUF MENSCHEN IN UND NACH KRIEGEN	46
<i>Dr. Rita Schäfer</i>	
DIFFERENT CULTURE – DIFFERENT GENDER? NONVIOLENT PEACEFORCE: HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE PROJEKTARBEIT	52
<i>Outi Arajärvi</i>	
ZUR ARBEITSGRUPPE „DIE FRIEDENSBEWEGUNG UNTER DER GENDERLUPE“	56
<i>Dr. Nina Althoff und Kai-Uwe Dosch</i>	

Vorwort

Judith Conrads

Wie wirkt sich der Faktor Geschlecht auf Konzepte von Sicherheit aus? Wie kann ein geschlechtergerechter Frieden aussehen? Diese und ähnliche Fragen diskutierten die rund 60 Teilnehmenden der BSV-Tagung „Vater im Krieg, Mutter in Pommerland? – Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden“, die vom 16. bis 18. März 2012 in Dortmund stattfand. Der BSV hat zu der Tagung eingeladen, um Friedensarbeit „durch die Genderbrille“ zu betrachten.

Gender, d. h. das „soziale Geschlecht“, das Menschen aufgrund ihrer in der Regel von Geburt an zugewiesenen Geschlechtszugehörigkeit einnehmen, stand dabei im Mittelpunkt der Betrachtung: Durch unterschiedliche Erwartungen an Einstellungen und Verhaltensweisen werden die sozialen Kategorien Frau – Mann hergestellt; gesellschaftlich geprägte Normen und Rollenmuster werden von den Individuen aufgrund ihrer Einordnung in eine der Kategorien übernommen.¹

Das Geschlechtersystem kann nur durch die Bezugnahme der Kategorien Frau - Mann aufeinander existieren und beruht auf der Hervorhebung von Ungleichheiten. Die damit einhergehende Hierarchisierung macht aus Geschlechterverhältnissen Machtverhältnisse, die es sichtbar zu machen und zu hinterfragen gilt. Die in dieser Dokumentation versammelten Beiträge der Referentinnen und Referenten setzen hier an und geben einen Einblick in verschiedene Facetten und Zusammenhänge der Thematik. Sie folgen der Erkenntnis, dass, solange Gender als Strukturkategorie sozialer Ordnung existiert, auch Fragen zu Krieg und Frieden nicht ohne eine explizite Genderperspektive zu bearbeiten sind. Denn, so die Ausgangsthese, wird der Blick auf die Geschlechterverhältnisse versäumt, so können Strukturen, die zur Eskalation der Gewalt beitragen, unberücksichtigt und als konfliktverschärfende Faktoren bestehen bleiben. Will Friedensarbeit effektiv und nachhaltig sein, müssen daher die geschlechtsspezifischen Zusammenhänge berücksichtigt werden.

Ute Scheub erteilt in ihrer Einführung dem Dualismus friedfertige Frau – kriegerischer Mann als vermeintlich biologisch basierendem Determinismus eine Absage und schafft mit dem Fokus auf der Sozialisationsbedingtheit von geschlechtsspezifischem Verhalten die Grundlage, an die auch die anderen Beiträge anknüpfen. Jessica Mosbahi und Otmar Steinbicker beschäftigen sich in ihren Beiträgen zur Podiumsdiskussion mit der Situation von Frauen in Afghanistan unter der Frage, wie ein geschlechtersensibler Friedensprozess aussehen müsste. Heide Schütz appelliert in ihrem Beitrag für eine sensiblere Wahrnehmung in Bezug auf Geschlechterverhältnisse und kritisiert die Tendenz, Gender mit Frauen bzw. Frauenförderung gleichzusetzen. Heidi Meinzolt referiert über die UNSCR 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit und vertritt die Forderung eines Nationalen Aktionsplanes zur besseren Umsetzung der Resolution. Militarisierte Männlichkeit – diesen Begriff stellt Rolf Pohl ins Zentrum seiner Ausführungen, die den Zusammenhang von militärischen Strukturen und der Förderung eines aggressiven und gewaltbereiten Verhaltens herausstellen. Beispiele von best practice und lessons learned in internationalen Projekten der Friedensarbeit mit einem Genderfokus liefern die anschließenden Beiträge. Marina Grasse stellt das deutsch-kaukasische Gender-Projekt OMNIBUS1325 vor. Anne Dietrich berichtet von ihren Erfahrungen als ZFD-Friedensfachkraft im Sudan. Als positives Beispiel gelungener Arbeit an Rollenbildern präsentiert Rita Schäfer u. a. das südafrikanische Männernetzwerk Sonke. Outi Arajärvi setzt sich mit der Genderperspektive bei der Nonviolent Peaceforce (NP) auseinander. Die Gendersensibilität der „eigenen“ Friedensbewegung nehmen Nina Althoff und Kai-Uwe Dosch in ihrem Beitrag, der die Ergebnisse ihrer Arbeitsgruppe präsentiert, in den Blick.

Die Überlegungen gehen dabei auch in die Richtung, wie geschlechtsspezifische Rollen und Bedürfnisse nicht nur speziell berücksichtigt, sondern wie auch die gesellschaftlichen

Strukturen, durch welche sie erst erzeugt werden, hinterfragt und bearbeitet werden können. Geht man davon aus, dass das hierarchische Geschlechtersystem aufgrund seiner Machtverhältnisse per se Gewalt in sich birgt, so rückt auch die Frage nach einer möglichen Überwindung der Kategorien Frau - Mann zum Erreichen einer gerechteren und gewaltfreien Gesellschaft ins Blickfeld. Diese weitergehende Fragestellung wurde auf der Tagung nur gestreift und könnte in zukünftigen Diskussionen vertieft werden. Eine weitere Perspektive, die an anderer Stelle noch stärker beleuchtet werden müsste, ist die Verwobenheit von Gender mit anderen Differenzkategorien wie Klasse, Ethnie oder Religion und ihr Zusammenwirken im Kontext von (Post-) Konflikten.

Für den BSV ist insbesondere die Frage von Bedeutung, auf welche Weise zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit im Bereich der Zivilen Konfliktbearbeitung die Genderperspektive stärker integrieren können und was dies auch im Hinblick auf die eigenen Strukturen bedeutet. Die Beiträge liefern hierzu wichtige Denkanstöße und Handlungsanregungen. Für zivilgesellschaftliche Friedensarbeit gilt es dementsprechend in der Analyse, sich der Geschlechterverhältnisse und ihre Auswirkungen auf den Konflikt bewusst zu sein. Für friedensfördernde Maßnahmen ist es wichtig, die Konstruiertheit dieser Kategorien sichtbar zu machen, um allen Beteiligten neue Handlungsspielräume auch jenseits derer, die ihnen gemäß der jeweiligen Geschlechterrolle zugewiesen wird, zu eröffnen. Gendersensible Friedensarbeit muss also auf eine Hinterfragung von Rollenbildern, die Gewaltkonflikte fördern, abzielen. Deutlich wird hierbei, dass sowohl Frauen als auch Männer berücksichtigt werden müssen. Geschlechterrollenbilder, die die Auswirkungen von Krieg und Gewalt in unterschiedlicher Weise beeinflussen, können nur unter Einbezug aller Beteiligten bearbeitet und umgeformt werden.

Judith Conrads war bis Juni 2012 BSV-Geschäftsführerin.

Fußnoten:

¹ Die im Bereich der Genderforschung viel diskutierte Frage, inwieweit auch die vermeintlich biologischen Grundlagen dieser Einordnung Konstruktionen sind, wurde an dieser Stelle nicht vertieft.

Die BSV-AG Gender & Frieden, die sich aus dem Wunsch vieler Teilnehmenden heraus bildete, sich eingehender mit der Thematik zu beschäftigen, hat ihre Arbeit aufgenommen und steht allen Interessierten offen. Weitere Informationen hierzu finden sich unter www.soziale-verteidigung.de/ueber-uns/arbeitsgruppen

Machos, Memmen und andere Klischees - was Frieden mit Frauen und Männern zu tun hat

Dr. Ute Scheub

Der US-Anthropologe Robert Dentan hat in den 1970er Jahren festgestellt, dass die rund 30.000 Semai, die zurückgezogen in den unzugänglichen Hügeln Zentralmalaysias lebten, zu den friedlichsten Gesellschaften der Erde gehörten. Sie kannten keine politischen Führer und keine Polizei, keine Gefängnisse und keine Kriminalität, keine Vergewaltigung und keine sexuelle Belästigung. Sie prügeln sich nicht und kämpfen nicht mal im Spiel gegeneinander. Der Forscher war fasziniert von dieser scheinbar utopischen Gesellschaft ohne Staat, ohne Machthierarchie, ohne Gewalt. Er und andere Ethnologen, die seine Befunde später bestätigten, fragten sich, ob diese Volksgruppe überhaupt Aggressivität in unserem Sinne besaß – und verneinten dies.

Die geschlechtergleich lebenden Semai sind ein Beispiel dafür, dass die Neigung zu Gewalt nicht natürlich ist und schon gar nicht „männlich“. Sie widerlegen den späten Sigmund Freud, den Verhaltensforscher Konrad Lorenz und andere, die annahmen, menschliche Aggression sei angeboren. Auch der Freiburger Neurologe Joachim Bauer stellt in seinem Buch „Schmerzgrenze“ fest, Aggression und Gewalt sei kein Trieb, sondern eine evolutionär entstandene Überlebensreaktion auf körperlichen *und* seelischen Schmerz.

In matriarchalischen Gesellschaften leben beide Geschlechter am besten, weil ohne Gewalt, schreibt ein Mann - der argentinische Arzt, Journalist, Buchautor und Fotograf Ricardo Coler. Bei der chinesischen Minderheit der Mosuo traf er auf die „reinste Form des Matriarchats“. Dort gebe es keine Ehen, keine Kleinfamilien, dafür ein freies Liebesleben und viele faulenzende Männer, berichtet er. Sein Fazit: „Wo die Frauen das Sagen haben, geht es auch den Männern besser.“ Eine argentinisch-chinesische Märchenstunde? Nein, sagt er, denn auch bei den Mosuo gebe es Entsetzliches: Butterttee. „Das ist, als ob du Tee aus Fett trinken musst.“

Die Semai, Mosuo und viele andere Beispiele zeigen, dass die Kultur – und nicht die Natur – darüber entscheidet, ob Menschen friedlich oder kriegerisch agieren. Die US-Friedensforscherin Elise Boulding und ihre Mitarbeiter stellen auf www.peacefulsocieties.org insgesamt 25 friedfertige Gesellschaften aus Amerika, Afrika, Asien und Ozeanien vor. Sie betonen, es gebe noch mehr Kulturen dieser Art, viele aber seien noch nicht ausreichend erforscht. Interessanterweise sind 19 dieser 25 Gesellschaften geschlechtergleich organisiert. Es existiert offenbar ein enger Zusammenhang zwischen fehlendem Machtgefälle bei den Geschlechtern und Friedensfähigkeit.

Warum existieren nicht noch *viel mehr* gewaltfreie Kulturen? Friedliche Gesellschaften hatten und haben keine Chance gegen kriegerische, weil sie keine Kriegswaffen erfunden und keine Wehrhaftigkeit gelernt haben. Die meisten der vorgestellten 25 Kulturen haben in unzugänglichen Gebieten oder auf isolierten Inseln überlebt. Wir wissen nicht, wie viele friedliche Kulturen es in der Menschheitsgeschichte gab – Hunderte? Tausende? Abertausende? Sie dürften fast alle von kriegerischen Völkern erobert und zerstört worden sein – meist, ohne Spuren zu hinterlassen.

Das Geheimnis der Semai lag darin, dass kooperative Gewaltlosigkeit im Zentrum ihres Wertesystems steht – im Gegensatz zu unserer konkurrenzbasierten Gesellschaft. Unterstützt wird dieser Pazifismus durch eine Kultur der Fürsorglichkeit: Alle Nahrungsmittel werden geteilt, der Zusammenhalt der Gemeinschaft ist stark, Individualismus zählt nicht. Aggression und Gewalt seien für die Semai absolut tabu, in ihrer Sprache *punan*, berichtet Dentan in seinen Büchern über die Semai. *Punan* sei für sie alles, was einen anderen frustrieren oder zurückweisen könnte; auch Kinder würden niemals zu etwas gezwungen. Die Schattenseite:

Der Gewalt von Fremden seien die Semai hilflos ausgesetzt, weil sie nie gelernt hätten, aggressiv zu sein und sich zu wehren.

Männer und Frauen der Semai unterscheiden sich bloß in zwei Punkten: Nur die Männer jagen – sie töten Kleinwild mit Blasrohren oder Fallen – und sie tragen lange Schurze, Frauen kurze. Bei den Semai werden Ehen auf Zeit geschlossen, uneheliche Kinder gibt es per definitionem nicht, und außereheliche Beziehungen sehen die Semai als „ein Ausleihen“. Falls es trotzdem Konflikte gibt, werden diese in langen Palavern gelöst – zivile Konfliktbearbeitung *as its best*. Die Semai sagen über dieses Verfahren: „Es gibt mehr Gründe, einen Disput zu fürchten als einen Tiger.“

Dass Frauen „von Natur aus“ friedlich und Männer „von Natur aus“ kriegerisch sind, widerlegen also schon die Semai. Dennoch haben unzählige Forscher, auch der Züricher Neuropsychologe Lutz Jäncke, jahrelang nach dem biologischen Unterschied in den Hirnen von Frauen und Männern gefahndet. „Ich bin als Löwe gestartet und als Bettvorleger geendet“, gestand er am Ende. Er fand zwar durchaus Differenzen, aber sie waren nur sehr gering. Und niemand konnte dem Wissenschaftler sagen, ob sie biologisch oder kulturell bedingt waren. Inzwischen glaubt er: „Wir lernen uns in unsere Geschlechterrollen hinein“.

Und zwar, wie Experimente beweisen, vom ersten Tag an: Legt man Erwachsenen ein Baby in den Arm, dann greifen viele zu technischem Spielzeug, wenn sie meinen, es sei ein Junge, und zu einer Puppe, wenn sie glauben, es handele sich um ein Mädchen. Wenn das Baby erschrickt, interpretieren sie das bei vermeintlichen Jungen als Ärger, bei vermeintlichen Mädchen jedoch als Angst. Strampelt der Säugling, animieren sie einen „Jungen“ zu noch mehr körperlicher Aktivität, mit einem „Mädchen“ gehen sie fürsorglicher um. Je größer die Kinder seien, desto größer seien auch die Unterschiede in ihrem Geschlechterverhalten, bestätigt der Gehirnforscher Gerald Hüther. „Das Gehirn wird so, wie man es benutzt“, schreibt er. Indem Jungen die Erwartungshaltung ihrer männlichen Vorbilder zu erfüllen suchten, formten sich nach und nach etwas andere Gehirnstrukturen als bei Mädchen: „Es handelt sich hierbei um einen sich selbst organisierenden Prozess, in dessen Verlauf jeder Junge von dem Zeitpunkt an, an dem er begreift, dass er ein Junge ist, sich so weiterentwickelt, wie das von den Mitgliedern der Gemeinschaft erwartet wird, mit denen er sich verbunden fühlt.“ Bei beiden Geschlechtern formt die Gesellschaft also das Gehirn mit. „Biologie pur“ – das gilt bei Menschen nicht.

Bei Mädchen und Jungen unter drei Jahren gibt es keine Unterschiede im Aggressionsverhalten, fand der finnische Forscher Kaj Björkqvist heraus, der in Zusammenarbeit mit einem internationalen Team das Verhalten von Kindern verschiedener Kulturen verglichen hat. Erst im folgenden Lebensabschnitt lernen die Kleinen zu sprechen und damit Streit mit Worten auszufechten. Dabei sind die Mädchen schneller als die Jungen – offenbar auch, weil sie härter bestraft werden als ihre männlichen Altersgenossen, wenn sie treten, boxen oder schlagen. Im Alter von etwa acht Jahren prügeln Jungen aus westlichen Ländern – so das Ergebnis von Björkqvists Studie – dreimal öfter als Mädchen. Diese setzen stattdessen auf verbale und indirekte Gewalt, auf Beleidigungen, Kränkungen und Ausgrenzungen.

Auch Eltern und Gleichaltrige sanktionieren Mädchen bei Gewaltakten im Schulhof, Jungen dagegen nicht, bestätigt eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen. Mädchen wird körperliche Gewalt aberzogen, während sie bei Jungen toleriert oder sogar gefördert wird. Jedes Geschlecht versucht also in seinem Aggressionsverhalten unbewusst gesellschaftlichen Erwartungen zu entsprechen. Männliche Gewalt wird von unserer Gesellschaft als „naturegegeben“ hingenommen – nach dem Motto: „Jungs müssen eben raufen“ oder „Männer sind eben so“. Gewalttätige Mädchen oder Frauen hingegen gelten schnell als „Furien“ und werden scharf sanktioniert. Mörderinnen bekommen oft höhere Strafen als Mörder. Und eine Soldatin wie Lynndie England, die in Abu Ghraib mitgefoltert hat, löst in den Medien weit größeres Entsetzen – einschließlich Strafverfolgung – aus als ihre

männlichen Kollegen, die irakische Gefangene vergewaltigt haben. Sie wurde strafrechtlich verurteilt, ihre männlichen Kollegen nicht.

Dass Frauen körperliche Gewalt und physisch ausgetragene Statuskämpfe weit mehr ablehnen als Männer, ist also sozial erlernt. Das aber ist für die Gesellschaft von unschätzbarem Vorteil. Schulklassen sind ruhiger und weniger aggressiv, wenn sie zur Hälfte aus Mädchen bestehen, aus Frauen und Männern gemischte Teams, Vereine und Gruppen ebenfalls. Polizeikräfte fürchten nichts mehr als homogene Männermassen, die sich gegenseitig zur Gewalt aufstacheln, wie zum Beispiel Hooligans in Fußballstadien.

Frauen sind aufgrund der erlernten Rollen tendenziell auch besser in der Lage, Gewalt einzudämmen. Ein Polizist, der in Berlin Anti-Gewalt-Trainings durchführt, erklärt das an folgendem Beispiel: „Wenn in einem U-Bahn-Waggon jemand eine andere Person attackiert, dann schätzen umstehende Männer meist ab, ob sie dem Täter körperlich gewachsen sind. Greifen sie ihn an, riskieren sie eine Eskalation, tun sie es nicht, umso schlimmer für das Opfer. Frauen aber wissen, dass sie physisch unterlegen sind. Kluge Frauen überlegen, wie sie das Opfer aus seiner Situation befreien können, zum Beispiel indem sie so tun, als ob sie das Opfer kennen, indem sie es herzlich begrüßen, dabei am Arm packen und aus der Reichweite des Täters ziehen.“

Die deeskalierende Rolle des weiblichen Geschlechts ist in der Friedens- und Konfliktforschung ein bekanntes Phänomen. In oder nach Kriegen sind es vor allem Frauen, die auf den „Feind“ zugehen. Initiativen von Frauen wirken auf männliche Akteure weniger bedrohlich, aber sie werden auch weniger ernst genommen. Um nur ein Beispiel zu nennen: In den 1980er Jahren, als im Nahen Osten jeder politische Kontakt zwischen den Konfliktparteien explizit verboten war, trafen sich Palästinenserinnen und Israelinnen an geheimen Orten in Jerusalem. Sie wurden nicht verhaftet, sie waren ja „nur Frauen“. Später gründeten sie den Jerusalem Link, danach eine Internationale Frauenkommission für einen dauerhaften und gerechten Frieden, die mit Vorschlägen zur Konfliktlösung an die Öffentlichkeit trat. Sie waren die Pionierinnen der Annäherung: Noch heute gehen die offiziellen Friedenspläne nicht über das hinaus, was die Frauen schon in den 1990er Jahren vorgeschlagen hatten.

Beispiele, wie Frauen über die Grenzen von Ethnien, Klassen, Hautfarben oder Religion hinweg Brücken schlagen, gibt es aus unzähligen Konfliktregionen. Ich zähle auf: Liberia, Ruanda, Burundi, Elfenbeinküste, DR Kongo, Tunesien, Ägypten, Jemen, Pakistan, Indien, China, Burma, Nepal, Philippinen, Bosnien, Serbien, Kroatien, Russland, Tschetschenien, Argentinien, Kolumbien, Kuba usw. In praktisch jedem Konflikt sind Beispiele zu finden, wenn man genau hinschaut.

Das ist eine große strategische Ressource – und doch wird sie von der internationalen Gemeinschaft sträflich vernachlässigt. Die im Jahr 2000 verabschiedete Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates, die die gleichberechtigte Einbeziehung von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen fordert, macht darauf zwar aufmerksam, aber die Umsetzung wird von den meisten Staaten nach wie vor vernachlässigt. Bisher waren nicht einmal acht Prozent der Verhandelnden an Friedentischen weiblich. Und hierzulande weigert sich die schwarz-gelbe Bundesregierung beharrlich, einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung von 1325 aufzulegen. (Zur UN-Resolution 1325 s. auch Heidi Meinzolt in diesem Heft.)

Wenn man mit den verschiedenen Rollen der Geschlechter in Friedensprozessen produktiv umgehen will, muss man sich auch Klarheit über die Unterschiede zwischen Männern verschaffen. Der australische Männerforscher Robert W. Connell, die heute eine Frau ist und Raewyn Connell heißt („der als Frau lebt“ unterstellt Travestie, das ist hier nicht der Fall. Sorry, hier muss die Grammatik halt schief bleiben)) beschäftigt sich seit 1985 mit der „hegemonialen Männlichkeit“. Diese beweise sich durch die Dominanz über Frauen und andere Männer, die „unterordnete“, „komplizenhafte“ und „marginalisierte“ Spielarten von Männlichkeit aufwies, sagt Connell. Untergeordnet seien Homosexuelle, marginalisiert seien Männer aus unterdrückten Schichten oder Ethnien. Die Mehrheit der Männer aber sei komplizenhaft, sie profitiere vom System der hegemonialen Männlichkeit und seiner

„patriarchalischen Dividende“ und stütze sie deshalb. Doch können auch Frauen Komplizinnen sein, dann nämlich, wenn sie sich kritiklos den Regeln anpassen oder sich den hegemonialen Männern an die behaarte Brust werfen.

Hegemoniale Männlichkeit ist untrennbar mit Macht und Herrschaft verbunden, mit Werten wie Überlegenheit, Härte und Kampfbereitschaft, Durchsetzungs- und Leistungswillen. In diesem stark hierarchischen Gewaltssystem stehen nur wenige Sieger ganz oben, dafür aber gibt es sehr viele Verlierer. Die Erfolgreichsten sehen auf alle anderen herab, bezeichnen sie als „unmännlich“, „Weicheier“ und „Schlappschwänze“, „Warmduscher“ und „Frauerversteher“ und kastrieren sie somit symbolisch. Auf diese Weise wird das Streben nach Hierarchie und Dominanz als „männlich“ gedeutet und der Wunsch nach Gleichheit und Demokratie als „weibisch“; ebenso gelten Wirtschaft, Politik und Militär als „männlich“, der „versorgende“ Sozialstaat als „weiblich“.

Männer sterben weltweit signifikant öfter an Selbstmord, Unfällen, Gewalt, Krebs, Alkohol- oder Drogenmissbrauch, Mord und allgemeinem Risikoverhalten – oder weil sie einfach nicht zum Arzt oder Psychologen gehen. „Männliche Gewalt gegen sich selbst fängt nicht beim Selbstmord an, vielmehr hört sie dort auf“, schreibt die Journalistin Claudia Heine. „Drei Viertel aller Selbstmörder, 80 Prozent aller Suchtkranken, zwei Drittel aller Notfallpatienten, über 90 Prozent aller Häftlinge in Strafanstalten sind Männer. Gewalt gegen andere hat etwas mit Gewalt gegen sich selbst zu tun. Sie wird als Kompensation benutzt.“ Die Mehrheit der Opfer männlicher Gewalt sind männlich, und die Mehrheit der Männer *leidet* unter dem System der hegemonialen Männlichkeit - ganz besonders jene mit einer abweichenden Männlichkeit, etwa Schwule, Dunkelhäutige oder Pazifisten. Auch diese „schweigende Mehrheit“ der Männer ist eine strategische Ressource. Doch mit ihr ist schwer zu arbeiten. Männer haben irrsinnige Angst davor, aus diesem System auszusteigen und es zu kritisieren, weil sie damit Gefahr laufen, von höherstehenden Männern als „schwul“ oder „weibisch“ deklariert und symbolisch kastriert zu werden.

Auch deshalb gibt es so wenige männliche Genderforscher. Deutsche Wissenschaftler hängen zwar gern ihr Fähnlein in jeden Wind, der aus den angelsächsischen Ländern herüberweht – für die dort längst anerkannten *gender studies* gilt aber das Gegenteil. Im Unterbewusstsein deutscher Männer ist der Begriff *gender* offensichtlich gleichbedeutend mit Weiblichkeit und Entmannung.

Das trifft auch auf weite Teile der Gewalt- und Konfliktforschung zu. Schon in den 1980er Jahren kritisierten Wissenschaftlerinnen, Geschlechterfragen würden aus den zu untersuchenden Konflikten systematisch ausgeblendet, dies führe zu partieller Blindheit. Männlich werde gleichgesetzt mit „handlungsfähig, energisch, dynamisch, durchsetzungsfähig, hart, erfolgreich“, so die Friedensforscherin Astrid Albrecht-Heide, deshalb würden männliche Wissenschaftler ihre „weichen“ und „nicht-herrschaftsfähigen Eigenschaften“ an Frauen delegieren. Schon das Wort „Frieden“ sei „weiblich kodiert und daher nicht stark, sondern schwach“. Und: „Was in der westlichen Dominanzkultur als ‚schwach‘ gilt – tolerant sein, zulassen können, viele Lösungen für einen Konflikt sehen, teilen können, nicht alles ordnen müssen, warten können usw., wäre jedoch für Friedenslösungen entscheidend.“ Nicht zufällig, befand Albrecht-Heide, lägen die Forschungsschwerpunkte männlicher Friedensforscher auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle, in die ihre heimliche Waffenfaszination eingehe, oder im Bereich internationale Politik, in die Allmachtsfantasien hineinspielten. Männer machten ihr eigenes Geschlecht unsichtbar, damit werde Selbsterfahrung unmöglich.

Ein Blick auf ein NATO-Treffen oder einen Militärgipfel genügt, um die männliche Monokultur der Sicherheitspolitik zu erkennen. Die Frauenquote sei hier gleich null, berichtet Constanze Stelzenmüller in der *Zeit*. „Schlüsseljobs (Staatssekretär, Politischer Direktor, NATO-Referatsleiter) sind in Männerhand. Im Verteidigungsministerium haben Frauen zivile Leitungspositionen, aber keine führt ein Kernressort wie den Planungsstab. In Fraktionen und Parteien beschäftigt sich nur eine Hand voll Frauen mit Sicherheitspolitik.“ Zugleich sind

Sicherheitspolitiker unfähig, militarisierte Männlichkeit zu thematisieren oder gar als Konfliktursache in ihre Analysen einzubeziehen. Das Thema Geschlecht ist so verschrien, dass ein leitender Beamter der Bundesregierung gegenüber der Autorin bekannte, amtsintern nehme er das Wort „gender“ nicht in den Mund, weil er Angst habe, sich damit „lächerlich“ zu machen. Genauer gesagt hat er Angst vor Entmannung und Selbstkastration.

Auch Brutalitäten unter Männern werden kaum öffentlich thematisiert. Die am meisten verschwiegene und verleugnete Form von Gewalt ist sexuelle Gewalt von Männern gegen Männer – und das weltweit. In den USA sind bis zu einem Fünftel der männlichen Häftlinge sexuellen Gewaltakten ausgesetzt. In iranischen Gefängnissen wurden nach den Unruhen vom Sommer 2009 verhaftete Demonstranten offenbar brutal vergewaltigt. Eine repräsentative anonyme Befragung in Südafrika brachte zutage, dass fast drei Prozent aller Vergewaltigter sich auch an Männern vergangen hatten und zehn Prozent aller Männer bereits Opfer von sexueller Gewalt geworden waren. Auch in zahllosen Kriegen kam es zu Vergewaltigungen von Männern und zu sexueller Folter, in der Demokratischen Republik Kongo ebenso wie in Ex-Jugoslawien.

Doch systematische Studien über das Ausmaß scheitern am Schweigen der Opfer. Daher ist vollkommen unerforscht, was diese Erfahrungen in männlichen Körpern und Seelen bewirken. Das sei „das Tabu des Tabus“, sagt die Sozialwissenschaftlerin Dubravka Zarkov, die zu Vergewaltigungen von Männern in den Balkankriegen geforscht hat. Nichts sei für das Patriarchat bedrohlicher zu thematisieren als die Vergewaltigung von Männern durch Männer, glaubt auch Yakin Ertürk, die frühere UN-Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen. Denn diese zerstöre den Mythos von der männlichen Wehrhaftigkeit.

Auch bei den Reaktionen auf erlittene Gewalt scheint es erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu geben – allerdings steht die Forschung hier erst am Anfang, weil diese Differenzen lange Zeit ignoriert wurden. Frauen, die als Mädchen geschlagen oder sexuell missbraucht wurden oder beobachten mussten, wie ihr Vater ihre Mutter schlug, tendieren offenbar dazu, massiven Selbsthass zu entwickeln und in der Opferrolle gefangen zu bleiben. Sie werden beispielsweise mager- oder tablettensüchtig oder fügen sich selbst Verletzungen zu. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie an gewalttätige Ehemänner geraten, ist laut dem Kriminologen Christian Pfeiffer sechsmal höher als bei Frauen ohne Gewalterfahrung. Auch Studien aus Südafrika zeigen: Frauen mit Gewalttraumata werden öfter schon als Teenager schwanger, nehmen Drogen und Alkohol, haben Essstörungen oder begehen Selbstmord.

Anders Männer, die als Kinder Gewalt durch Väter oder Erzieher erfuhren. Sie tendieren dazu, die Täterrolle zu übernehmen und selbst gewalttätig zu werden – auch, um ihre frühere Opferrolle zu verbergen und die Scham, selbst einmal Opfer gewesen zu sein. In Südafrika belegen zahlreiche Studien, dass Männer, die in ihrer Kindheit häusliche Gewalt beobachtet oder erlebt haben, signifikant öfter brutal agieren als Männer, die diese Erfahrung nicht teilen. Ihr Selbsthass gleicht in seinem Ausmaß wahrscheinlich dem von Frauen mit Gewalttraumata, aber anders als diese tendieren sie dazu, den Hass nach außen zu projizieren, auf andere Männer oder Frauen, die sie dann zu unterwerfen versuchen. Viele werden alkohol- und drogensüchtig und leben im benebelten Zustand ihre Gewaltfantasien aus. Indem sie gewalttätig werden, glauben sie, sich vor ihren destruktiven Erinnerungen schützen zu können. Doch gibt es bei Männern mit Gewalterfahrung auch soziale Unterschiede. Denn wer arm und unterprivilegiert ist, kann seine Wut oft „nur“ an der eigenen Ehefrau und den eigenen Kindern auslassen. Wer jedoch der weißen Oberschicht angehört, lebt sein destruktives Potenzial in den Machtzentren von Politik, Wirtschaft oder Militär aus.

Wie sehr das Regime der hegemonialen Männlichkeit Männern selbst schadet, hat der kanadische Soziologe Michael Kaufman in einem Aufsatz zusammengefasst. Kaufman sieht das Regime der hegemonialen Männlichkeit als „Triade von Gewalt“ – Gewalt gegen Frauen, gegen andere Männer und gegen sich selbst. Dabei biete brutales Verhalten Männern „eine reiche Palette an Privilegien und Machtformen“. Wenn ein Mann seine Frau schlage, weil sie

das Abendessen nicht rechtzeitig serviert habe, dann „nicht nur, damit das nicht wieder passiert, sondern weil er glaubt, er sei zu solchen Privilegien berechtigt.“ Es seien also nicht nur Machtungleichheiten, die zu Gewalt führten, sondern das Gefühl, dazu berechtigt zu sein. Männer könnten nicht so handeln, wenn die Gesellschaften ihr Verhalten nicht tolerieren würden – explizit oder stillschweigend, legitimiert durch Traditionen, Gesetze oder religiöse Praktiken. Kaufman erinnert daran, dass nicht einmal in der Hälfte aller Länder Gesetze gegen häusliche oder sexuelle Gewalt existieren. Stattdessen würden aggressive Akte, meist gegen andere Männer, heroisiert und gefeiert – ob im Sport oder Krieg, im Film oder in der Literatur. Dadurch werde Gewalt „naturalisiert“ und zum „de facto Standard menschlicher Beziehungen“, um Konflikte zwischen Individuen, Gruppen oder Nationen zu lösen.

Kaufman sieht aber auch ein „Paradox der Männermacht“: Dieselben Mittel, die zur Macht von Männern führten, seien „die Quelle enormer Angst, Isolation und Leiden auch für uns Männer“, weil machtvoll handeln eine Art Körperpanzer und angstvolle Distanz zu anderen erfordere. Die verinnerlichten Anforderungen an Männlichkeit zu erfüllen, sei extrem anstrengend, fast unmöglich und erfordere andauernde Wachsamkeit. Aus Furcht, nicht männlich genug zu sein, gerieten besonders Heranwachsende schnell „in Turbulenzen von Angst, Isolation, Ärger, Selbstbestrafung, Selbsthass und Aggression.“ In einem solchen emotionalen Zustand werde Gewalt zu einem Kompensationsmechanismus. „Sie ist ein Weg, um das männliche Gleichgewicht zu stabilisieren“, so Kaufman. Täter wählten daher gewöhnlich ein schwächeres Opfer: Kinder, Frauen, Schwule, religiöse oder soziale Minderheiten oder Migranten. Gerade das „Schwulenklatschen“ mache den Akt der Kompensation besonders deutlich. Die Täter seien zumeist Jugendliche in einer Lebensphase, in der sie ihre Identität als extrem unsicher und fragil erlebten. Um ihr Mannsein zu beweisen, schoben sie anderen die Rolle des „Unmännlichen“ gewaltsam zu.

Eine Gewaltursache ist für Kaufman, dass viel zu viele Jungen in Haushalten aufwachsen, in denen die Mutter vom Vater geschlagen werde, oder in dem Männer – Väter, Erzieher, Lehrer – abwesend seien. Deshalb seien Jungs gezwungen, ihre Männlichkeit in der Fantasie zu konstruieren. Von Kino- und Actionhelden lernten sie, ihre vielfältigen Emotionen zugunsten einer einzigen zu unterdrücken: Ärger. Die Botschaft der Filme sei, dass es okay ist, auf Angst, Verletzung, Unsicherheit, Leid, Zurückweisung und Herabsetzung mit gewalttätiger Wut zu reagieren.

Was Kaufman indes nicht erwähnt: In streng patriarchalischen Gesellschaften erfahren Männer von Kindesbeinen an, dass sie etwas „Besseres“ sind, dass ihr Status höher ist, dass sie mehr Freiheiten haben als ihre Schwestern, und dass sie, wenn sie älter sind, sogar über ihre Mütter bestimmen dürfen. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern bestimmt in diesen Gesellschaften über Status und Prestige. Diese frühe, tief im Unterbewusstsein verankerte Erfahrung dient vielen Männern – und auch Frauen – als Modell für ihren späteren Umgang mit sozialen Unterschieden. Meine These: Männerdominierte Gesellschaften sind deshalb weitaus anfälliger für Identitäts- oder Statuskonflikte als geschlechteregale. Weil der künstlich vertiefte Geschlechterunterschied quasi ansteckend ist, kann er mühelos in andere gesellschaftliche Hierarchien übersetzt werden. So sind kriegerische Auseinandersetzungen wegen ethnischer, sozialer oder religiöser Differenzen in patriarchalischen Gesellschaften viel häufiger als in egalitär organisierten.

Eine herausragende Rolle in der Gewalttradition einer Gesellschaft spielt das Militär. Es ist eine Art symbolische Recyclinganlage, in der Normen gewalttätiger Männerdominanz immer wieder erneuert und weitergegeben werden. Erniedrigung wird bewusst mit Verweiblichung gleichgesetzt: Vorgesetzte beleidigen männliche Rekruten als „Fotze“ oder „Weichei“, zwingen sie zu demütigenden „weiblichen“ Arbeiten wie Putzen und Abwaschen oder lassen sie den Boden mit Zahnbürsten schrubben. In keiner Armee der Welt werden Soldatinnen genauso behandelt wie Soldaten, weder in den USA und Israel noch in Russland, China, Japan oder Großbritannien, ergaben Studien der Militärforscherinnen Christine Eifler und Ruth

Seifert. Die Abwertung weiblicher Soldaten erfolgt mit Grabschereien, Beleidigungen, Vergewaltigungen, sexuellen Übergriffen. Frauen in militarisierte Systeme einzubeziehen, kann also keine Lösung sein – auch nicht im Rahmen der UN-Resolution 1325.

In hohem Umfang gewaltmindernd ist jedoch die Einebnung des Machtgefälles zwischen Männern und Frauen. In einer statistischen Analyse von 159 Ländern zwischen 1960 und 1992 fand die US-Konfliktforscherin Mary Caprioli zusammen mit ihrem Kollegen Marc A. Boyer heraus: Staaten verfolgen eine friedliche Außenpolitik, wenn viele Frauen in ihren Parlamenten vertreten sind, wenn diese schon lange das Wahlrecht haben, wenn ein hoher Prozentsatz von ihnen bezahlt arbeitet und die Geburtenrate niedrig ist. Die USA sind als Supermacht die berühmte Ausnahme von der Regel.

Capriolis Ergebnisse gelten anscheinend auch umgekehrt: Länder mit wenigen oder keinen weiblichen Parlamentariern, ohne ein schon länger geltendes Frauenwahlrecht, mit wenig bezahlten Jobs für Frauen und einer hoher Geburtenrate neigen dazu, Konflikte mit anderen Staaten gewaltförmig auszutragen. Das Ausmaß an innerer Gewalt, so könnte man zusammenfassen, drückt sich früher oder später auch außenpolitisch aus.

Neuere statistische Studien, etwa von von Erik Melander oder Margit Bussmann, haben diesen Zusammenhang mehrfach bestätigt. Die Greifswalder Professorin hat mittels statistischer Analyse von 110 Ländern im Zeitraum von 1985 bis 2000 herausgefunden, dass der innere Frieden in einer Gesellschaft durch die politische Repräsentation von Frauen stabilisiert wird, durch ihre ökonomische Teilhabe am Arbeitsmarkt und ihren Zugang zu Gesundheit und Bildung. Geschlechtergleichheit befördert laut ihrer Studie außerdem eine gute Regierungsführung, Entwicklung und Demokratie. Und in ihrem Buch „Gleichheit ist Glück – warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“ zeigen Kate Pickett und Richard Wilkinson anhand von umfangreichen statistischen Berechnungen, dass Menschen in Gesellschaften mit vergleichsweise viel Gleichheit – ökonomischer und Geschlechtergleichheit – gewaltärmer, länger und zufriedener leben, glücklicher und gesünder sind. Oder umgekehrt gesagt: Erlebte Ungleichheit macht wütend, aggressiv, gewalttätig, unglücklich, krank und dick (aufgrund von Frustessen).

Wenn die Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen Mitursache von Kriegen und bewaffneten Konflikten sind, dann gibt es keine Alternative zum Kampf um Gleichberechtigung und um Frauenrechte. Das heißt im Umkehrschluss, dass man in der Zivilen Konfliktbearbeitung in Kauf nehmen muss, dass sich Konflikte kurzfristig verschärfen.

Fassen wir zusammen: Dort, wo Frauen gestärkt werden, leben auch Männer besser - und Kinder auch. Dort aber, wo männliche Privilegien geschützt und verteidigt werden, schadet das allen. Vorteile für Männer sind ein Entwicklungshindernis für ganze Nationen. Man könnte das auf eine Art Schleusenformel bringen: Wenn ohnehin schon privilegierte Männer noch besser gestellt werden, verstärkt sich das schon bestehende Gefälle, viele rutschen vom Schiff und ertrinken. Wenn es aber Frauen besser geht, hebt sich das Niveau der ganzen Gesellschaft, und das Schiff namens Entwicklung kann seinen Kurs fortsetzen.

Dr. Ute Scheub ist Journalistin und Autorin, außerdem Mitbegründerin des deutschen Frauensicherheitsrates und westeuropäische Koordinatorin der 1000 FriedensFrauen Weltweit

Input zur Podiumsdiskussion „Auf dem Weg zum Frieden in Afghanistan – Frauenrechte in der Warteschleife?“

Jessica Mosbahi

„Auf dem Weg zum Frieden in Afghanistan – Frauenrechte in der Warteschleife“ lautet der Titel dieses Podiums, und ich habe mich sofort gefragt, ob es denn überhaupt einen Weg zum Frieden geben kann, wenn sich die Frauenrechte tatsächlich in der Warteschleife befinden. Seit Anfang 2002 arbeitet *medica mondiale* in Afghanistan, engagiert sich seitdem nicht nur mit dem Aufbau direkter Unterstützungsstrukturen für Frauen und Mädchen im rechtlichen, medizinischen und psycho-sozialen Bereich, sondern ist auch nah dran an den frauenpolitischen Entwicklungen im Land durch eigene Advocacy-Arbeit für die und mit den afghanischen Kolleginnen. Als die Talibanherrschaft 2001 in Afghanistan durch die Amerikaner mit Hilfe der Nordallianz beendet wurde, markierte das auch für uns den Beginn unserer Arbeit in Afghanistan. Denn zuvor war der Aufbau eines reinen Frauenprojektes, gekoppelt an ein öffentliches politisches Engagement afghanischer Frauen, undenkbar gewesen. Auch wir haben also die Vertreibung der Taliban begrüßt, wenn auch den nur zweifelhaft UN-mandatierten Einmarsch der Amerikaner kritisch betrachtet. Denn es gab nun – wie man auf Englisch so schön sagt - ein „Window of Opportunity“, das es möglich erscheinen ließ, Afghanistan endlich zu befrieden und eine Entwicklung voran zu treiben, die das Land auch für seine Frauen zu einem gerechteren und lebenswerteren Platz machen würde.

Mehr als zehn Jahre später gibt es immer noch keinen Frieden in Afghanistan und auch keine Gerechtigkeit für die Frauen und Mädchen des Landes – wenn auch verbesserte Lebensbedingungen für einzelne Frauen und Fortschritte in manchen Bereichen dabei nicht völlig außer Acht gelassen werden dürfen. Ein besonders wichtiger Fortschritt ist dabei in der Entwicklung einer starken und unabhängigen afghanischen Frauenrechtsbewegung zu sehen, die sich trotz vieler Rückschläge nicht entmutigen und unterkriegen lässt.

Die Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor extrem hoch, rund 90 Prozent der Frauen haben laut einer Studie von Global Rights schon mindestens einmal eine Form von Gewalt erlebt, darunter auch sexualisierte Gewalt. Dabei können wir davon ausgehen, dass es nie gelingen wird, die hohe Dunkelziffer der Gewaltfälle seriös einzuschätzen. Anfang dieses Jahres häuften sich die Fälle extremer Folter und gewalttätiger Übergriffe auf Frauen und Mädchen. Und auch, wenn unsere afghanischen Kolleginnen nicht davon ausgehen, dass die Gewalt gegen Frauen noch weiter angestiegen ist, sondern vielmehr die unermüdliche Aufklärungsarbeit über die Rechte von Frauen langsam Früchte trägt, so machen diese Horrormeldungen doch eines klar: Die Befreiung der afghanischen Frau von Gewalt und Unterdrückung, wie sie zu Beginn so oft als Rechtfertigung für die militärische Besatzung herangezogen wurde, ist gescheitert.

Die große Frage ist, ob eine solche „Befreiung“ mit den angewandten Mitteln überhaupt je möglich war; außer Acht gelassen die Frage, ob sie wirklich als ein Primärziel gewollt war.

Zwischen 2002 und 2010 sind mehr als 29 Milliarden US-Dollar in den Aufbau der afghanischen Armee und Polizei geflossen. Dies ist mehr als die Hälfte der gesamten internationalen Hilfe für Afghanistan in diesem Zeitraum. Das Ergebnis ist, dass die afghanische Bevölkerung laut einer Studie heute mehr Angst vor ihrer Polizei als vor den Taliban hat, und dass rund 142 000 afghanische Polizisten, teils ohne jegliche Ausbildung, bewaffnet wurden und immer wieder schwere Menschenrechtsverletzungen begehen.

In den Justizaufbau hingegen investierte die US-amerikanische staatliche Entwicklungshilfe-Organisation USAID von 2002 bis 2011 lediglich 186 Millionen US-Dollar, was gerade einmal knapp ein Prozent des Gesamthaushalts von USAID für diesen Zeitraum darstellt. Im Vergleich dazu gaben die USA für ihr Militär in diesem Zeitraum über 468 Milliarden US-Dollar aus.

Der Aufbau eines funktionierenden Rechtssystems, das zentral für den Aufbau aller anderen Sektoren gewesen wäre, interessierte weder die Amerikaner noch die anderen internationalen Staaten.

Bis heute herrscht weitgehend Straflosigkeit in Afghanistan, auch für schwere Menschenrechtsverletzungen und besonders für geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen. Frauen, die vergewaltigt wurden, landen – kommt die Vergewaltigung ans Licht – meist selbst im Gefängnis und werden wegen Ehebruchs angeklagt. Mädchen, die wegen schwerer körperlicher Gewalteinwirkungen von zu Hause weglaufen und sich in ein Frauenschutzhaus begeben, können ebenfalls deswegen inhaftiert werden, was regelmäßig geschieht.

Der mehr als zehn Jahre andauernde Militäreinsatz in Afghanistan hat also den Frauen und Mädchen weder mehr Sicherheit vor Gewalt noch gleichberechtigte Teilhabe am sozialen und politischen Leben oder Bewegungsfreiheit auch in abgelegenen Regionen des Landes gebracht. Der lange anhaltende Glaube daran, Afghanistan militärisch befrieden zu können, und die Strategie, den militärischen Investitionen vor dem zivilen Aufbau Vorrang zu geben, haben sich als Trugschluss herausgestellt.

Dennoch, und das dürfen wir nicht ausblenden, wenn wir über den Zusammenhang zwischen Frauenrechten und Militäreinsatz sprechen, ergab eine Studie der Organisation Action Aid vom Oktober 2011, dass 41 Prozent der 1000 befragten Frauen davon ausgehen, dass sich ihre persönliche Sicherheit nach dem Abzug der internationalen Truppen verschlechtern wird. 66 Prozent gaben an, sich heute sicherer als vor zehn Jahren zu fühlen. Das sind Stimmen afghanischer Frauen, die wir in unseren Betrachtungen nicht ignorieren dürfen und können, auch wenn wir ihre Meinung nicht immer teilen.

Bei der Debatte um die Wirksamkeit militärischer Intervention, insbesondere zur Durchsetzung und Bewahrung von Frauenrechten, darf es aber nicht nur um die Frage nach der Bejahung oder Ablehnung militärischer Gewalt gehen. Vielmehr muss auch Folgendes kritisch hinterfragt werden: hätte eine ausschließlich zivile Unterstützung nach 2001 die Situation der Frauen in größerem Ausmaß verbessert, wenn zivile Friedensarbeit und internationale Entwicklungspolitik und auch -hilfe die Rolle von Frauen für die Stabilisierung der afghanischen Nachkriegsgesellschaft so sträflich außer Acht gelassen hätte, wie dies in den letzten zehn Jahren immer wieder der Fall war? Die Antwort lautet: Nein!

Als Frauenrechtsorganisation, die seit fast 20 Jahren in Kriegs- und Nachkriegsgebieten arbeitet, müssen wir immer wieder erfahren, dass die wichtige gesellschaftliche Rolle von Frauen vor, während und nach einem Krieg keine Anerkennung findet, weder in der internationalen Politik noch in den jeweiligen Gesellschaften.

Geschweige denn wird der Zusammenhang zwischen sexualisierter und anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen als Hindernis für den Frieden ernst genommen. Dies, obwohl die UN-Sicherheitsratsresolutionen 1325 und 1820 sowie ihre Nachfolgeresolutionen genau diesen Zusammenhang anerkennen und sexualisierte Gewalt als friedens- und sicherheitspolitisches Risiko bewerten.

Diese Ignoranz nicht nur afghanischer sondern auch deutscher und internationaler Politiker und Politikerinnen lassen uns nun mehr als besorgt auf den in Gang gekommenen Friedensprozess in Afghanistan schauen. Dabei ist ein Streitpunkt, ob denn überhaupt mit den Taliban oder auch anderen Gruppierungen verhandelt werden soll, wenn diese nicht bereits vor Beginn der Verhandlungen die Menschenrechte, auch die der Frauen, anerkennen. Ein anderer Streitpunkt muss aber sein, ob überhaupt verhandelt werden darf, wenn keine Frauen am Verhandlungstisch sitzen und dort auch ihre Positionen einbringen können.

Aber zunächst zur Frage, ob mit den Taliban oder anderen Gruppen, die die Rechte der Frauen nicht anerkennen, verhandelt werden soll. Wir denken, es gibt keinen anderen Weg. Selbst internationale Politiker und Politikerinnen vertreten mittlerweile offen die Ansicht, dass es keinen kriegsrischen Weg zum Frieden in Afghanistan geben wird, sondern nur politische Verhandlungen zum Erfolg führen können. Diese Einsicht kommt leider viel zu spät. Schon seit Beginn des internationalen Einsatzes in Afghanistan hat *medica mondiale* die Ansicht

vertreten, dass nur ein Primat des Zivilen Stabilität und Sicherheit und letztlich auch Frieden bringen kann.

Dazu gehört auch, dass die Konfliktparteien miteinander verhandeln müssen. Denn wie sonst will man zu einer Lösung kommen? Allerdings kann ein solcher Ansatz nur von Erfolg gekrönt sein, wenn tatsächlich alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen in Verhandlungen vertreten sind, und das sind ganz sicher nicht nur die afghanische Regierung, die Taliban und die USA. Vielmehr ist die Gemengelage in Afghanistan so undurchsichtig, dass der Kreis der Verhandelnden auf viele weitere Gruppen, wie z. B. Vertreter der Nordallianz und Kriegsopfervverbände erweitert werden müsste. Vor allem aber müssten endlich die afghanischen Frauen einen festen Platz am Verhandlungstisch erhalten.

Von dieser Einsicht sind die afghanische Regierung und auch die internationale Gemeinschaft jedoch meilenweit entfernt. Auch wenn im Vorfeld der zweiten Bonner Afghanistan-Konferenz im Dezember 2011, und auch auf der Konferenz selbst, alle Politiker und Politikerinnen davon sprachen, wie wichtig die Partizipation afghanischer Frauen für das Gelingen des afghanischen Friedensprozesses sei, liegen Theorie und Praxis wie so oft weit voneinander entfernt. Selbst wenn es manche Politiker und Politikerinnen tatsächlich ernst damit meinen, so müssen wir doch davon ausgehen, dass es sich bei vielen anderen um reine Lippenbekenntnisse handelt. Denn wo sind denn die afghanischen Politikerinnen und Frauenrechtsaktivistinnen bei den Sondierungsgesprächen, die zurzeit zwischen den verschiedenen Akteuren stattfinden? Wo waren und sind die Frauen, die Teil des Hohen Friedensrates sind, der u. a. mit der Aufgabe betraut ist, Gespräche mit Aufständischen zu führen, die ihre Bereitschaft zum Frieden signalisiert haben? Die männlichen Mitglieder des Hohen Friedensrates sagen ganz offen, dass sie ihre weiblichen Kolleginnen nicht für geeignet halten, Gespräche mit den Taliban zu führen. Nicht nur, weil dies für die Frauen viel zu gefährlich sei sondern auch, weil Frauen angeblich keine Geheimnisse für sich behalten könnten.

Afghanische Frauen wissen nicht, welche Themen Gegenstand der zurzeit laufenden geheimen Vorverhandlungen sind und ob ihre Rechte und die ihnen verfassungsmäßig zugestandene Gleichberechtigung überhaupt eine Rolle spielen. Klagen sie mehr Transparenz und ihre Beteiligung ein, wird ihnen entgegen gehalten, dass es sich lediglich um vertrauensbildende Maßnahmen handele und zu viel Transparenz den gesamten Prozess gefährden würde. Hierbei handelt es sich aber um ein gern genutztes Totschlagargument, das nach Belieben immer dann heran gezogen werden kann, wenn man sich vor unbequemen Fragen schützen will. Zu Recht fürchten afghanische Frauen, dass zugunsten des Truppenabzugs 2014 nun ein schneller Deal eingefädelt werden soll, der zur Not auch die Frauenrechte außen vor lässt. Wir befürchten das auch. Denn sollten keine afghanischen Frauen mit am Verhandlungstisch sitzen, wer wird für die Aufnahme ihrer Rechte als verbindliche Regelung in den Friedensvertrag kämpfen? Die afghanische Regierung, die es seit mehr als zehn Jahren nicht schafft oder schaffen will, die Frauen in ihrem Land vor sexualisierter und anderen Formen von Gewalt zu schützen und endlich die Straflosigkeit für diese schweren Menschenrechtsverletzungen zu beenden, wird diese Rolle wohl kaum übernehmen. Und die Amerikaner oder andere Vertreter und Vertreterinnen aus den Truppen stellenden Staaten, die massiv unter Druck stehen, den Milliarden verschlingenden Einsatz endlich zu beenden und zumindest ein irgendwie geartetes Abkommen mit den Taliban einzufädeln, eignen sich auch nicht für diese Rolle. Aber selbst wenn die benannten Akteure sich für die Frauenrechte einsetzen würden, gäbe es keine Rechtfertigung dafür, dass Frauen in den Verhandlungen nicht selbst für sich sprechen dürfen. Wie sagte es der afghanische Außenminister Rasul auf dem zivilgesellschaftlichen Forum vor der offiziellen Afghanistan-Konferenz so schön: „Die Beteiligung von Frauen am Friedensprozess ist kein Geschenk an die Frauen, sondern ihr gutes Recht.“ Dieser Satz aus dem Munde des afghanischen Außenministers! Aber wie ernst können wir eine solche Aussage nehmen, wenn das Recht auf Teilhabe von Frauen an allen friedens- und sicherheitspolitischen Prozessen bislang kaum

Anerkennung findet? Und das, obwohl die meisten Staaten die UN-Sicherheitsratsresolution 1325 aus dem Jahre 2000 ratifiziert haben und somit auch zu ihrer Umsetzung verpflichtet sind.

Für uns ist jedenfalls auch die zweite Frage damit eindeutig beantwortet: Verhandlungen mit den Taliban oder anderen Gruppen dürfen nicht ohne afghanische Frauen stattfinden!

Die Gefahr, die von einer Nicht-Beteiligung afghanischer Frauen am Friedensprozess ausgeht, reicht aber noch viel weiter als die drohende Folge ihrer erneuten Entrechtung. Es mag viele afghanische Männer nicht interessieren, wenn der weibliche Bevölkerungsteil ihres Landes geschlagen, unterdrückt und gedemütigt wird. Und es mag internationalen Politikern und Politikerinnen angesichts der verfahrenen Situation, in der sie sich befinden, als das kleinste Problem erscheinen, wenn den Frauen ihre Menschenrechte wieder aberkannt werden würden. Dabei verkennen sie alle, dass die Folgen eines ohne die Frauen geschlossenen Friedensabkommens langfristig auch für die afghanische Gesellschaft und die internationale Staatengemeinschaft zu spüren sein werden.

Wir wissen aus unserer eigenen Arbeitserfahrung und auch aus vielen Studien, dass sich die Kriegsgewalt gegen Frauen in der Nachkriegszeit fortsetzt und noch verschärft. Eine Gewalt, die meist schon zu Friedenszeiten aufgrund patriarchaler Strukturen existierte, und die sich im Krieg noch zuspitzt. Werden die Themen sexualisierte Gewalt und andere Formen geschlechtsspezifischer Gewalt nicht explizit zum Gegenstand von Friedensverhandlungen gemacht und wird die geschlechtsspezifische Gewaltausübung nicht als ein Verbot in ein Friedensabkommen aufgenommen, so werden die Themen in der Nachkriegszeit unter den Tisch fallen. Die Gewalt wird sich fortsetzen oder sogar noch verschlimmern und für die Frauen Afghanistans wird somit auch weiterhin keine Sicherheit bestehen. Aber auch die afghanische Gesellschaft wird davon betroffen sein. Die durch die Gewalteinwirkungen entstandenen seelischen und körperlichen Wunden machen es den Frauen zum Teil unmöglich, sich aktiv am Wiederaufbau ihres Landes zu beteiligen. Hinzu kommt, dass die meisten Frauen sich nur sehr eingeschränkt außerhalb des Hauses bewegen, und mit Männern, die nicht zu ihrer Familie gehören, nicht reden dürfen. Die Frauen sind also faktisch vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und werden somit auch nichts zum Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft in Afghanistan beitragen können. Dabei ist es nachgewiesen, dass insbesondere Frauen, die die Chance auf eine Ausbildung erhalten und einen Job bekommen haben, nicht nur sich selbst, sondern meist die ganze Großfamilie aus der Armut holen und auch die weitere Gemeinschaft davon profitieren lassen. Ohne ein nachhaltiges Engagement für die Anerkennung und Umsetzung von Frauenrechten sind weitere gesellschaftliche Konflikte vorprogrammiert.

Die Friedensverhandlungen müssten, ebenso wie ein mögliches Friedensabkommen in Afghanistan und in anderen Ländern, also den gesellschaftstransformierenden Aspekt eines Friedensschlusses in den Mittelpunkt stellen. Für den Frieden in Afghanistan heißt das, dass das Friedensabkommen den Weg frei machen muss für ein Land, in dem Frauen und Männer gleiche Rechte haben und Gewalt gegen Frauen bestraft wird. Aber auch das Thema „Transitional Justice“ und die Bestrafung von Kriegsverbrechern muss eine Rolle spielen.

Sollten diese Aspekte nicht berücksichtigt werden, befinden sich die Frauenrechte nicht nur in der Warteschleife, sondern wohl eher auf einem Abstellgleis.

Jessica Mosbahi ist Referentin für Menschenrechte und Politik bei *medica mondiale e. V*

Auf dem Weg zum Frieden in Afghanistan - Frauenrechte in der Warteschleife?

Otmar Steinbicker

Die Frage, die wir wohl zu Beginn stellen müssen, lautet: Sind wir überhaupt auf dem Weg zum Frieden in Afghanistan?

Da sind zumindest deutliche Zweifel angebracht! Solange die ISAF-Truppen in Afghanistan stehen, herrscht Krieg – es sei denn, es kommt zu einem Waffenstillstand. Ernsthaftige Bemühungen, zu einem Waffenstillstand zu gelangen, gab es seit 2009. Doch letztlich lehnten NATO und Bundesregierung einen solchen Schritt ab.

Gibt es Frieden, wenn ISAF-Truppen Afghanistan verlassen? Auch da sind Zweifel angebracht! Frieden setzt voraus, dass vor dem Abzug der ISAF-Truppen die afghanischen Konfliktparteien eine Konsenslösung finden, die die Interessen der Nachbarstaaten und der Global Player (USA, Russland, China) berücksichtigt, sodass es keine Einmischung von außen (v.a. Waffenlieferungen an die Konfliktparteien) gibt.

Eine solche Friedens-Konsens-Lösung ist nicht unmöglich. Es gab bereits 2010 ernsthafte Gespräche zwischen NATO und hohen Taliban-Führern. Aus diesen Erfahrungen ist der Shorish-Plan, der Friedensplan des wichtigsten afghanischen Stammesführers, entstanden. Derzeit scheitert eine Friedenslösung vor allem an fehlendem Interesse des Westens. Eine solche Lösung ist nicht mit Karzai zu erreichen, sondern nur mit einer neutralen Übergangsregierung. Dazu ist der Westen derzeit nicht bereit.

Wenn es nicht zu einer Friedens-Lösung kommt, scheint eine weitere Bürgerkriegsrunde vorprogrammiert mit allen absehbaren Folgen auch und gerade für die Frauen! Dieser Bürgerkrieg wird derzeit vorbereitet – auch durch den massiven Ausbau der afghanischen Nationalarmee, mehr noch durch die Aufstellung von Milizen, die nicht in die staatlichen Sicherheitsorgane integriert sind. Diese Milizen werden vor allem von den USA aufgestellt, inzwischen aber auch von Deutschland im Raum Kundus.

Wenn Frieden mehr sein soll als ein verlängerter Waffenstillstand, dann müssen auch Frauenrechte Bestandteil einer Friedens-Konsens-Lösung sein.

Ich sehe dabei folgende Probleme:

1. Dem Westen ging es in Afghanistan nie um Frauenrechte! Es gab in Afghanistan zu keiner Zeit vergleichbare Frauenrechte wie zur Zeit der kommunistischen DVPA-Regierung und der sowjetischen Besatzung. Dagegen wurden bekannte Gegner von Frauenrechten, wie Gulbuddin Hekmatyar, mit Waffen und allem anderen unterstützt, auch von Deutschland.
2. Im Bürgerkrieg nach Abzug der sowjetischen Truppen waren Frauen in besonderem Maß Opfer der Gewalt.
3. Die Schreckensherrschaft der Taliban war in der Geschichte Afghanistans die mit Abstand schlimmste Zeit für die Frauen. Das darf sich nicht wiederholen!
4. Im gegenwärtigen Afghanistan gibt es von der Verfassung garantierte Frauenrechte. Die stehen erst einmal auf Papier. In der Realität gibt es massive Probleme: Zwangsheiraten, straffreie Vergewaltigungen durch Warlords, Versuche des Religionsrates, das Rad der Frauenrechte zurückzudrehen.

Die wichtigste Frage lautet zum Schluss: Können Frauenrechte Bestandteil einer Friedens-Konsens-Lösung mit den Taliban sein?

Ich denke, sie können es und sie müssen es sein. Sicherlich haben die Taliban vielleicht zusammen mit anderen die größten religiös-ideologischen Probleme, Frauenrechten zuzustimmen.

Aber: Die Ideologie, die ihre Schreckensherrschaft bestimmte, war kein afghanischer Traditionalismus, sondern aus Saudi-Arabien importierter Wahabismus! Eine Rückbesinnung auf afghanische Traditionen ist für die Taliban ein gangbarer Weg ohne Gesichtsverlust.

In einem Elf-Punkte-Papier der Taliban, das im Verlauf der Gespräche mit der NATO 2010 entwickelt wurde, heißt es:

„11. Die Rechte der Frauen werden getreu den afghanischen Traditionen gewährleistet. Dazu gehört das Recht der Frauen auf Teilnahme am politischen Willensbildungsprozess. Das bereits vor langer Zeit eingeführte Frauenwahlrecht bleibt bestehen. Das Recht der Frauen auf Bildung und Berufsausübung wird garantiert.“

Von deutschen Diplomaten wurde mir versichert, dass nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis Bewegung bei den Taliban festgestellt wurde. So soll es Mädchenschulen jetzt auch in den Taliban-kontrollierten Gebieten geben.

Es bestehen also durchaus realistische Chancen, dass die Garantie von Frauenrechten auch Bestandteil einer Friedenslösung wird.

Damit das geschehen kann, gehören selbstverständlich auch Frauen an den Verhandlungstisch.

Die aktuelle Aufgabe lautet aber vor allem, erst einmal wieder ernsthafte Gesprächsfäden zu knüpfen, aus denen dann Verhandlungen entstehen können.

Otmar Steinbicker ist Journalist und Herausgeber des Aachener Friedensmagazins *aixpax.de*. Er ist ehemaliger Vorsitzender des Aachener Friedenspreis e.V. und Mitglied im Kooperationsrates der Kooperation für den Frieden.

Zwischen Gender Blindness und Genderphobie: Warum fällt es auch in der Friedensarbeit so schwer, die G-Frage zu stellen?

Heide Schütz

Ich verstehe meinen Beitrag als einen Impuls dafür, die Genderfrage häufiger und nachdrücklicher zu stellen und die Themen Gendersensibilität und Geschlechtergerechtigkeit in der Friedensarbeit zu verankern, bildlich gesprochen: öfter mal die Genderbrille aufzusetzen.

Zur Klärung des belasteten und belastenden Begriffs Gender, der bei manchen Menschen schon eine Phobie auslösen mag, möchte ich mich auf die Definition des sehr beachtenswerten Gender-Handbuchs „Gewusst wie - Gender in der Entwicklungszusammenarbeit“ (herausgegeben von VENRO e.V., 2010) beziehen: „Der Begriff Gender stammt aus dem Englischen, das sprachlich zwischen dem ‚sozialen Geschlecht (gender) und dem ‚biologischen Geschlecht (sex) unterscheidet. Spricht man von Gender, so sind im Gegensatz zu biologischen Merkmalen die gesellschaftlich bedingten Unterschiede zwischen Männern und Frauen gemeint. Unterschiedliches Rollenverhalten und Stereotype fallen genauso darunter wie Geschlechterverhältnisse im ökonomischen, politischen und sozialen Bereich. Damit ist Gender auch ein Indikator für Machtbeziehungen und Diskriminierung. Gender ist sozial und kulturell konstruiert und damit abhängig von den jeweiligen kulturellen, gesellschaftlichen, ökonomischen und historischen Rahmenbedingungen. Da soziale Geschlechterrollen erlernt sind, sind sie auch veränderbar.“ (S. 23).

Gender Blindness ist als Begriff ebenfalls im angelsächsischen Raum verbreitet und etabliert, nicht so die entsprechende deutsche Übersetzung. Ich werde den Begriff daher – ebenso wie Gender– als Fremdwort, das zum Lehnwort geworden ist, verwenden. Abhilfe gegen diese Form der Blindheit, d.h. gegen eine fehlende Geschlechterperspektive, kann die Genderbrille verschaffen, englisch „gender lense“.

Die „Genderbrille“ ist nicht mehr und nicht weniger als eine nützliche Metapher, die sich sowohl in der Analyse als auch im operativen Handeln als hilfreich erweist, wenn es um das immer noch vernachlässigte Thema der Genderdimension in Krieg und Frieden sowie in allen Prozessen davor und danach geht, d.h. in der Präventions- bzw. Eskalationsphase, bei den Bemühungen um Transitional Justice oder beim (Wieder)Aufbau einer Gesellschaft nach einem bewaffneten Konflikt. Statt Genderfragen aus Desinteresse oder schlichter Abneigung heraus als überflüssig oder indiskutabel auszublenden, müssen sie in all diese Prozesse einbezogen werden.

Zur Klärung: Genderbrille heißt nicht „Frauenbrille“. Die feministische Bewegung (und davor die Frauenrechtsbewegung) hat zwar den Blick auf die gesellschaftlich und politisch weitestgehend unsichtbare und vernachlässigte Größe FRAU erzwungen und damit den Genderdiskurs eröffnet, aber alle Genderbegriffe beinhalten heute korrekterweise immer den differenzierten Blick auf beide Geschlechter. Die Etablierung des Missverständnisses liegt zum Teil an den Frauen selbst, die aber ihrerseits vom politischen Konzept des Gender Mainstreaming geradezu gezwungen wurden, Gender dort zu sagen, wo sie Frauen meinten, sofern sie als politisch korrekt anerkannt werden und leichteren Zugang zu einer finanziellen Förderung für eine Veranstaltung oder für ein Projekt finden wollten. Auf dieser Linie des Gender Mainstreaming liegt auch Bundesministerin Christina Schröder. Die derzeitigen Förderrichtlinien des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sehen keine Förderung von reinen Frauenkonferenzen oder Frauenprojekten mehr vor, was wegen der immer noch bestehenden gesellschaftlichen und politischen asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern eine Verhöhnung und Abwertung der engagierten Frauenarbeit bedeutet und auch nicht in Einklang mit den EU-Richtlinien und der

politischen Strategie der Vereinten Nationen zu bringen ist. Dort wurde gerade zur Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit ein neues Department „UN Women“ gebildet.

Die „Genderbrille“ ist also keine Frauenbrille, von Frauen auf Frauen gerichtet, sondern eine Brille, durch die Mann oder Frau mit dem einen Glas unvoreingenommen auf die Frauen und mit dem anderen Glas auf die Männer schaut, idealerweise bezogen auf die gleiche Situation, sei es Krieg, sei es Frieden, sei es Eskalation oder der Wiederaufbau nach einem Krieg, seien es kämpfende Militärs oder die flüchtende Zivilbevölkerung. Die Interdependenz der Geschlechterrollen und der Aktionsspielräume ist dabei ein entscheidender Faktor. (Das BMZ spricht im Rahmen seiner Projektarbeit von der sog. „G-Kennung“.) Diese Genderbrille ist effizient, denn sie fördert erfahrungsgemäß eine Fülle von differenzierten Erkenntnissen ans Licht, Problemstellungen, aber auch Lösungsansätze. Nur wer durch beide Gläser schaut, sowohl auf die Männer als auch auf die Frauen mit ihren jeweiligen sozial determinierten oder individuell gestalteten Friedenspotentialen, Spoilerrollen, Bedürfnissen, Fähigkeiten und – last but not least – auf die Geschlechterbeziehungen, hat die Chance, „die“ Wirklichkeit relativ angemessen wahrzunehmen und – wenn er/sie es denn will – Geschlechtergerechtigkeit walten zu lassen. Auf dem Weg dorthin ist es allerdings nötig, die Frauenbrille nicht voreilig wegzuschließen, sondern sie durchaus in bestimmten Kontexten aufzusetzen.

Von Gender Blindness muss man sprechen, wenn es keine Genderperspektive, keinen Genderansatz gibt, z.B. in der Analyse, in der Projektkonzeption, in der zivilen Konfliktbearbeitung, in Trainingsprogrammen, in der Personalbesetzung oder in der Sprache. Man spricht dann von fehlender Geschlechtersensibilität. Sie kann sich auf Individuen, aber auch auf Organisationen, Institutionen oder Bildungseinrichtungen erstrecken. So wichtige Grundsatzpapiere wie die „Agenda für den Frieden“ der Vereinten Nationen, herausgegeben von Boutros Boutros-Ghali (2000) oder der „Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ der deutschen Bundesregierung (2004) wurden ohne Geschlechterperspektive geschrieben.

Sie fehlte aber z.B. auch beim Jahalin-Projekt des BSV im Westjordanland/Palästina, von dem die beduinischen Frauen und Mädchen zu 100 Prozent, die jungen Männer aber zunächst gar nicht profitierten. Eine spätere „Nachbesserung“ mit einem eigenen Förderprojekt für die männliche Jugend wurde zum großen Erfolg. Auch während der BSV-Jahrestagung „Gewaltfrei unter Besatzung“ wurde die Genderbrille nicht aufgesetzt, d.h. die unterschiedlichen Geschlechterrollen in dieser Extremsituation wurden nicht in die Diskussion einbezogen. Als ein weiteres Beispiel möchte ich den cleveren Comic Strip der DFG-VK erwähnen, in dem jungen Männern die gefährvolle Dimension einer freiwilligen Berufswahl zum Soldaten klar gemacht wird: Schikanen der Vorgesetzten, ggf. Traumatisierung, Rollstuhl, Sarg. Ich finde den Comic sehr gelungen, nur leider kommen die jungen Frauen nicht vor, die ebenfalls zunehmend für die Bundeswehr angeworben werden. Bei den deutschen Streitkräften gibt es inzwischen ca. 18500 Soldatinnen und ich hätte mir gewünscht, dass die DFG-VK in ihrem Comic auch auf die jungen Frauen als potentielle Soldatinnen geschaut hätte.

Es gibt verschiedene Spielarten der Gender Blindness auf sprachlichem Gebiet, z.T. unbewusst, z.T. bewusst. So sind Frauen z.B. unsichtbar durch die weithin ungebrochene Anwendung des durch Bundesregelung längst überholten Prinzips „die männliche Form schließt die weibliche mit ein“. Allzu häufig wird nur von Kindersoldaten, Kombattanten, Trainern, Mediatoren, Friedensakteuren, Schülerstreitschlichtern etc. gesprochen, obwohl in diesen Gruppen der Frauenanteil oft erheblich, z.T. sogar überwiegend ist. So sind z.B. ca. 40% der „Kindersoldaten“ Kindersoldatinnen und unter den „Schülerstreitschlichtern“ liegt der Anteil der Mädchen weit über 50%.

Ein interessantes Beispiel der Geschlechternivellierung nach dem Motto „Da stehen wir drüber“ –aus meiner Sicht gehört dies auch zur Gender Blindness– ist der sehr sorgfältig ausgearbeitete Leitfaden „Friedenstraining–Vorbereitung Erwachsener auf Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktintervention“ (2007), ein Projekt, an dem 13 Partnerorganisationen aus 11 europäischen Ländern beteiligt waren, auch der BSV, und das vom Sokrates-Programm der

Europäischen Kommission finanziert wurde. Dieser Trainingsreader legt Wert auf ein äußerst behutsames und differenziertes Herangehen an die Konfliktanalyse, Selbstanalyse, Einbindung und Wertschätzung der Potentiale der lokalen Bevölkerung, Appell zur Kultursensibilität etc. – aber eine Geschlechterdimension? Fehlanzeige. „Es geht um die Vorbereitung von Menschen für [die] Beziehung zu anderen Menschen, die in gewalttätige Konflikte verwickelt sind, auf eine Weise, die Unvereinbarkeiten auflöst und kreative Formen der Veränderung findet.“ (S.47). Wenn diese Trainings ohne Bewusstmachung und Einbeziehung der Genderperspektive arbeiten, dann werden m. E. die Geschlechterrollen und die Geschlechterverhältnisse, sobald die Trainer und Trainerinnen den Rücken gekehrt haben in den gesellschaftlichen und politischen Realitäten der Konfliktländer umso stärker relevant werden und das „Do No Harm-Prinzip“ zu Makulatur werden lassen. Da nützt auch das große I bei den TrainerInnen und FriedensarbeiterInnen wenig. (Wie sind wohl die geschlechtsneutralen englischen Bezeichnungen in die anderen europäischen Sprachen übersetzt worden oder gibt es nur eine deutsche Übersetzung?)

Noch ist die Geschlechtersensibilität das Gebot der Stunde, m.E. besonders auch in den Projekten des Zivilen Friedensdienstes. Relevante Fragen wären u.a.: Wie können sowohl die Männer als auch die Frauen in der Konfliktgesellschaft erreicht werden? Welche Rollen können bzw. wollen sie im Friedensprozess übernehmen und wie kann die Interaktion gestärkt werden? Welche Entwicklungspotentiale gibt es für eine Überwindung der traditionellen Rollenmuster für beide Geschlechter? Wer soll als Friedensfachkraft entsandt werden: ein Mann oder eine Frau oder ein Mann und eine Frau? Natürlich kann darauf keine allgemeine Antwort gegeben werden und ich möchte auch nicht der blinden Befolgung von kulturellen Stereotypen das Wort reden. Im Hinblick auf das Gelingen eines Projektes sollte jedoch neben anderen Erwägungen auch die G-Frage relevant sein und nicht schon im Vorfeld ausgeblendet werden – auch nicht in guter Absicht, weil man nicht trennen, sondern das gemeinsame Friedensengagement betonen möchte.

Leider gibt es auch die Gender-Klischeebrille, durch die Mann/Frau nur sieht, was er/sie schon immer gesehen hat: „Frauen sind friedlicher/auch nicht friedlicher als Männer“, „typisch Mann - typisch Frau“ „Frauen sind eben so“, „Männer wollen sich sowieso nicht ändern“, „Männer sind Kämpfer“, „Frauen sind die Opfer“ etc. Diese Pauschalisierungen sind nicht nur falsch, sondern auch ungerecht und unproduktiv. Die Genderbrille sollte mit großer Offenheit, ja Neugier und ohne Vorurteile aufgesetzt werden – was allerdings nicht so einfach ist, wie es sich anhört, denn wir alle sind zutiefst kulturell in unseren Gendervorstellungen geprägt. Umso mehr sollten wir die Möglichkeit zur Nachfrage und zum Gespräch nutzen. Der Genderdialog ist die unverzichtbare Ergänzung zur gendersensiblen Wahrnehmung.

Die Fülle der Erkenntnisse – auch auf dieser Jahrestagung – wird uns darin bestärken, dass die Akzeptanz der Genderdimension kein Irrweg ist. Plötzlich bemerken wir Chancen und Herausforderungen, die genderrelevant sind, die wir ohne diese Brille nicht gesehen hätten. Wir erkennen auch, dass Frauen in bestimmten Kontexten eines Friedensprozesses, an Verhandlungstischen, in den Verfassungsgremien für eine neue Staatsverfassung nach einem Krieg oder Umsturz, auf hochrangigen Podien zu Krieg und Frieden gar nicht oder zu wenig vertreten sind oder dass, umgekehrt, in anderen Kontexten die Männer fehlen. Beides ist fatal und einem gelingenden Friedensprozess abträglich. Die Gender Balance (nach UN-Definition muss jedes Geschlecht dazu mit mindestens 40 Prozent vertreten sein) kann nicht durch unterschiedliches Gewicht auf unterschiedlichen Ebenen ausgeglichen werden, z.B. indem Frauen informell die Türen für den Beginn eines Friedensprozesses öffnen und Männer später offiziell die Entscheidungen treffen. Diese politische Praxis der Diskriminierung der Frauen und der Nichtwahrnehmung ihrer Potentiale in Friedensprozessen sollte mit der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates im Jahr 2000 auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft beendet werden. Die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten steckt jedoch entweder in den Anfängen, wird totgeschwiegen oder abgewehrt. Immer wieder erschallt daher der Ruf „Frauen an die

Friedenstische!“ oder „Ohne Frauen kein Frieden“ (So auch der Titel einer Ausstellung des Schweizer internationalen Projektes „FriedensFrauen Weltweit“).

Ich möchte die Frage, warum es sowohl Männern als auch Frauen in der Friedenscommunity häufig schwer fällt, die Genderfrage zu stellen, an dieser Stelle nicht beantworten, denn die Gründe sind sehr vielfältig und stark eingebunden in einen jeweiligen Lebens-, Erfahrungs- und Geschlechtszugehörigkeitskontext und sollten daher m.E. – zusätzlich zur Selbstanalyse – im Dialog erörtert werden. Ich möchte aber dafür plädieren, dass wir uns mit der Genderperspektive in den unterschiedlichsten Ansätzen und Kontexten der Konfliktanalyse und der Konfliktbearbeitung auseinandersetzen und weder wegsehen noch darüber stehen, sondern dass wir sie in die Friedensarbeit integrieren.

Wir haben in der Friedensarbeit viele Werkzeuge, dies behutsam und nicht verletzend zu tun: z.B. die „Kultur der Achtsamkeit“, „aufeinander zugehen“, „in den Schuhen des/der anderen gehen“, „mit dem Blick des/der anderen auf eine Situation sehen“, „Dialog auf Augenhöhe“, „Wertschätzung geben“, „Gewaltfreiheit“, „konstruktive Konfliktbearbeitung“, „Konflikttransformation“, „ohne Gerechtigkeit kein Frieden“, „Frauenrechte sind Menschenrechte“ etc.

Wir können den üblichen Geschlechterkampf oder das, was wir dafür halten, und das Gerangel um die Geschlechterhierarchie außen vor lassen und uns der Genderthematik als einer Angelegenheit von Frieden und Gerechtigkeit – peace and justice issue – zuwenden. Wir befinden uns in der Tat in einer epochalen und sehr spannenden Phase der Menschheitsgeschichte. Weder Patriarchat noch Matriarchat sind eine Lösung. Es ist unsere Entscheidung, welche Schritte zur Veränderung wir in eine neue Richtung gehen wollen.

Heide Schütz ist Gründungsmitglied und Vorsitzende des Frauennetzwerk für Frieden e.V.

Der Katze die Krallen schärfen – Die UN-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit

Heidi Meinzolt

Am 8. März 2012 wurde der jüngste Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates in den Niederlanden verabschiedet. Es ist bereits die zweite Auflage (2012-2015) und die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Institutionen wird besonders gelobt. Zusammenarbeit ist der spezifische "Mehrwert" und der Fokus liegt auf Frauen in Führungspositionen, der politischen Beteiligung von Frauen in allen Phasen von Konflikten, ihre Integration in Politik und Aktionen mit weitreichender öffentlicher Unterstützung.

Das schöne Bild der engagierten Kooperation kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es keine Beteiligung von Männern zu geben scheint. Außerdem beklagen Aktivistinnen die Gefahr, dass mit großem publizistischen Trara eine Umwidmung bislang entwicklungs-politisch definierter Maßnahmen ("wir investieren in eure Konflikte") verbunden sein könnte. Ein Problem, das es ernsthaft zu bedenken gilt.

In einem "Aide-Mémoire" hat die internationale Frauenliga/IFFF, engl. WILPF¹ 2011 wieder einmal grundlegende Überlegungen für den deutschen Außenminister Guido Westerwelle formuliert, unter dessen Ägide Resolution 1325 trotz deutscher Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat keine relevante Bezugsgröße ist: "In allen Krisengebieten der Welt arbeiten Frauenfriedensgruppen über nationale, ethnische und religiöse Grenzen hinweg zusammen. Sie sorgen für das Überleben, verstecken Deserteure oder beginnen mit Dialogen zur Verständigung und Versöhnung, die oft zu nachhaltigen Ergebnissen führen. Frauen sind nicht die besseren oder friedlicheren Menschen, aber sie haben aufgrund ihrer sozialen Rollen eine größere Distanz zu Militär, Krieg, Macht und Gewalt. Diese Distanz gilt es, als positive und wertvolle Ressource zu nutzen. Außerdem gibt es genügend wissenschaftliche Daten, die belegen, dass, je kleiner das Machtgefälle zwischen Männern und Frauen ist, desto friedlicher Gesellschaften sind"². Das belegen ausreichend good practice Beispiele, zahllose Studien der Gender- und Friedensforschung und Aufsätze zu neuer Sicherheitsarchitektur – unter besonderer Berücksichtigung von „Human Security“.

Klar, nicht die formale Umsetzung der Resolution 1325 ist das eigentliche Ziel. Dieses liegt vorrangig in einer Verbesserung der Sicherheitslage und der Situation der Bevölkerung vor Ort, dem Schutz ihrer Menschenrechte, dem Wiederaufbau einer zerstörten Gesellschaft und nicht zuletzt der Eindämmung von Gewalt und der Beförderung nachhaltigen Friedens. Alle Faktoren sind insbesondere für Frauen relevant, die in den Konfliktzonen der Welt weitgehend für das Überleben zuständig sind und den Alltag für sich und ihre Kinder und Familien organisieren.

In der Substanz ist die Verbindung von Gendergerechtigkeit und einer anderen "Sicherheitspolitik" im Sinne einer echten Friedenspolitik mit der Resolution 1325 seit 2000 neu in die politische Debatte gekommen. Sie eröffnet spannende Felder, macht aber die Umsetzung der Resolution 1325 nicht einfacher, denn es ist auch ein Bruch mit gängiger (Interventions-)Logik, mit Definitionshoheiten und Privilegien. Sie ist auch – entgegen allen Annahmen in der Anfangszeit für weite Teile der Friedensbewegung eine noch nicht bewältigte Herausforderung.

Festzuhalten bleibt auch noch, dass die Resolution 1325 selbstverständlich andere Anforderungen stellt und Auswirkungen hat für Frauen (und Männer) in Konfliktregionen³ als z.B. in Deutschland. Die jeweilige Umsetzung – u.a. durch nationale Aktionspläne(NAP) – definiert unterschiedliche Betätigungsfelder und politische Forderungen, die von der gleichberechtigten Teilhabe an der Konfliktlösung bis zur gendergerechten Besetzung einer Friedensmission reichen.

1. Ewige Hoffnungsträgerin 1325 oder alte Tante - ist da was falsch gelaufen?

Vor inzwischen elf Jahren wurde die Resolution 1325 einstimmig im UN-Sicherheitsrat verabschiedet – nach engagierter Vorbereitung durch die Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauenorganisationen (unter maßgeblicher Beteiligung von WILPF und seinem Projekt Peacewomen⁴). Stolz war die NGO-Community auf die Initialzündung im Jahr 2000 und die "3 P-s": Prävention, Partizipation und Protektion. Nachdem die UN – insbesondere auch das Generalsekretariat - die Umsetzung immer wieder anregte und anmahnte, war die Hoffnung auf einen Paradigmenwechsel groß. Die Ernüchterung folgte auf dem Fuße.

Natürlich gab es aber bereits von Anfang an Kritikpunkte sowohl auf normativer und konzeptioneller als auch auf politischer, institutioneller und praktischer Ebene der Staaten und der Zivilgesellschaft. Kritisiert wurden:

1. eine insgesamt schwache Sprache,
2. fehlende Monitoringsysteme, Budgets, klare Verantwortlichkeiten, Zeitpläne, Rückbindung auf lokaler Ebene,
3. das Fehlen einer gesetzlichen Bindung und einer Berichtspflicht,
4. eine hohe Komplexität und fehlende Priorisierung innerhalb der Resolution und zwischen den Pfeilern,
5. die Vermischung und Austauschbarkeit der Begriffe Frauen und Gender und das Bedienen von Genderstereotypen.

Die NGO-Community diskutierte eine Revision der Resolution 1325, um mögliche Defizite auszugleichen, aber entschloss sich begründet für eine Serie von Nachfolgeresolutionen:

Resolution 1820 (2008): Zentral ist hier die Aussage: "Vergewaltigung und andere Formen sexualisierter Gewalt sind Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder eine die Tatbestandsmerkmale des Völkermords erfüllende Handlung". Im Fokus stehen Prävention und Strafverfolgung. Es besteht aber die Gefahr des Missbrauchs der Resolution – vgl. das Prinzip zur Schutzverantwortung „R2P“ (Responsibility to Protect) - zur Rechtfertigung von Militärinterventionen (die Prostitution, Frauenhandel und die sexuelle Ausbeutung Minderjähriger mit sich bringen).

Resolution 1880 (2009): Hier geht es um das Mainstreaming einer Genderperspektive in UN-Maßnahmen und die Betonung der Rolle von Frauen in Entscheidungsprozessen.

Resolution 1888 (2010) beschäftigt sich mit sexualisierter Gewalt im Konflikt und Sanktionsmechanismen sowie Postkonfliktstrategien.

Resolution 1889 ist eine deutliche Aufforderung zur Umsetzung und Monitoring für Resolution 1325.

Resolution 1960 fordert eine Rechenschaftspflicht für SGBV.

Die Resolution 1325 wurde in hunderte Sprachen übersetzt, um sie auch lokalen Gruppen zugänglich zu machen. In 34 Ländern gibt es inzwischen Nationale Aktionspläne – 17 davon in Europa (13 in der EU) – teilweise in zweiter/dritter revidierter Auflage (s. Vergleichstabelle EPLO⁵, bzw. Übersicht peacewomen⁶).

Die einzelnen Staaten haben sehr unterschiedliche Schwerpunkte für ihre NAPs gesetzt und sind mehr oder weniger aktiv in der Umsetzung. Der Grad der Aktivität misst sich vor allem an der Beteiligung der Zivilgesellschaft an den unterschiedlichsten Operationen in und mit Konfliktregionen. Ein eher positives Beispiel für eine aktive Umsetzung ist z.B. "Operation 1325"/Schweden⁷. Worthülsen ohne organisierte Umsetzung findet man z.B. in Israel/Palästina – auch wenn sich gerade viele Frauen in Nahost als Brückenbauerinnen ausgezeichnet haben.

In Deutschland wurde 2003⁸ der Frauensicherheitsrat gegründet und ein breit angelegtes Bündnis 1325⁹ bildete sich 2010, das ein konsensfähiges Eckpunktepapier vorgelegt hat. Es folgten zahlreiche (inter-)nationale Veranstaltungen, Lobbyaktionen zu verschiedenen Konfliktregionen, drei Schattenberichte zum Umsetzungsbericht der Bundesregierung, eine

Bundestagsanhörung im Unterausschuss für zivile Konfliktlösung, Blueprint- Bausteine für einen NAP, ein gemeinsamer Antrag der Oppositionsparteien im Bundestag für die es sog. Parteigängerinnen bei den CDU-Frauen gab. Es gibt einen entwicklungspolitischen Genderaktionsplan 2009-2012 und seit 2009 eine eher dubiose interministerielle Arbeitsgruppe seit (initiiert von Heidemarie Wiczorek-Zeul). Die Koordination der Ministerien (BMFSJ, BMVG, AA, BMZ) gestaltet sich aber auch aus Kompetenzstreitigkeiten heraus äußerst schwierig. Immer noch gibt es zu wenig Wissen in Politik und Militär, keine AnsprechpartnerInnen in den Ministerien, keine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Aktivistinnen, zu wenig Frauen in Leitungs- und Entscheidungsebenen. Es fehlt der jetzigen schwarz-gelben Regierung die Einsicht und der politische Wille - trotz immer dicker werdender Umsetzungsberichte. Die Absage an einen NAP wurde von der Bundesregierung bzw. dem Kanzleramt folgendermaßen begründet: "Gendermainstreaming ist überall etabliert, es gibt bereits einen NAP zivile Konfliktlösung und das Bundesfamilienministerium fördert den Fortschritt bei der Umsetzung der VN-Resolution in regelmäßigen Werkstattgesprächen mit den an der Umsetzung beteiligten Bundesressorts und nichtstaatlichen Akteuren". Dazu muss es wohl sehr selektive Einladungen geben.

Fazit: Die Resolution 1325 ist eher die alte Tante in Deutschland – wenn es nicht so viel Engagement in der Zivilgesellschaft gäbe, die nicht nachlässt, den Mehrwert der 1325 zu betonen!

Die Frage stellt sich nun: Hat die Resolution 1325 ein Umdenken bewirkt bei AkteurInnen der "Sicherheitspolitik"?

Das Bewusstsein für den Zusammenhang von Gendergerechtigkeit und friedlicher Gesellschaft ist gewachsen, es bleibt aber bei einer Nischenpolitik. Die vergangenen zehn Jahre haben an der strukturellen Benachteiligung von Frauen und der damit verbundenen besonderen Anfälligkeit für Menschenrechtsverletzungen, Armut und Ausbeutung wenig geändert. Frauen werden nach wie vor speziell aus formalen Friedens- beziehungsweise Politikprozessen herausgehalten. Männer halten sich weiterhin für kompetent in Machtfragen und Frauen als willkommene Unterstützung im "Care-Sektor". Je patriarchaler die Gesellschaft organisiert ist, umso stärker. Nicht einmal in der friedens- und entwicklungspolitischen NGO-Szene gibt es echte Durchbrüche (Podienbesetzung, Gremienvertretung). Die Spannung zwischen Institutionalisierung und Aktivismus wird immer wieder deutlich. Bei den staatlichen Akteuren hat sich wenig verändert: wenig einzelne Ausbildungsmodule für Gendertrainings im Vorfeld von Entsendungen ("so funktioniert die Frau"), disproportional besetzte Missionen - vor allem in Führungsstrukturen, kein Druck auf die Zusammensetzung von Verhandlungsdelegationen; auch bei der Strafverfolgung ist man weiter auf einem Auge blind (s. das Beispiel Bosnien). Einer Studie von UNIFEM aus dem Jahr 2009¹⁰ zufolge sind in den 22 seit 1992 durch die UN geführten Friedensverhandlungen nur 7,5 Prozent der Verhandlenden und 2 Prozent der Mediator/innen weiblich gewesen. Keiner der Verhandlungsprozesse wurde von einer Frau geleitet. Nur knapp 3 Prozent der Unterzeichnenden in 14 Friedensgesprächen waren Frauen. Keine einzige Frau agierte als Vermittlerin, Mediatorin, Signatorin oder Zeugin in den Friedensverhandlungen in Indonesien, Nepal, Somalia, der Elfenbeinküste, den Philippinen und der Zentralafrikanischen Republik. In Missionen der europäischen Außenpolitik sind nur 10 Prozent Frauen (und praktisch nicht in Führungspositionen). Die EU-Länder haben keine Frauen benannt – damit ihre Hausaufgabe nicht gemacht. Bei der Besetzung des Militärpersonals (1.991 von 86.357) - und des Zivilpersonals (30 Prozent) für UN-Einsätze ist der Frauenanteil noch viel geringer (bei der Bundeswehr gibt es im Vergleich dazu 5,4 Prozent Soldatinnen und 35 Prozent zivile Mitarbeiterinnen)¹¹ Aber das ist ja nicht unsere Hauptstoßrichtung. Die Resolution 1325 steht nicht vorne auf der politischen Agenda und wenn es ans Powersharing geht, bzw. wenn der Dialog spezifischer wird, fällt der Genderaspekt ganz weg, zu sehen bei der Exitstrategie für Afghanistan, den Gesprächen mit den Taliban, den Kosovo-Statusverhandlungen.

Ausgleichs- und Dialogstrategien, wie sie von der Mehrheit der Frauen priorisiert werden, reiben sich somit an den Machtverhältnissen. Die Resolution 1325 nicht ernst zu nehmen ist eine Verschlechterung wider besseres Wissen.

2. Gab es einen Paradigmenwechsel in Richtung Gendergerechtigkeit, bzw. Friedenspolitik statt Sicherheitspolitik?

Wichtige ernstzunehmende Forschungsansätze komplementär zur Resolution 1325 gibt es inzwischen zu militarisierter Männlichkeit¹². Sie entwickeln Gegenstrategien und Maßnahmen zum Abbau hegemonialer militarisierter Männlichkeitskonstrukte, deren Folge die sexualisierte Gewalt als Teil systematischer Kriegsführung ist und weisen nach, dass die bisherigen Interventions- und Konfliktlösungsstrategien und Konzepte zur Beendigung bewaffneter Konflikte und Kriege durch internationale (UN- oder EU-) Missionen nicht nachhaltig wirksam sind - wie der Anstieg von Prostitution, Frauenhandel und Vergewaltigungen im Umfeld fast aller internationalen Einsätze zeigt.

Alle Diskussionen über vernetzte Sicherheit sind weitgehend gender-neutral, auch der Aktionsplan zur zivilen Konfliktlösung streift die Resolution 1325 nur am Rande und zivile Konfliktlösung in allen Phasen des Konfliktes ist vom Finanzvolumen und der Organisationskraft meilenweit von der klassischen Sicherheitspolitik entfernt! Die Instrumentalisierung und Militarisierung der Resolution 1325 ist eine Falle, in die wir nicht tapen dürfen, z.B. in Bezug auf NATO und Resolution 1325¹³, die Forderung nach mehr Frauen ins Militär für adäquatere Einsätze – dafür ist in der Friedensszene höchste Wachsamkeit und gefragt!

Das Fazit: von einem Paradigmenwechsel sind wir noch weit entfernt, Allianzen aber müssen neu geschmiedet werden und Friedens- und Sicherheitspolitik immer wieder neu definiert werden – der Paradigmenwechsel ist es wert.

3. Welche Dynamik kann die Resolution 1325 (noch) entfalten? Wie schärfen wir ihr die Krallen?

Die Devise lautet: "Gender" ist nicht nur fairer, gerechter und moralischer, sondern effektiver, effizienter und nachhaltiger, letztlich eine win-win-Situation für alle Beteiligten! Wir brauchen eine strukturell integrierte Gesamtstrategie „Gender in der Konfliktlösung“:

Ein Katalog von Einzelmaßnahmen reicht nicht aus, wie die immer dicker werdenden Umsetzungsberichte der Bundesregierung nahelegen scheinen.

Was heißt das konkret für die Bundesregierung und was bedeutet es für die Zivilgesellschaft?

Bundesregierung:

Die Pfeiler Prävention, Protektion, Partizipation und Prosekution müssen endlich untereinander verbunden und mit den Verpflichtungen aus der Frauenrechtskonvention CEDAW, aus der Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz von Peking und in Bezugnahme auf Art. 26 der UN-Charta verknüpft werden. Die "interministerielle Arbeitsgruppe" muss dahin initiativ werden. Das geht aber nur, wenn die Kooperation mit der Zivilgesellschaft strukturell und nachhaltig verankert wird (Steuerungsgremium) – das belegen alle erfolgreichen Strategien für die Erstellung von NAP in anderen Ländern. Nachdem die Regierung Merkel sich die Umsetzung nicht zu eigen gemacht hat, muss im Vorfeld der Wahl und bei der Koalitionsbildung explizit der politische Wille (vorhanden bei den Oppositionsparteien – siehe Anträge im Bundestag) eingefordert werden.

Umsetzung der Resolution 1325 heißt im Detail¹⁴: die Einführung von Quoten, Zeitplänen und Monitoringmechanismen sowie Reporting zu sexualisierter Gewalt in Missionen, die

Nutzung geschlechtsspezifischer Frühwarnindikatoren und fact findings, ein konkreter Mitteleinsatz, klare Verantwortlichkeiten und die Erstellung von Evaluationskriterien (z.B. im Sinne eines ressortübergreifend und ganzheitlich durchgeführt Gender-Audits). All diese Kriterien müssen koordiniert in Planungsphase, Konfliktlösung und Konfliktnachsorge integriert und vor Ort in allen Einsätzen überprüft werden (Kontakte zur Zivilgesellschaft – Frauengruppen lokal, nachhaltige Förderung).

Die Bundesregierung muss UN Women entsprechend fördern und die "friends of the resolution" aus ihrem Elfenbeinturm in New York herausholen. Für das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) heißt das, ein solides Gendertraining (nicht nur Einzelmodule) einzurichten und eine geschlechtersensible Ausbildung von militärischem, zivilpolizeilichem und zivilem Einsatzpersonal für Friedenseinsätze zu gewährleisten. Der Aufbau von allen friedensschaffenden Kapazitäten (Friedenseinsätze nach Art. 5-7 der UN-Charta) sollte hohe Qualitätsstandards für die Ausbildung und den Einsatz von Genderadvisern sowie Training und Mentoring speziell für Männer beinhalten und die Strafverfolgung sexualisierter Gewalt stärken.

Zivilgesellschaft:

Bündnisse dürfen nicht einschlafen, evtl. müssen neue BündnispartnerInnen (Männer, Friedensbewegung) gesucht und der Druck auf die politische Ebene muss beibehalten werden. Appelle an die Politik sind gut zu untermauern durch "Good Practice"-Beispiele und wissenschaftliche Studien. Politische Parteien müssen an der Umsetzung ihrer verbalen Versprechungen gemessen werden, aber auch die Szene der AktivistInnen für Frieden und Entwicklung braucht ein Augenmerk (es sind nicht nur neoliberale Machos wie Niebel) und müssen für den Mehrwert (Podien, Tagungen, Diskussionsstränge) gewonnen werden. Die europäische und internationale Vernetzung, insbesondere mit Frauen in Krisenregionen ist entscheidend zur Erzeugung von Synergieeffekten, mehr Gerechtigkeit und Frieden (s. z. B. WILPF¹⁵, 1000 Frauen für den Frieden¹⁶ bzw. die Zusammenarbeit mit medica mondiale¹⁷ u.a. sowie den zahlreichen AktivistInnen vor Ort).

Die Koordination der Ministerien mit der Zivilgesellschaft und erfahrenen Multiplikatorinnen – dauerhaft und nachhaltig sowohl in Deutschland als auch mit Frauen (-Gruppen, -Organisationen) in Konfliktregionen wird Auswirkungen auf die Geberpolitik wie den Dialog mit und zwischen Konfliktparteien haben. Alternatives Denken und integrative Prozesse in der Sicherheits- und Friedenspolitik müssen präsent sein, auch im institutionalisierten (nicht nur informellen) Sektor. Präventionsmechanismen und zivile Instrumente müssen aufgewertet werden mit einem Shiften der Finanzierung weg vom Militärhaushalt. Vergabekriterien sind langfristig und dezentral (Microkredites) an die Kriterien „Gender“ und „zivil“ zu binden.

Aktueller Zusatz

Im Laufe des Sommers hat sich das Gerücht verdichtet, dass die Bundesregierung, bzw. eine interministerielle Arbeitsgruppe nun doch einen NAP in Arbeit hat. Druck aus der Zivilgesellschaft und aus dem internationalen Umfeld hat sicherlich geholfen, trotzdem wurde niemandem ein Grund für den plötzlichen Sinneswandel plausibel - außer der Verabschiedung aus dem UN-Sicherheitsrat mit einem Hoppla-Ergebnis.

Leider gab es keinen lebendigen Dialogprozess mit der Zivilgesellschaft/dem Bündnis 1325/dem Frauensicherheitsrat. Die Vorlagen seien aber aufmerksam gelesen worden, heißt es. Am 22.11.2012 gibt es nun drei Wochen nach Veröffentlichung des NAPs für interessierte Kreise eine kurze Diskussionsrunde in der Bundessicherheitsakademie für kritische, bzw. bewundernde Stellungnahmen.

Nach erster Einschätzung ist die Einführung und die Zielbestimmung weitgehend passabel - auch wenn natürlich eine alternative Friedens- und "Sicherheitspolitik" nicht aufschwimmt.

Der viel analysierte Zusammenhang zwischen militärischer Präsenz und sexueller Gewalt ist gar nicht Teil der Vorlage. Es fehlt weitgehend an Konkretisierungen bzgl. der Umsetzung: Ausbildung und Training findet man nicht; verbindliche Evaluierung, Finanzierung, Einbeziehung der Zivilgesellschaft, Anlage als lebendes Dokument...Fehlanzeige. Damit ist die Gefahr groß, dass nur ein Papiertiger abgesprungen ist und als Bettvorleger landet. Die Arbeit von FSR und Bündnis fängt somit gerade neu an.

Heidi Meinzolt ist Europakoordinatorin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und Mitglied im deutschen Frauensicherheitsrat

Fußnoten:

1 Women's international league for peace and freedom, www.wilpf.de, www.wilpfinternational.ch

2 Aide mémoire 2011 an das AA, gez. IFFF und Dt. Frauenrat

3 Siehe Monika Hauser; Medicamondiale www.medicamondiale.org u.a. für Liberia und Kosovo sowie WILPF/Peacewomen: 16 days campaign zu den Länder Commitments bzgl. Der Umsetzung der Resolution 1325 unter www.peacewomen.org/publications_initiative_document.php?id=59.

4 Mehr Informationen unter www.peacewomen.org.

5 Siehe unter www.eplo.org.

6 Siehe unter www.peacewomen.org.

7 Siehe unter <http://operation1325.se/english>.

8 Siehe unter www.un1325.de, <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/index.html>.

9 Vgl. <http://www.gwi-boell.de/web/un-resolutionen-buendnis-1325-nationaler-aktionsplan-nap-3498.html>.

10 Vgl. UNIFEM (2009): Women's Participation in Peace Negotiations, 4/2009.

11 Zitiert bei Frauke Seidensticker – Deutsches Institut für Menschenrechte, Studie "Frauen als Akteurinnen in Friedensprozessen" 2011.

12 Vgl. Chris Dolan zu Norduganda, 2002; Marina Blagojevic zu Ex-Jugoslawien und Paul Higate u.a. zu Afghanistan oder Rita Schäfer: "Männer als Täter und Opfer in kriegerischen Konflikten - Innovative Projekte zur Überwindung männlicher Gewalt"; Ute Scheub: "Heldendämmerung".

13 Vgl. "A deep inside – NATO und 1325" von Mario Masdea; s. http://www.nato.int/cps/en/SID-DE85E26B-334B3249/natolive/official_texts_81007.htm und Arbeiten von Cynthia Cockburn, s. u.a. http://www.wloe.org/fileadmin/Files-EN/PDF/no_to_nato/women_nato_2011/NATO1325.pdf, <http://www.wilpf.de/themen/frauen-und-frieden/quotierung-der-weltsicherheit-taz.html>, s. auch Satire des Frauensicherheitsrates: <http://www.un1325.de/aktu-nato.html>.

14 Siehe dazu weitere Infos: <http://www.un1325.de/data/eckpunkte-2011.pdf>.

15 Vgl. www.wilpf.de, www.wilpfinternational.ch, www.peacewomen.org.

16 Vgl. www.1000peacewomen.org.

17 Vgl. www.medicamondiale.org.

Militarisierte Männlichkeit im Spannungsfeld von Krieg und Frieden

Prof. Dr. Rolf Pohl

Die folgenden Ausführungen werden aus einer sozialpsychologischen Perspektive folgenden Fragen nachgehen: Was ist unter „militarisierte Männlichkeit“ zu verstehen und wie entsteht sie? Was kennzeichnet die Subjektivität, die Persönlichkeit und den Habitus von Soldaten? Welche Persönlichkeitsmerkmale sind für die Fähigkeit maßgeblich, Krieg führen zu können? Wie wird diese kriegstaugliche und kampfbereite soldatische Persönlichkeit „hergestellt“? Welchen Einfluss üben reale Kriegserfahrungen auf diesen Herstellungsprozess aus? Und schließlich: Welche Rolle spielt das Geschlecht Männlichkeit in diesem Zusammenhang? Diesen Fragen wird sich der Text in drei thematischen Schritten annähern: Erstens wird eine Verknüpfung von (militarisierte) Männlichkeit und Gewalt an einem Vergleich des Attentäters Anders Breivik (Oslo/Utøya 2011), der Amokläufer an Schulen (School Shooting) und des kürzlich bekannt gewordenen Amoklaufs eines US-amerikanischen Soldaten in Afghanistan (am 11. März 2012) vorgenommen. Zweitens wird die in diesem Vergleich erkennbare Gemeinsamkeit, eine paranoid eingefärbte Abwehr-Kampf-Haltung, hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Bedeutung für das Konstrukt Männlichkeit erörtert. Abschließend wird der Einfluss von militärischer Ausbildung und Kriegseinsatz auf die Struktur und die Psychodynamik der militarisierten Männlichkeit betrachtet.

1. Was haben Anders Breivik, ausgewählte School Shooter und der US-amerikanische Amokläufer in Afghanistan gemeinsam?

Die vorherrschenden Formen der männlichen Subjektivität in nach wie vor männlich bestimmten Gesellschaften sind strukturell anfällig für die Entwicklung von paranoid eingefärbten Reaktionsbereitschaften, die den Kern einer militarisierten Männlichkeit ausmachen. Was ist damit gemeint? Reale oder angebliche Bedrohungen, die meist durch gehäufte narzisstischen Kränkungen ausgelöst werden und mit Erschütterungen des Selbstwertgefühls einhergehen, werden von dafür anfälligen Männern häufig als eine „Notwehrsituation“ empfunden, die Gegenmaßnahmen zur Sicherung der persönlichen und geschlechtlichen Integrität legitim, ja zwingend erscheinen lassen. Dabei wird versucht, dem Angriff auf die Unversehrtheit der eigenen (männlichen) Identität durch die Verfolgung und „notfalls“ die Zerstörung des als Quelle der Bedrohung konstruierten äußeren Feindes zuvorzukommen.

Männer wie Anders Breivik, der Attentäter in Oslo und Utøya vom 22. Juli 2011, die sich in ihren Internet-Botschaften, ähnlich wie einige School Shooter, martialisch als Soldat und Krieger inszenieren, repräsentieren einen aus dem Ruder gelaufenen Extremtypus dieser militarisierten Männlichkeit, der anscheinend in einem permanenten inneren Kriegszustand lebt. Neben der unfassbaren menschenverachtenden Grausamkeit und Brutalität entwirft Breivik in seinem wirren, über 1500-seitigen „Manifest“ „2083 – Eine europäische Unabhängigkeitserklärung „ein irrationales Bedrohungsszenario, das eine Mischung aus Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Antislamismus und Antikommunismus erkennen lässt.

Für eine vergleichende Analyse von Formen „militarisierte“ Männlichkeit ist hier vor allem der in den Medienberichterstattungen meist unterschlagene Antifeminismus Breiviks von großer Bedeutung. Er klagt hier – übrigens im ganz ähnlichen Duktus wie radikale, in ihrer Frauenfeindlichkeit fanatisierte Männer- und Väterrechtler¹ – eine „Feminisierung der europäischen Kultur“, einen „radikal-feministischen Angriff auf unsere Werte“ sowie die „psychologische Kriegsführung gegen den europäischen Mann“ an. Frauen würden „in der Gesellschaft bevorzugt“ und, so heißt es in dem Manifest weiter, der „feministischen Lobby ist es gelungen, die Anti-Baby-Pille zu vermarkten, Abtreibungen zu legalisieren und den

Männern ihre Rechte und vor allem ihr Vorrecht als Oberhaupt der Familie zu entreißen, indem sie körperliche Züchtigung kriminalisiert haben“. Breiviks anti-islamischer und anti-marxistischer Kulturkampf ist für ihn gleichzeitig ein „anti-weiblicher Geschlechtskampf“, denn schließlich seien 60 bis 70 Prozent aller „kulturellen Marxisten“ weiblich. Dieser Kampf schließt für ihn gegebenenfalls selbst die Tötung von Frauen ein, um ihnen nach dem „Endsieg“ wieder ihren angestammten Platz unter der Herrschaft des restaurierten Patriarchats zuweisen zu können.

Breiviks propagiertes Frauenbild kennt eigentlich nur zwei Typen: „weibliche Power-Figuren“ in Politik und vor allem in den Medien, die, von „Gender Polizistinnen“ unterstützt, die „Männer zu Fußabtretern“ gemacht hätten. Ihre wichtigsten Waffen seien strategische Anzeigen wegen (angeblicher) sexueller Belästigung, „gendersensitive Trainingskurse“ sowie Männerzeitschriften wie Men's health, mit denen die Männer feminisierten Schönheitszwängen unterworfen würden. Der zweite gefährliche Frauentypus ist für Breivik – und hier ähnelt seine zugleich frauen- und islamfeindliche Argumentation der These Thilo Sarrazins über die demographische Bedrohung Europas durch enormen „Fertilitätsraten“ muslimischer EinwanderInnen – die fremde muslimische Frau, die ihre Fruchtbarkeit als Waffe einsetzen würde.

An Breivik lässt sich in Extremform gut die in männlich dominierten Gesellschaften strukturell verbreitete, mit spezifischen Ängsten verknüpfte und mit virulenter Hass- und Gewaltbereitschaft aufladbare Mischung aus Frauenfeindlichkeit (Misogynie) und Fremdenfeindlichkeit (Xenophobie) nachweisen, die zur Abwehr einer vermeintlichen Bedrohung der Grundfesten von Männlichkeit mobilisiert wird. Dieses durch gehäufte narzisstische Kränkungerfahrungen verschärfbare Amalgam aus Frauen- und Fremdenfeindlichkeit finden wir in unterschiedlichen Stärken und Mischungsverhältnissen, aber mit einer ähnlichen Inszenierung destruktiver, auf die Wiederherstellung der als beschädigt erlebten Männlichkeit gerichteten Allmachts- und Rachephantasien auch in vielen Fällen der bereits erwähnten jugendlichen Amokläufe an Schulen, bei den sogenannten „School Shootern“.

Sebastian Bosse beispielsweise war bei seinem Amoklauf an seiner ehemaligen Schule in Emsdetten 2006 mit zwei abgesägten Gewehren, zwei weiteren Waffen, einem Messer am Hosenbein, drei Rohrbomben am Körper, zehn weiteren und einem Molotowcocktail im Rucksack, ver mummt mit Handschuhen und einer Gasmaske bewaffnet. Als Waffennarr stellte er in Springerstiefeln, mit schwarz lackierten Fingernägeln und Softair-Pistolen, unterlegt mit aggressiver Musik und grölenden Texten Kriegsszenen nach. Seine kriegerisch aufgeladenen Rachephantasien richteten sich auf seine als „Schlachtfeld“ erlebte Schule und die dort erlittenen Demütigungen. In seinem Abschiedsbrief heißt es: „Stell Dir vor du stehst in deiner alten Schule, stell dir vor der Trenchcoat verdeckt all deine Werkzeuge der Gerechtigkeit, und dann wirfst du den ersten Molotov Cocktail, die erste Bombe. Du schickst deinen meist gehassten Ort zur Hölle!“ Und an anderer Stelle: „Gebt jedem eine Waffe und die Probleme unter den Menschen lösen sich ohne jede Einmischung Dritter“. Ähnliche Äußerungen, Einstellungen und Affektlagen finden wir auch bei den School Shootern Dylan Klebold und Eric Harris, den Idolen vieler Nachahmungstäter (in Littleton/Colorado 1999), bei Robert Steinhäuser (in Erfurt 2002), bei Georg R. (in Ansbach 2007) und bei Tim Kretschmer (in Winnenden 2009). Ihre in Tagebüchern, Videos und Internetbeiträgen dokumentierten Einstellungen sind durch folgende Merkmale geprägt:

1. eine ambivalente, aus Begehren und Feindseligkeit gemischte Einstellung zu Mädchen und ein gewaltsam aufgeladenes männliches Selbstbild;
2. Schulhass und eine hohe narzisstische Kränkbarkeit, die starke Rachegefühle und Vergeltungsphantasien auslöst;
3. eine Affinität zu Waffen und Kriegsspielen, gepaart mit bis zum Größenwahn reichenden Allmachts- und Überlegenheitsgefühlen;

4. eine paranoid-wahnhaft verzerrte Realitätswahrnehmung und eine damit einhergehende permanente Kampfbereitschaft.

Bei Breivik fehlt der Schulbezug seiner Taten, bei den School Shootern dagegen der antiislamisch-politische Begründungszusammenhang. Dennoch gibt es hinsichtlich der hier aufgeführten Merkmale erstaunliche Parallelen. Ähnlich wie bei Breivik findet auch bei den Amok-Läufern an Schulen ein imaginiertes „Krieg im Kopf“ im Vorfeld ihrer minutiös geplanten und lange in der Phantasie vorbereiteten zerstörerischen Taten statt. Dieser „Krieg im Kopf“ beschreibt trotz unterschiedlicher Gemengelage, so meine These, den Kern der psychischen Innenausstattung einer „militarisierten Männlichkeit“.

Eine andere Variante stellt der Fall des US-amerikanischen Soldaten Robert Bales in Afghanistan dar, der am 11. März 2012 in einem Dorf in der Nähe von Kandahar ein Massaker unter der Zivilbevölkerung begangen hat, bei dem er nachts wahllos 17 schlafende Frauen, Männer und Kinder in ihren Häusern erschossen und die Leichen teilweise verbrannt hat. Der Täter ist 38 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern und war als ausgebildeter Scharfschütze bei seinem vierten Auslandseinsatz. Sein Verbrechen erinnert an die Taten des sogenannten „Kill-Teams“, bei dem fünf US-Soldaten in einem persönlichen Feldzug zwischen Januar und Mai 2010 willkürlich Zivilisten mit Gewehren und Granaten ermordet, sich grinsend mit den Toten aufgenommen und abgeschnittene Körperteile als Trophäen mitgenommen haben. Signifikant ist hier die menschenverachtende Aussage des Hauptangeklagten Calvin Gibbs: „In meiner Vorstellung war das nichts anderes, als einem erlegten Hirsch das Geweih abzutrennen“.

Vor diesem Hintergrund sind die Reaktionen des Militärs und der Politik in den USA bezeichnend. Die Taten werden meist personalisiert und der/die Täter als irregeleitete Einzeltäter hingestellt, deren Pathologie die Folge von Hirnschäden, Alkoholmissbrauch oder nicht behandelten Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) sei. Damit wird eine Auseinandersetzung mit dem erkennbaren Zusammenhang von Männlichkeit, Waffenaffinität, Krieg und Militarismus verhindert. Alle aufgeführten Beispiele verbindet, dass sich die Täter in einem inneren und äußeren „Feindesland“ bewegen, in dem der zum Waffengebrauch berechtigende Krieg in ihren Köpfen eine äußerste Existenzform ihrer militarisierten Männlichkeit darstellt. Der Unterschied zwischen den Fällen Breivik und den School Shootern auf der einen und den Morden in Afghanistan liegt aber im äußeren Kontext, der die Taten begünstigend beeinflusst: der von einer destruktiv ausgerichteten militärischen Logik bestimmten Realität des Krieges. Bei Breivik und den Amokläufern an Schulen kommt ein mehr oder weniger psychiatrisch auffälliger Privatwahn zum Ausbruch, dem der unmittelbare Zusammenhang mit der Logik und der Realität des Krieges fehlt. Beim Krieg, so eine der zentralen Thesen dieses Aufsatzes, handelt es sich um eine Art kollektiven Wahn, der manifest psychisch kranke Soldaten zwar nicht gebrauchen kann, zu dessen Durchführung aber das Militär das etwa bei Breivik und anderen „zivilen“ Attentätern an der Grenze psychiatrischer Wahnkrankheiten massiv ausgebrochene Potenzial einer paranoiden Abwehr-Kampf-Haltung benötigt. Dies in der vorherrschenden „Normalmännlichkeit“ strukturell (selbstverständlich nicht generell bei jedem einzelnen Mann) angelegte Potenzial wird vom Militär mobilisiert, verstärkt bzw. künstlich hergestellt und mit einer aggressiven Feindausrichtung in den Kern einer neuen, tötungsbereiten Gruppenmännlichkeit transformiert.

Worum es bei dieser Transformation geht und welche Rolle die mit diesen inneren Einstellungen kompatible Realität des Krieges dabei spielt, hat ungewollt der amerikanische Verteidigungsminister Panetta in seiner Reaktion auf das Massaker in Kandahar mit seiner Warnung zum Ausdruck gebracht, dass es im Krieg immer wieder zu derartigen Vorfällen komme, denn, so Panetta wörtlich: „Krieg ist die Hölle“. Ehe ich mich dieser „Hölle“, d.h. dem Wahnsinn des Krieges und damit genauer dem Ineinandergreifen von Kriegslogik und männlichen Abwehrstrategien unter einer subjektorientierten Geschlechter-Perspektive zuwende, soll zunächst ein Blick auf jene psychischen und sozialen Bedingungen geworfen

werden, deren militärische Mobilisierung eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Kriegsführung darstellt.

2. Die paranoide Abwehr-Kampf-Haltung und das Konstrukt Männlichkeit

Bei allen angeführten Fällen lassen sich spezifische Problemlagen erkennen, die auf gewisse Übereinstimmungen in den erkennbaren Männlichkeitsstrukturen hinweisen. Insbesondere die angedeuteten, aus spezifischen Ängsten vor einer als unmännlich empfundenen Schwäche und vor einem als unvereinbar mit dem maskulinen Selbstbild geltenden Kontrollverlust gespeisten Einstellungen zu Frauen und zur Weiblichkeit enthalten strukturell gewisse paranoid getönte Anteile, die auf einen projektionsbereiten Umgang mit dem „Eigenen“ und dem „Fremden“ zurückzuführen sind. Was ist damit gemeint und welche Rolle spielen hier die gesellschaftlich vorherrschenden Männlichkeitsideale?

In männlich dominierten Gesellschaften ist Maskulinität ein fragiles kulturelles Konstrukt, das mühsam erworben, in inneren und äußeren Krisenzeiten unter Beweis gestellt und „notfalls“ auch unter Anwendung von Gewalt repariert werden „muss“. Um es noch einmal zu betonen: das gilt empirisch nicht für jeden einzelnen Mann, ja nicht einmal für die Mehrheit aller Männer, aber bezeichnet eine Struktur, in der gesellschaftliche und geschlechtliche Ungleichheitslagen eng miteinander verwoben sind und die einen enormen Druck auf die vergeschlechtlichte Entwicklung der männlichen Heranwachsenden ausübt, d.h.: Die Entwicklung des Jungen zum Mann steht in männliche bestimmten Gesellschaften unter dem sozialen und kulturellen Zwang, sich nicht nur als ein differentes Geschlecht in wechselseitiger Anerkennung, sondern als das wichtigere, autonome und überlegene Subjekt zu setzen. Für die Frage nach den Wegen und Mechanismen einer Militarisierung von Männlichkeit lassen sich die bisherigen Ausführungen in drei Thesen bündeln:

1. Die in männlich bestimmten Gesellschaften vorherrschenden Formen der männlichen Subjektivität (Habitus) sind strukturell anfällig für die Entwicklung der oben angedeuteten paranoid eingefärbten Reaktionsbereitschaften.
2. Reale oder angebliche Bedrohungen, die mit narzisstischen Kränkungen, Verletzungen des Selbstwertgefühls und der Ehre usw. einhergehen, d.h. Erfahrungen, die eine vermeintliche „Notwehrsituation“ ergeben, lassen Gegenmaßnahmen zur Sicherung der eigenen Integrität legitim, ja zwingend erscheinen.
3. Dabei wird versucht, der befürchteten Zerstörung der eigenen (männlichen) Identität durch die Verfolgung und „notfalls“ die Vernichtung des als Quelle der Bedrohung konstruierten äußeren Feindes zuvorzukommen.

Die davon bestimmten Einstellungen, Wahrnehmungsweisen und Verhaltensmuster weisen Merkmale auf, die deutliche Ähnlichkeit mit einer klinischen Paranoia haben: eine wahnhaft verzerrte Realitätswahrnehmung, Angstabwehr durch Konstruktion eines bedrohlichen Verfolgers, Allmachts- und Größenphantasien, eventuelle Gewaltbereitschaft zur Abwehr des gigantischen Bedrohungsszenarios.

Diese Merkmale bestimmen aber nicht nur exklusiv das Verhalten psychiatrisch auffälliger Wahnkranker, sondern gehören ohne dezidiert psychiatrisches Krankheitsbild auch zum psychosozialen Potenzial der selten hinterfragten sogenannten „Normalität“. Außerdem kennen wir die hier erkennbaren Mechanismen im Umgang mit sich und den Anderen auch im kollektiven Maßstab, d.h. Gruppen und größere Kollektive bis hin zu ganzen Nationen können ihnen und den damit verbundenen Prinzipien von Inklusion (Einschließung) und Exklusion (Ausgrenzung) verfallen. Was ist damit gemeint?

Paranoid getönte Abwehr-Kampf-Haltungen gibt es in verschiedenen kollektiven und individuellen Abstufungen und Varianten. Besonders das Jugendalter zeichnet sich durch enge Verbindungen beider Perspektiven aus, denn hier überlagern sich regelmäßig individuelle und kollektive Lösungsversuche reifungsbedingter Krisenerfahrungen. Auf

jugendtypische peer-groups, insbesondere aber auf mehr oder weniger gewaltbereite (männliche) Jugendbanden trifft zu, was der Jurist Fritz Bauer bereits 1965 in seinem Aufsatz *Genocidium fast lapidar*, in schlichten Worten über die Psychologie von Gruppen und ihr politisches Gefahrenpotential schrieb: „Menschen leben in Gruppen. Wesensmerkmal jeder Gruppe ist das ‚Wir‘-Gefühl, durch das sie sich von anderen distanziert. Die Eigengruppe – ‚in-group‘ - hat die Tendenz, die eigenen Mitglieder gleich zu bewerten, wogegen sie die Fremdgruppe - ‚out-group‘ - abwertet; ihre Mitglieder sind minderwertig. Jede Gruppe zeigt und zeugt Eigen-Liebe und Fremden-Hass. Der Fremdenhass verstärkt wieder die ‚Wir‘-Gefühle. Das Spannungsverhältnis zwischen ‚in-‘, und ‚out-group‘ kann alle Grade menschlicher Ablehnung aufweisen; extrem ist der Gegensatz Freund-Feind mit einem Kampf auf Leben und Tod; die Ermordung der Fremdgruppe hebt die Spannung auf“².

Fritz Bauers gruppenpsychologische Hinweise beziehen sich in erster Linie auf die NS-Verbrechen, auf den bis zur Massenvernichtung gesteigerten antisemitischen und rassistischen Wahn im nationalsozialistischen Deutschland, aber auch auf andere historische Fälle von Völkermord. Die mit dem kollektiv ausgebrochenen Wahn verbundene paranoide Feindwahrnehmung bildet den psychosozialen Ausgangspunkt für die Gewaltverbrechen. „Stets hat der blind Mordlustige im Opfer den Verfolger gesehen, von dem er verzweifelt sich zur Notwehr treiben ließ (...). Der als Feind erwählte wird schon als Feind wahrgenommen“³. Dieser Mechanismus einer, von Adorno als „pathische Projektion“ bezeichneten, mit negativen Affekten aufgeladenen Wahrnehmungsstörung steht im Zentrum der politischen Paranoia und ihrer ideologischen Rechtfertigungen etwa im Stil der Rechtfertigung von einem strikten Freund-Feind-Denken in der „politischen Theologie“ eines Carl Schmitt. Er gilt aber als ein allgemeines gruppen- und massenpsychologisches Phänomen und bestimmt u.a. auch den inneren Zusammenhalt gewaltbereiter Jugendzonen.

Warum sind halbwegs „normale“ Menschen immer wieder anfällig für ein Denken, das in diesen Bahnen verläuft? Wie wird diese Haltung entwickelt und worauf greifen derartige Mobilisierungen beim einzelnen Individuum zurück? Welches sind ihre lebensgeschichtlichen Quellen und warum scheinen gerade Männer und männliche Heranwachsende für derartige aggressive Feindwahrnehmungen besonders anfällig zu sein? Aus der Entwicklungspsychologie und der Sozialisationsforschung kennen wir zwei wichtige frühe Quellen. Aus Ihnen entspringen Fremdenangst und Fremdenhass zwar nicht direkt und ein für alle Mal prägend, aber auf die dort vorherrschenden Abwehrmechanismen kann in Zeiten späterer Krisen regressiv zurückgegriffen werden:

Die Achtmonatsangst oder „das Fremdeln“

Die früheste Erfahrung mit dem Fremden macht der Einzelne im letzten Drittel des ersten Lebensjahres. Mit dem Unterscheidungsvermögen von Ich und Nicht-Ich, von vertrauten und unvertrauten, eben fremden Personen, entsteht die Neigung, Spannungen, Frustrationen, Ängste und auch Aggressionen bis hin zum Hass, in entsprechenden inneren Bildern bei diesen zunächst fremden Vertretern der Außenwelt unterzubringen. Fremde eignen sich deshalb besonders gut als Verschiebungsobjekte, weil die Wahrnehmung ihrer Anwesenheit die beunruhigende Abwesenheit der vertrauten Person, von der noch keine Trennung erfolgt und verarbeitet ist, signalisiert. „Das Bild dessen, was fremd ist, entsteht im Subjekt schon sehr früh, fast gleichzeitig mit dem Bild dessen, was uns am vertrautesten ist, der Mutter. In seiner primitivsten Form ist das Fremde die Nicht-Mutter, und die bedrohliche Abwesenheit der Mutter läßt Angst aufkommen“⁴. Die Entwicklungspsychologie spricht bei diesem Phänomen von „Achtmonatsangst“, der Volksmund vom „Fremdeln“.

Die Angst wird aus Gründen des Selbstschutzes im Bild vom bedrohlichen Fremden nach außen verlagert. Erdheim sieht hier eine der archaischen Quellen, auf die im Falle späterer Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft unbewusst zurückgegriffen wird. „Angst wird

immer, mehr oder weniger, mit dem Fremden assoziiert bleiben, und es bedarf stets einer Überwindung der Angst, um sich dem Fremden zuzuwenden. Diese Angst bildet sicher auch eine der Wurzeln für spätere Gewalttätigkeiten, denn das, wovor man Angst hat, wird leicht zum Bösen, das man – solange man schwach ist – fliehen, später aber, wenn man sich stark fühlt, bekämpfen muss“⁵ – Ausländer, Juden, Behinderte, Obdachlose, Schwule zu verfolgen und gegebenenfalls zu vernichten gilt nach dieser irrationalen Logik als Notwehr. Dem korrespondiert etwa die propagandistische Beschwörung eines kollektiven, nationalen Notstands in rechtsradikalen Ideologien.

Frühe Spaltungsvorgänge und paranoide Wahrnehmung

Bei der militärischen bzw. der militärisch aufladbaren paranoiden Abwehr-Kampf-Haltung handelt es sich ähnlich wie beim Fremdenhass auch um die nachträgliche Mobilisierung einer der lebensgeschichtlich frühesten Formen psychischer Angst-Abwehr: die Isolierung, Abspaltung und Projektion als Mittel zur Abwehr von Bedrohungsgefühlen, das heißt: Mit dem Ziel, dem Lustprinzip, also dem Wunsch Lust zu erreichen und Unlust zu vermeiden, uneingeschränkte Geltung zu verschaffen, werden vom frühen, noch unentfalteten Ich unangenehme und vor allem angstausslösende innere Reize und Empfindungen nach außen, auf dafür „geeignete“ Objekte projiziert, gleichzeitig als angenehm empfundene äußere Lustquellen verinnerlicht (introjiziert) und als eigene Selbstanteile wahrgenommen. Dieser Introjektions-Projektions-Vorgang hat erhebliche Konsequenzen für den Affekthaushalt und die Wahrnehmungsorganisation des Ichs: „Die Außenwelt zerfällt ihm in einen Lustanteil, den es sich einverleibt hat, und einen Rest, der ihm fremd ist. Aus dem eigenen Ich hat es einen Bestandteil ausgesondert, den es in die Außenwelt wirft und als feindlich empfindet“⁶. Das archaische Ich hasst und verabscheut eine Zeit lang, was Quelle von Angst und Bedrohung ist, schleudert es aus sich heraus und konstruiert auf diesem Wege allererst „das Fremde“.

Diese frühe Fremdenangst und die damit einhergehenden Spaltungs- und Projektionsmechanismen werden aber in der Regel einigermaßen human- und sozialverträglich überwunden und in die weitere Persönlichkeitsentwicklung integriert. Und gleichzeitig muss bedacht werden, dass es auch eine frühe, mehr oder wenig stark ausgeprägte Faszination und Neugier gegenüber dem Fremden gibt. Was aber bleibt, ist eine gewisse Ambivalenz, die in bestimmten Lebensphasen (insbesondere in der Adoleszenz), abhängig vom traumatisierenden Charakter innerer und äußerer Erfahrungen, mobilisiert werden und einen regressiven Druck entfalten kann. In den späteren Formen von Fremdenhass und Gewaltbereitschaft wird dieser frühe Abwehrmechanismus reaktiviert und die Betroffenen fallen zurück auf jene „primitive“ Sicht von sich selbst und einer Welt, mit deren Bedrohungen sie meinen, nicht anders umgehen zu können, als durch vermeintliche Notwehraktionen. In extremeren Fällen kann es zu einer nachträglichen Pathologisierung einer ursprünglich „normalen“ Erscheinung kommen, deren Spuren nie vollständig ausgelöscht wurden. Dies ist offenkundig bei den genannten Fällen Breivik und denen der Schul-Amokläufer in unterschiedlicher Ausprägung der Fall.

Vor allem das männliche Jugendalter (Adoleszenz) ist anfällig für ein Wiederaufleben der frühen Sicht auf die Welt, in der auf Spaltungen und Projektionen zurück gegriffen wird, um die erwünschte Männlichkeit in Abgrenzung zur Weiblichkeit, aber auch zu weniger angesehenen Formen von Männlichkeit herzustellen, abzusichern und gegebenenfalls unter Beweis zu stellen. In den typischen Adoleszenzkrisen liegt somit eine der wichtigsten innerpsychischen Ursachen der Anfälligkeit für Ideologien der Ungleichheit und Gewalt. Spätestens bis zum Ende der Adoleszenz setzt aber auch der Militärdienst ein, der aus einem zentralen Grund an dieses Potential anknüpft und es für die Herstellung einer tötungsbereiten Kampfgemeinschaft ausnützt: Der Logik des militärischen Denkens und insbesondere der

Logik des Krieges ist dieses an männlichen Abwehrstrategien festgemachte, aggressiv aufgeladene Wahrnehmungsmuster nach Freund-Feind-Kategorien inhärent.

3. Militarisierte Männlichkeit und der Einfluss von Militärausbildung und Krieg

Weder eine stärkere Integration von Frauen in die Streitkräfte noch die weitgehende Transformation traditioneller Staatenkriege in neue asymmetrische oder in moderne Kriege mit professionellem High-Tech-Charakter haben grundsätzlich etwas daran geändert, dass Militär und Krieg nach wie vor zutiefst männlich bestimmt sind. Das bezieht sich nicht nur auf die lange und bis heute prägende militärische Tradition sowie die quantitative Dominanz von Männern in den Armeen, sondern vor allem auf die in ihnen verkörperten und die Ausbildung der Soldaten bestimmenden Werte und Verhaltensnormen. Die Streitkräfte sind „eine maßgebliche Institution für die Gestaltung von Männlichkeitsvorstellungen in der Gesellschaft“⁷. Sie erfüllen damit auch unter veränderten heutigen Bedingungen weiterhin die Funktion einer „Illusions-Maschine spezifischer Art, die im Wesentlichen das Konstrukt der Männlichkeit produziert“⁸. Zu diesem Konstrukt gehört das Selbstbild einer intakten, aber vielfältig bedrohten Männlichkeit, deren Militarisierung innerhalb einer homosozialen Kampfgemeinschaft Schutz und eine erfolgreiche Abwehr dieser Bedrohungen verspricht. In seiner affirmativen Rechtfertigung des exklusiv männlichen Charakters von Militär und Krieg bringt der konservative Militärhistoriker Creveld diesen Aspekt auf den Punkt: Krieg, so Creveld⁹, ist und bleibt ein kulturell und entwicklungspsychologisch notwendiger Männlichkeitsbeweis. Notwendig, weil es im Unterschied zur Entwicklung der weiblichen Gebärfähigkeit keine biologischen Übergänge des Jungen zum Mann gebe und der Junge folglich durch kulturelle Riten erst männlich gemacht werden müsse. Diese Erzeugung von Männlichkeit könne nur durch Männer selbst erfolgen, da es vor allem darum gehe, endgültig die Bindung an die Mutter aufzulösen und die damit verbundene „weibliche Substanz“ aus den Körpern und der Seele der jungen Heranwachsenden auszutreiben. Nur eine solche Initiation könne diese Abhängigkeit von Frauen überwinden und die Jungen halbwegs gegen zukünftige weibliche Einflüsse immunisieren, die eng mit einer von Lust, Angst und Neid begleiteten Imagination der weiblichen Sexualität verbunden sind. Da es aber, so Creveld weiter, in den entwickelten Gesellschaften keine traditionelle Stammesinitiation mehr gebe, müssten zwangsläufig soziale Einrichtungen wie das Militär diese Funktion der Weiblichkeitsüberwindung übernehmen. Und in letzter Konsequenz, so lautet seine trübe männlichkeitsverherrlichende und gleichzeitig antifeministische Schlussfolgerung, sei kein Tätigkeitsfeld so geeignet, „die Männlichkeit zu bestätigen, wie der Krieg“¹⁰. Angesichts der „überlegenen sexuellen und Fortpflanzungsqualitäten der Frauen“ biete der Krieg den Männern die Gelegenheit, endlich einmal unter Beweis zu stellen, „wozu sie denn überhaupt gut sind“¹¹. Und der Krieg biete damit „der menschlichen Persönlichkeit“, und die ist aus Crevelds androzentristischer Sicht selbstverständlich die männliche, generell „eine gute Möglichkeit, sich voll zu entfalten“¹².

Kritisch gewendet bedeutet das: Militär und Krieg tragen den Charakter einer hypervirilen mann-männlichen Wiedergeburt mit initiationsähnlichen, die Spuren des Mütterlichen beseitigenden und damit den Einfluss der angstausslösenden Weiblichkeitsbilder abwehrenden Wiedergeburt. „Der militärische Initiationsritus“, so Eva Kreisky¹³, „lässt also in die Welt ‚wahrer‘ Männlichkeit eintreten“. Kriege dienen unter dieser Perspektive der Mobilisierung, dem Einsatz und dem Beweis dieser militarisierten, auf Abwehr und Kampf ausgerichteten Männlichkeit sowie der Reparatur ihrer durch angstausslösende Disziplinierungen und Kampferfahrungen als beschädigt erlebten Subjektivität. Selbstverständlich lassen sich Kriege und ihre Ursachen nicht auf diese Geschlechterdimension reduzieren, sie sind aber ohne die Berücksichtigung ihrer Mobilisierung nicht hinreichend zu erfassen.

Wie weit trägt der hier angesprochene Vergleich von militärischer Sozialisation und männlicher Initiation? In allen Gesellschaften mit männlicher Vorherrschaft ist die Initiation oder eine analoge, mehr oder weniger organisierte Statuspassage das wichtigste Mittel zur Herstellung und Sicherung der kulturell erwünschten Männlichkeit. Entsprechend des allgemeinen Modells van Genneps¹⁴ über die rite de passage folgen die männlichen Übergangsriten einem dreiphasigen Grundschema, das aus einer Trennung (séparation), einer Umwandlung (marge) und einer Angliederung (agrégation) besteht: Nach einer radikalen, häufig gewaltsamen Trennung von der weiblichen Welt werden die Initianden komplexen Inszenierungen und oft schmerzhaften Prüfungen unterworfen um alle Spuren des Weiblichen aus ihrem Geist und Körper auszutreiben und die fortan mit dem Bild bedrohlicher Weiblichkeit verknüpften Ängste zu überwinden. Erst nach der Inszenierung eines symbolischen Todes und einer sich anschließenden zweiten Geburt, einer sozialen Wiedergeburt in der exklusiven Gruppe erwachsener Männer, ist eine Rückkehr in die weibliche Welt, nun als „fertiger“ und das heißt auch: als „potenter“ Mann möglich. Zu den grundlegenden Merkmalen dieser (kriegerisch) abwehrbereiten „Potenz“ gehört die Kombination von einer phallischen „Hochschätzung des männlichen Organs“ und einer allgemeinen „Geringschätzung des Weibes“, die bis zu Abscheu und Hass gesteigert werden kann ¹⁵.

Aber die Immunisierung gegen die vermeintlichen Gefahren, die von Frauen und vor allem ihrer irgendwie bedrohlichen Sexualität ausgehen gelingt niemals vollständig. Die durch die Initiation oder, wie in unseren Gesellschaften, auf initiationsähnlichen Wegen erworbene Männlichkeit bleibt grundsätzlich ein fragiler und permanent bedrohter Zustand. Die größten Gefahren scheinen auch nach der virilen Wiedergeburt (und dann vielleicht sogar erst recht) von den Frauen, der weiblichen Sexualität und all jenen Verhältnissen und Zuständen auszugehen, die als schwächend, als Verlust der mit dem eigenen Geschlecht verbundenen Integrität und Autonomie empfunden werden. Ausgehend von einer Analyse sexueller Vermeidungsvorschriften bei sogenannten (männlichen) „Primitiven“ vertritt Freud in diesem Zusammenhang die Überzeugung, dass die darin zum Ausdruck kommende „prinzipielle Scheu vor dem Weibe“ nahezu universell verbreitet sei. „Vielleicht ist diese Scheu darin begründet, dass das Weib anders ist als der Mann, ewig unverständlich und geheimnisvoll, fremdartig und darum feindselig erscheint. Der Mann fürchtet, vom Weibe geschwächt, mit dessen Weiblichkeit angesteckt zu werden und sich dann untüchtig zu zeigen (...). An all dem ist nichts, was veraltet wäre, was nicht unter uns weiter lebte“ ¹⁶.

Für die Militärausbildung heißt das: Zu dem erwünschten Konstrukt des männlichen Soldaten gehört das Selbstbild einer intakten, aber vielfältig bedrohten Männlichkeit, deren Militarisation innerhalb einer homosozialen Kampfgemeinschaft Schutz und eine erfolgreiche Abwehr dieser Bedrohungen verspricht. Auf welchem Wege und mit welchen Methoden wird nun dieses Konstrukt der soldatischen Männlichkeit hergestellt?

Zu den wichtigsten Mitteln der militärischen Sozialisation, deren immer wieder gern vergessener Kern eine Sozialisation zum Töten ist, gehört ein spezifischer Eingriff in den Affekthaushalt der Soldaten: Die Affektlage unter den Bedingungen der neuen militärischen Realität besteht aus einer radikalen Entmischung von Sexualität und Aggression und einer Aufspaltung der Liebes- und Hassregungen. Die freigesetzte Aggression wird zusammen mit der Hassbereitschaft kanalisiert und auf den äußeren, als Verfolger wahrgenommenen Feind gerichtet. Die Abkömmlinge der libidinösen Strebungen werden dagegen (zielgehemmt) zur positiven Bindung an Führer, Kameraden und an die gemeinsame Ideologie verwendet. Daher sieht Ernst Simmel in seiner psychoanalytischen Studie über „Kriegsneurosen“ (Trauma) eine der wichtigsten Aufgaben der Militärdisziplin darin, durch die Mobilisierung der beiden Abwehrmechanismen der Spaltung (Triebentmischung) und der Projektion (Feindbildkonstruktion) „zwei scheinbar gegensätzliche psychische Leistungen zu vollbringen, nämlich sowohl die typischen sozialen als auch die typischen antisozialen Tugenden eines

guten Soldaten zu entwickeln: einerseits Kameradschaft, Ausdauer und Selbstaufopferung für das Gemeinwohl, andererseits die Bereitschaft, im Kampf gegen den Feind bewußt aggressive Triebenergien zu entbinden“ [17](#).

Um die eigenen Gruppenbindungen vor den durch militärischen Drill verstärkten aggressiven Gefühlsregungen (Wut und Hass) zu schützen, werden diese abgespalten und auf den Feind projiziert, der nun als Träger dieser Regungen zum konstruierten Repräsentanten einer äußeren und äußersten Bedrohung wird. Mit der damit einhergehenden Trennung von Liebe zur Eigengruppe und einer bis zum Hass steigerbaren Feindseligkeit gegenüber der zum Feind deklarierten Fremdgruppe kommt es zu einem Rückgriff auf die bereits angesprochenen psychischen Abwehrmechanismen der Spaltung und Projektion zur Abwehr elementarer Ängste. Psychologisch stellt dieser kollektiv mobilisierte Projektionsmechanismus vor allem einen Verarbeitungsmodus der durch die militärische, nicht nur am Körper, sondern auch an der „Seele“ der Rekruten ansetzenden Ausbildung¹⁸ erzeugten und unter Kriegsbedingungen massiv verstärkten Ängste dar. Dabei werden wahrnehmbare (oder konstruierte) Fragmente der Realität umgedeutet, neu zusammengestellt und nach Maßgabe unbewusster, aus diesen tiefsitzenden Ängsten gespeisten Vorstellungen ausgewählten Fremdgruppen angeheftet. Die Ängste können dann auf diesem Wege abgewehrt und in den berechtigt erscheinenden Kampf gegen einen verschobenen, nun im Außen (wieder-) gefundenen Gegner als vermeintlichen Verursacher des eigenen und des kollektiven Leids transformiert werden. Auf diesem Wege kann Angst in Feindseligkeit, Hass und Grausamkeit umgewandelt werden.

Damit haben wir uns psychologisch dem Kern der *militarisierten Männlichkeit* angenähert: Die militärische Sozialisation zum Töten erfolgt in einem allgemeinen Klima der angstmachenden Feindseligkeit, in dem es, je nach Ausbildungsintensität in unterschiedlichen Streitkräften bzw. Armeeeinheiten, keine Privatheit mehr gibt, in dem systematisch Unlust erzeugt wird und Schmerzen zugefügt werden, die zeigen, dass die Transformation in eine mehr oder weniger kriegerisch ausgerichtete Männlichkeit als möglichst reibungslos funktionierender Teil einer wehrhaften und kampfbereiten Tötungsmaschinerie vor allem am Körper der Rekruten ansetzt. Die körperbezogenen Ausbildungspraxen und ihre Methoden der Abhärtung, Ermüdung, Stärkung, Bestrafung usw. sollen den Körper und damit den Geist der Soldaten in einen Zustand lückenloser Überwachung und ständiger Kritisier- und Bestrafbarkeit versetzen. Zu den klassischen Merkmalen dieses militärisch-männlichen Körperselbst gehören Stärke, Mut, Entschlossenheit, aggressive Kampfbereitschaft, Härte, Disziplin, bedingungslose Hingabe- und Gehorsamsbereitschaft, Kameradschaftsgeist, Tapferkeit, Zähigkeit und Opferbereitschaft. Diese Merkmale müssen in der militärischen Sozialisation gleichsam in den Körper und die Seele des Soldaten eingeschrieben werden. Dieser Kanon an soldatischen Werten macht auch deutlich, was nicht dazugehört: alles was als Gegenteil dieser militärisch aufgerüsteten Männlichkeit gilt und was typischerweise als weiblich (oder „schwul“) denunziert und unter den Etiketten „Weichei“, „Schlappschwanz“ usw. rubriziert wird. In diesen Kontext gehören auch sogenannte „Aufnahmerituale“, die es in vielen Bereichen der Bundeswehr gibt, und denen die Funktion von Männlichkeitsbeweisen zukommt. In (un)guter Erinnerung sind hier etwa die im Februar 2010 in die Schlagzeilen geratenen bizarren Aufnahmerituale bei den Gebirgsjägern in Mittenwald. Um als „Fux“ im sogenannten „Hochzugskult“, einer internen Mannschaftshierarchie, aufzusteigen, müssen die Novizen bis zum Erbrechen rohe Schweineleber und mit Rohhefe gefüllte Rollmöpfe essen, exzessiv Alkohol trinken und, für eine soldatische Männergemeinschaft nicht ohne Pikanterie, nackt Kletterübungen vor den versammelten Kameraden absolvieren. Nur wer sich diesen Prüfungen aussetzt und sie übersteht gilt fortan als „echter“ Gebirgsjäger.

Diese und andere, von einem Vertreter des „Zentrums Innere Führung“ als wichtige „gruppenstabilisierende Elemente“ verharmloste Rituale der Bundeswehr sind eben keine bloßen spätpubertären Mutproben. Sie dienen der Erzeugung und Bestätigung einer kampf-, tötungs- und opferbereiten soldatischen Männlichkeit. Hierzu passt ein fragwürdiger

Ehrbegriff, zu dem die elementare Angst gehört, als „Schwächling“ oder „ewiger Loser“ zu gelten und ausgegrenzt zu werden. In Internet-Foren haben dann die einschlägigen Einträge zu den Vorfällen bei den Gebirgsjägern in Mittenwald mit aller Deutlichkeit klargestellt: „Weicheier gehörten nicht in die Elite-Einheit“ und „ein echter Gebirgsjäger“ müsse eben abgehärtet sein „und nicht nach Mamma rufen.“ Vor diesem Hintergrund müssen die offiziellen und inoffiziellen Rituale und Härte-Prüfungen der Bundeswehr als das eingeordnet werden, was sie im Kern immer schon gewesen sind, was aber in der meist schnell erregten und dann ebenso schnell wieder abflauenden öffentlichen Debatte weitgehend ausgeblendet bleibt: Rituale einer militarisierten, abwehr- und kampfbereiten Männlichkeit, deren kriegerisch-heldische Komponente nicht, wie viele annehmen, durch inszenierte Rituale in Schach gehalten und überwunden, sondern gerade hervorgebracht und verstärkt wird.

Dies gilt in besonderem Maße für Eliteeinheiten mit einem stärker auf Kampf ausgerichteten Männlichkeitsideal, aber von der Tendenz her generell für eine Armee wie die Bundeswehr, die sich im Übergang von einem stehenden Verteidigungsheer innerhalb der eigenen Landesgrenzen zu einer gegebenenfalls weltweit operierenden Interventionsarmee mit neuen soldatischen Anforderungsprofilen und neuerdings auch Angriffsoptionen befindet. Und hier kommt der Geschlechter-Aspekt verstärkt ins Spiel, auch wenn sich Militär und Krieg selbstverständlich nicht darauf reduzieren lassen. Die Problematik dieser Entwicklung lässt sich streiflichtartig an drei Punkten festmachen:

1. Aus der Spitze des Zentrums für Innere Führung verlautete im Jahr 2000, der zukünftige Bundeswehrsoldat müsse sich „wieder stärker bewußt [werden], daß der Soldat in letzter Konsequenz ein Kämpfer ist, der für sein Volk und dessen Verbündete im Auftrag seines Volkes zu handeln hat“.

2. Bereits 2003 ermittelte eine Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehrhochschule in Hamburg in der Bundeswehr ein deutliches Schwinden der Prägekraft des Leitbilds vom „Bürger in Uniform“ und eine anwachsende Renaissance des Idealbilds vom „Krieger, zu dessen Grundausstattung die genannten „ewig gültigen“ Soldatentugenden gehören.

3. Im Jahre 2004 hat der damalige Heeresinspekteur Generalmajor Hans-Otto Budde über den zukünftigen Soldatentypus klar und deutlich festgestellt: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann“. Und Wolfgang Winkel, ein ehemaliger Fallschirmjägeroffizier und Weggefährte Buddes ergänzte: „Diesen Typus müssen wir und wohl vorstellen als einen Kolonialkrieger, der fern der Heimat“ gezwungen sei, „nach eigenen Gesetzen zu handeln“, denn ein „neue Zeit“ in der Militärstrategie und Taktik verlangt natürlich einen Soldatentypus sui generis: Der ‚Staatsbürger in Uniform‘, der mit seiner Familie in unserer Nachbarschaft wohnte und um siebzehn Uhr dreißig nach Hause kam, hat ausgedient“¹⁹.

Was bedeuten die damit einhergehenden Gefahren einer Re-Traditionalisierung und einer Re-Maskulinisierung im Bild des Soldaten für die Einsatzrealität des Krieges?

Kriege dienen unter der hier in den Mittelpunkt gerückten Gender-Perspektive grundsätzlich der Mobilisierung, dem Einsatz und dem Beweis dieser militarisierten, auf Abwehr und Kampf ausgerichteten Männlichkeit sowie der Reparatur ihrer durch angstausslösende Disziplinierungen und Kampferfahrungen als beschädigt erlebten Subjektivität. Im Krieg manifestiert sich die in der Militärausbildung erzeugte Vorstellung, dass der Mann einen Körper hat, den er beherrschen, manipulieren, als Instrument, als Verlängerung einer Waffe und gegebenenfalls selbst als Waffe benutzen kann. Die Frau dagegen ist nach diesem männlich-militarisiertem Wahrnehmungsmuster *nur* Körper und daher potenzielles Objekt sexueller und kriegsstrategischer Zugriffe. Die kriegerische Zurichtung des männlichen Soldaten, seine Unterwerfung unter die militärische Freund-Feind-Logik und das Erleben und die Überwindung existenzieller Todesangst im Kriegseinsatz stellen die wichtigsten Quellen

von Massenvergewaltigungen und anderen Formen sexueller Gewalt im Krieg mit ihrer fast universellen Verbreitung dar [20](#).

Bei den der Realität des Krieges angepassten, reflexhaft funktionierenden Wahrnehmungs-, Empfindungs- und Handlungsmustern handelt es sich nicht mehr um jene, die das zivile Ich der Soldaten bestimmt haben. Der Krieg ist vielmehr eine von existentiellen Ängsten, von paranoid getönten Wahrnehmungsverzerrungen, projektivem Hass, Vernichtungsbereitschaft und der Allgegenwart des Todes bestimmte Wirklichkeit, an die das alte Ich des Rekruten angepasst worden ist. Die Idealisierung der militärischen Ziele und der dahinter stehenden Ideologien führen zu einer rationalen Begründung (Rationalisierung) der kollektiven Projektionen und letztlich zur Legitimation, den Kriegsgegner zu vernichten. Die Militärausbildung, die durch Disziplinierung, Drill und Unterdrückung der Rekruten gekennzeichnet ist, bringt bereits das neue Realitätsprinzip hervor, das nun in kriegesischen Kampfhandlungen umgesetzt wird. Nach der militärischen Ausbildung tritt das Ich des Rekruten, so Shatan, durch eine „Realitätsmembran“ in die Wirklichkeit des Krieges ein [21](#), womit die Umformung der Persönlichkeitsstruktur des Soldaten unter dem Diktat einer paranoiden Kampfhaltung vollendet wird [22](#). Zusammengefasst bedeutet dieser massenpathologische Vorgang: Die Herstellung von Kriegsbereitschaft ist durch eine gruppenspezifische Umwandlung von Angst, Wut und Hass in Destruktivität, durch eine paranoid getönte Wahrnehmungsverzerrung und eine damit einhergehende Abwehr-Kampfhaltung abgehärteter männlicher Soldaten gekennzeichnet.

Die Rückkehr in das Zivilleben und damit die Rückumwandlung vom Kriegs-Ich in ein Zivil-Ich ist erschwert, wenn nicht gar unmöglich geworden, denn einmal ausgeprägt, kann die in den Habitus der Soldaten eingegrabene paranoide Haltung nur schwer wieder rückgängig gemacht werden. Wie hartnäckig sich diese Vertauschung des Realitätsprinzips festsetzen kann, zeigen die dramatischen Phänomene der Flashbacks bei traumatisierten Soldaten in der Nachkriegsphase, d.h. das zwanghafte Wiedererleben von Kampfsituationen sowie die Unfähigkeit, den antrainierten und im Kampf verstärkten militärischen Bezug zur Wirklichkeit im Zivilleben wieder aufzugeben. Für viele Soldaten bleibt der paranoide Realitätsbezug als Überlebensreflex und damit der Kampf auf Leben und Tod als Lebens Tatsache auch nach dem Kriegseinsatz weiter bestehen. – Angesichts der enormen Steigerungsraten von Kriegstraumatisierungen zurückkehrender Bundeswehresoldaten geben uns die hier aufgezeigten Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf das Seelenleben der Soldaten keinen Anlass zur Beruhigung.

Rolf Pohl ist Professor für Sozialpsychologie am Institut für Soziologie der Leibniz Universität Hannover. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören im Bereich der Politischen Psychologie die Themen NS-Täter, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sowie im Bereich der Geschlechterforschung die Themen Männlichkeit, sexuelle Gewalt und männliche Adoleszenz.

Fußnoten:

[1](#) Vgl. Pohl, Rolf (2011): Männer - das benachteiligte Geschlecht? Weiblichkeitsabwehr und Antifeminismus im Diskurs über die Krise der Männlichkeit, in: Mechthild Bereswill, Anke Neuber (Hrsg.): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Reihe: Forum Frauen- und Geschlechterforschung, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 104-135.

[2](#) Bauer, Fritz (1965): Genocidium (Völkermord). In: Bauer, Fritz (1998): Die Humanität der Rechtsordnung (hrsg. v. Joachim Perels u. Irmtrud Wojak). Frankfurt a.M., S. 67f.

[3](#) Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. (1947): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt a.M.: Fischer (1969), S. 196.

[4](#) Erdheim, Mario (1992): Das Eigene und das Fremde. Über ethnische Identität. In: Psyche - Z Psychoanal 46, S. 732.

[5](#) Ebenda

[6](#) Freud, Sigmund (1915): Triebe und Tribschicksale. GW X, S. 228.

[7](#) Barrett, Frank J. (1999): Die Konstruktion hegemonialer Männlichkeit in Organisationen: Das Beispiel der US-Marine. In: Eifler, Christine u. Seifert, Ruth (Hrsg.) (1999): Soziale Konstruktionen – Militär und Geschlechterverhältnis. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 71.

[8](#) Erdheim, Mario (1982b): „Heiße“ Gesellschaften und „kaltes“ Militär. In: Kursbuch 67, S. 3.

[9](#) Vgl. Creveld, Martin van (2001), Frauen und Krieg, München: Gerling Akademie Verlag, S. 182ff.

[10](#) Ebenda, S. 185.

[11](#) Ebd.

[12](#) Ebd., S. 186f.

[13](#) Kreisky, Eva (2003), Fragmente zum Verständnis des Geschlechts des Krieges, 30.10.2011, http://evakreisky.at/onlinetexte/geschlecht_des_krieges.pdf, S. 7.

[14](#) Gennep, Arnold van (1909): Übergangsriten (Les rites de passage). Frankfurt a.M.: Campus (1999).

[15](#) Vgl. Freud, Sigmund (1922): Über einige neurotische Mechanismen bei Eifersucht, Paranoia und Homosexualität. GW XIII, S. 205.

[16](#) Freud, Sigmund (1918): Das Tabu der Virginität. GW XII, S. 168.

[17](#) Simmel, Ernst (1944): Kriegsneurosen. In: Simmel, Ernst (1993): Psychoanalyse und ihre Anwendungen. Ausgewählte Schriften (hrsg. v. Ludger M. Hermanns u. Ulrich Schultz-Venrath). Frankfurt a.M.: Fischer, S. 207.

[18](#) Vgl. Eissler, Kurt R. (1982): Die Seele des Rekruten. Zur Psychopathologie der US-Arme. In: Kurbuch 67, S. 9-29.

[19](#) <http://www.welt.de/print-wams/article107173/Bundeswehr-braucht-archaische-Kaempfer.html>

[20](#) Vgl. Seifert, Ruth (1993): Krieg und Vergewaltigung. Ansätze zu einer Analyse. In: Stiglmayer, Alexandra (Hrsg.) (1993): Massenvergewaltigung. Krieg gegen die Frauen. Freiburg i.Br.: Kore, S. 85-108; Pohl, Rolf (2002): Massenvergewaltigung. Zum Verhältnis von Krieg und männlicher Sexualität. In: Mittelweg 36, 11.Jg., Heft 2, S. 53-75.

[21](#) Vgl. Shatan, Chaim F. (1981): „Zivile“ und „militärische“ Realitätswahrnehmung. Über die Folgen einer Absurdität. In: Psyche – Z Psychoanal 35, S. 567.

[22](#) Vgl. ebenda, S. 564f.

Mobile Akademie für Genderdemokratie und Friedensförderung OWEN e.V.

Dr. Marina Grasse

Die Frauenorganisation OWEN wurde 1992 gegründet. Die Mehrheit der Gründerinnen waren Frauen, die sich seit Beginn der 1980er Jahre in der oppositionellen Friedensbewegung der DDR und in den Bürgerbewegungen der Wendezeit engagiert hatten. Ziel der Frauenorganisation war zunächst, ein ost-westeuropäisches Netzwerk von Aktivistinnen aufzubauen, die sich für die Chancengleichheit und Gleichberechtigung von Frauen und Männern einsetzen.

Nach 2002 setzten wir unseren Arbeitsschwerpunkt im In- und Ausland zunehmend auf friedenspädagogisch orientierte Aktivitäten zur Stärkung von Frauen als Akteurinnen in demokratisierungs- und friedensfördernden Prozessen. Seit 2006 arbeiten wir kontinuierlich mit Partnerorganisationen im Nord- und Südkaukasus zusammen. Diese Zusammenarbeit war und ist eng mit dem Projekt „Mobile Friedensakademie OMNIBUS 1325“ und dem daraus hervorgegangenen Friedensnetzwerk OMNIBUS1325 verbunden.

Hintergrund des Projekts OMNIBUS 1325¹

Konfliktkontext im Kaukasus

Die gesamte Kaukasusregion ist seit dem Zerfall der UdSSR bis in die Mikroebene der Familien hinein von den Folgen offener und verdeckter Gewaltkonflikte gekennzeichnet und tief gespalten. Die Konfliktlandschaft ist außerordentlich komplex und von erheblichen Dynamiken gekennzeichnet. Anhaltende zwischen- und innerstaatliche Konflikte, Territorialkonflikte und sozialökonomische Disparitäten überschneiden sich mit nationalen, kulturellen, ethnischen und religiösen Identitätskonflikten. Alle Bemühungen um stabile Friedensabkommen sind bisher gescheitert. Die politischen Systeme zeichnen sich durch autoritäre und intransparente Regierungsführungen, schwache Parlamente und schwache oppositionelle Kräfte aus. Eine unabhängige Rechtssprechung existiert nur in Ansätzen, Korruption gehört in den meisten Kaukasusrepubliken zur Tagesordnung. Die Zivilgesellschaften sind schwach organisiert. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt seit Jahren unter sehr schwierigen materiellen Existenzbedingungen und hat ihr Vertrauen in die Politik längst verloren. Anhaltende Menschenrechtsverletzungen, die Diskriminierung von Minderheiten, organisierte Gewaltkriminalität und Gewalt gegen Frauen gehören in den meisten Ländern zum Alltag.

Das in einigen Nordkaukasusrepubliken wie auch im Südkaukasus (Aserbaidschan, Georgien) zumindest partiell zu verzeichnende ökonomische Wachstum wird von extrem neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik gestützt. Nur wenige Zentren profitieren von dem partiellen Aufschwung. Die Arbeitslosigkeit ist unverändert hoch. In einigen Regionen, wie Tschetschenien, Dagestan, Ossetien und Armenien, sind mehr als 50 Prozent der Bevölkerung erwerbslos.

Diese Entwicklungen sind von einer selektiven „Rückbesinnung auf Tradition, Religion und Geschichte“ und nationalistischen Ideologien begleitet. Der postsowjetische Bezug auf zaristische und vorzaristische Zeiten, auf ethnozentrierte und christlich-orthodoxe bzw. muslimische Traditionen wie auch das Erinnern an die dunklen Seiten der sowjetischen Nationalitätenpolitik und Herrschaftsgeschichte bilden das ideologische Fundament zur Wiederbelebung vorsozialistischer patriarchaler Geschlechterbeziehungen.

Das ökonomisch notwendige Zusammenrücken der Familien als Überlebensgemeinschaften trägt zum Erstarken traditioneller Geschlechterrollen und –stereotypen bei und erschwert die Loslösung der jungen Erwachsenen von den älteren, vollständig durch die UdSSR geprägten

Generationen. Der Mangel an realen Zukunftsperspektiven und Orientierungen in den eigenen Gesellschaften stellt ein erhebliches Gefahrenpotential für die junge Generation dar. Die langfristigen Entwicklungschancen in der Region hängen auch davon ab, ob und wie weit es gelingen wird, junge Frauen und Männer für friedens- und demokratiefördernde Prozesse und Aktivitäten zu gewinnen.

Die Entwicklung von Zivilgesellschaft und demokratischem Bewusstsein ist rückläufig. Zwar wurden seit den 1990er Jahren in allen Kaukasusrepubliken Tausende von „NGOs“ registriert. Deren Aktivitäten hingen und hängen jedoch mehrheitlich von den Zuwendungen ausländischer (westlicher) Geldgeber und deren Prioritätensetzungen ab. Die Anzahl der heute noch tatsächlich aktiv tätigen NGOs ist im Verlauf der letzten zehn Jahre auf eine sehr kleine Zahl zusammengeschrumpft. Ihr realer Einfluss innerhalb der Gesellschaften und auf die politischen Machtstrukturen ist äußerst gering.

Die skizzierten Entwicklungen wirken sich in besonderer Weise auf die ohnehin sehr kleine Community der regierungsunabhängig agierenden Friedens- und MenschenrechtsakteurInnen aus. Sie sind zunehmend der staatlichen und auch geheimdienstlichen Kontrolle ausgesetzt. Begegnungen zwischen Friedens- und MenschenrechtsakteurInnen aus verschiedenen Konfliktregionen des Kaukasus werden von Seiten der jeweiligen Staaten sowie innerhalb der eigenen Gesellschaften ablehnend wahrgenommen. Unabhängig von ihrem tatsächlichen Einfluss auf die öffentliche Meinung und das gesellschaftspolitische Klima werden einzelne AkteurInnen willkürlich unter Druck gesetzt und öffentlich diffamiert. Auf Dialog und Verständigung hinarbeitende NGOs, insbesondere dann, wenn sie mit der anderen Konfliktseite oder westlichen Partnern zusammenarbeiten bzw. Fördermittel/Grants aus dem Westen (Europa, USA) erhalten, müssen verstärkt damit rechnen, dass ihnen „kriminelle Aktivitäten“, Verbindungen mit ausländischen Spionageaktivitäten oder Kollaboration mit „dem Feind“ zur Last gelegt werden.

Für den Handlungsansatz des Projekts OMNIBUS 1325 spielten neben diesen „sichtbaren“ Entwicklungstendenzen jedoch auch historisch bedingte „unsichtbare“ Faktoren eine entscheidende Rolle. Der Kaukasus ist eine Region, die auf eine blutreiche Geschichte der Kolonialisierung und Willkürherrschaft durch das zaristische Russland zurückblickt, die bereits im 18. Jahrhundert begann und die unter anderen Vorzeichen in der UdSSR fortgesetzt wurde. Zivilgesellschaftliche, demokratiefördernde Bewegungen und Strukturen konnten sich bis zum Zerfall der Sowjetunion nicht herausbilden. Die kurze Phase der Perestroika mit dem Versuch der „Demokratisierung von oben“ reichte nicht aus, um Werte, Normen und Einstellungen zu entwickeln, die für die Herausbildung eines „Bürgerbewusstseins“ eine grundlegende Voraussetzung darstellen. Mehrere Generationen sind durch Erfahrungen mit der Macht der Zentralgewalten, mit Willkürherrschaft, dem öffentlichen Tabuisieren von kollektiven Traumata und gesellschaftlichen Konflikten geprägt worden. Der kurzen Demokratisierungsphase in den 1980er Jahren folgten schmerzhafte ökonomische und soziale Veränderungen. Der Zerfall der Sowjetunion war mit Sezessionsbewegungen und ausbrechenden Gewaltkonflikten zwischen den verschiedenen Nationen, Ethnien, Minderheiten verbunden. Konfliktlinien und kollektive Traumata, die bis dahin tabuisiert, geleugnet worden waren, brachen nun mit Gewalt auf. Die sich neu etablierenden politischen Eliten waren aus der alten Gesellschaft hervorgegangen. Eine Bürgergesellschaft, die sich für gewaltfreie Formen der Konfliktbearbeitung hätte engagieren können, existierte bis auf wenige intellektuelle und individuelle AkteurInnen aus Dissidentenkreisen nicht. Kontakte zum Ausland, insbesondere in den Westen, waren in den Zeiten der Sowjetunion eher Ausnahmefälle. Objektive Informationen über politische Entwicklungen außerhalb der UdSSR, über zivilgesellschaftliche, emanzipatorische Bewegungen waren kaum zugänglich.

Die persönliche Fähigkeit, als Bürgerin und Bürger Mitverantwortung für die Gesellschaft zu tragen, die eigenen Bedürfnisse und Interessen wahrzunehmen und zu reflektieren, im öffentlichen Raum zu artikulieren, zu vertreten und in „Dialogen mit dem Gegenüber“ zu verhandeln stellt jedoch eine unabdingbare Voraussetzung für ein freiwilliges

zivilgesellschaftliches Engagement dar – ob als Individuum oder in Interessensgemeinschaften wie NGOs.

Idee und Konzept OMNIBUS

Das Projekt OMNIBUS zielte sowohl auf das persönliche Empowerment als auch das gendersensible capacity building und die Intensivierung von Dialogprozessen insbesondere zwischen den TeilnehmerInnen, die den verschiedenen Konfliktseiten angehören, wie der Russischen Föderation, Georgien und Abchasien, Armenien, Azerbaidtschan und Bergkarabach.

Die „ Mobile Friedensakademie OMNIBUS1325“ war ein dreijähriges friedenspädagogisches deutsch-kaukasisches Projekt (2006-2008). Im Zentrum standen Grund- und Aufbaukurse mit TeilnehmerInnen aus Deutschland bzw. aus dem Nord- und Südkaukasus.

In den Grundkursen stand die Sensibilisierung von MultiplikatorInnen für Zusammenhänge zwischen Gender, gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Friedensförderung im Zentrum.

Die Aufbaukurse dienten der Erarbeitung und Vermittlung von friedenspädagogischen Konzepten und Praktiken, die für die Gender-Sensibilisierung in der Friedensarbeit in unterschiedlichen gesellschaftlichen, kulturellen und Konfliktkontexten geeignet sind.

Im Kaukasus nahmen vorrangig Akteurinnen und Akteure aus lokalen Friedens-, Menschenrechts-, Frauen- und Jugendorganisationen an den Kursen teil. Die Teilnehmenden kamen aus der Russischen Föderation (Rostower Region, Tschetschenien, Karbadino-Balkarien, Nordossetien, Dagestan) und den südkaukasischen Republiken bzw. „abtrünnigen“ Regionen (Armenien, Bergkarabach, Azerbaidtschan, Georgien, Abchasien, Südossetien).

Ergebnisse und Wirkungen

Als Ergebnis der Kurse bildete sich 2009 das Friedensnetzwerk OMNIBUS 1325. Innerhalb des Netzwerks gibt es seither zahlreiche Kooperationen. Die Netzwerkmitglieder pflegen intensive – auch persönliche – Kontakte. 2010 konnten Mitglieder des Netzwerks aus Deutschland und dem Kaukasus nach Bosnien-Herzegowina reisen, um sich mit Ansätzen, Praktiken und Erfahrungen von lokal engagierten NGOs, die sich um Friedens- und Versöhnungsprozesse in dieser Postkonfliktregion bemühen, bekannt zu machen. Aus dieser Reise gingen seit 2011 weitere Kooperationsbeziehungen mit dem Zentrum für Friedensbildung (CIM) in Sanski Most hervor. Netzwerkmitglieder aus Georgien und der Russischen Föderation haben ein russisch-georgisches Dialogprogramm initiiert, Netzwerkmitglieder aus Armenien, Bergkarabach und Azerbaidtschan arbeiten zusammen, um Empowermentprozesse von und Dialogprozesse mit Jugendlichen zu unterstützen. OWEN ist als deutscher Netzwerkpartner in mehrere Projektkooperationen eingebunden. 2011 entschied sich die Frauenorganisation, ihre bisher vorrangig international ausgerichtete Friedensarbeit stärker mit einem lokalen Engagement innerhalb der deutschen Einwanderungsgesellschaft zu verbinden. Der Verein verlagerte seinen Sitz nach Berlin-Neukölln und ist seither dabei, dort eine Friedenswerkstatt aufzubauen.

***Dr. Marina Grasse** ist Mitbegründerin und Vorsitzende von OWEN – Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V.*

Fußnoten:

1 Vgl. www.omnibus1325.de.

Genderaspekte in der Beratungs- und Trainingsarbeit als Friedensfachkraft im Südsudan 2005 – 2010

Anne Dietrich

1. Rahmen

Als ich im Jahr 2005, nach dem Friedensabkommen der sudanesischen Regierung mit der südsudanesischen „Sudan People’s Liberation Army/Movement“ (SPLA/M), als Friedensfachkraft im Sudan begann, war in meiner Arbeitsplatzbeschreibung vieles vorgesehen, für das die geeigneten Partnerorganisationen, die Infrastruktur und die Mittel nicht vorhanden waren. So zimmerten wir gemeinsam ein Arbeitsfeld, das zunächst die Arbeit mit Nichtregierungsorganisationen im Südsudan zur Unterstützung lokaler Kompetenzen in gewaltfreier Konfliktbearbeitung vorsah. Als zunehmend klar wurde, dass es wenige lokale Organisationen gab, die im Bereich Konfliktbearbeitung und Friedensförderung tätig und ausreichend stark organisiert waren, autonomer Partner einer mit staatlichen Mitteln geförderten Kooperation zu werden und dass gleichzeitig die neu entstehenden staatlichen Einrichtungen für Friedensförderung und Konfliktbearbeitung dringend Unterstützung beim Aufbau ihrer Struktur und ihrer Kapazitäten brauchten, weiteten wir die Aktivitäten auch auf Institutionen der lokalen (Interims-) Regierung aus. So waren in der Zeit zwischen dem Abschluss des Friedensabkommens und der Erklärung der Unabhängigkeit der Republik Südsudan neben lokalen Nichtregierungsorganisationen die Südsudan-Friedenskommission, der Ausschuss für Frieden und Versöhnung des südsudanesischen Parlaments, das Direktorat für religiöse Fragen und die Reintegrations- und Entwicklungszentren auf Landkreisebene unsere Partner.

2. Gender-Herausforderungen

Beteiligung von Frauen thematisieren

In vielen Trainings und Workshops war eine der ersten Fragen, ob und wie Frauen beteiligt seien. Schon dies mit der veranstaltenden Organisation zu thematisieren, war sensibel: Wie konnte ich, als westliche Ausländerin, die aus einem Kontext kommt, in dem die gesellschaftliche Rolle von Frauen inzwischen als vergleichsweise fortschrittlich gesehen werden kann, als Akteurin von „außen“, dergestalt unhöflich und respektlos in die Autonomie der einheimischen Organisation eingreifen? Wie höflich und freundlich auch immer ich die Frage formuliere, ich lief immer Gefahr, eine Dynamik in Gang zu setzen, die viel mit meiner Rolle als Westlerin, im schlimmsten Fall noch als Vertreterin der Organisation, die das Projekt finanziell und durch Kontakte unterstützt, zu tun hat, und wenig bis gar nichts an Einstellungen oder Einsichten zur Bedeutung der Beteiligung von Frauen für die Friedensarbeit beiträgt.

Querschnittsthema und eigene Werte

Natürlich war ich auch mit den Anforderungen konfrontiert, die ich aus meinen eigenen Werten und Vorstellungen mit in die Arbeit einbrachte: So war mir ja die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an Friedensarbeit und eben auch an Trainings zur Förderung der Konfliktkompetenz wichtig, auch um einen Beitrag zur Überwindung der strukturellen Ungerechtigkeiten im Verhältnis der Geschlechter zueinander vor Ort leisten zu können. Gleichzeitig hatten einige der Geldgeber-Organisationen für die Projekte mit einheimischen Organisationen und Institutionen „Gender“ als Querschnittsthema entdeckt und

insbesondere für die Arbeit vor Ort dazu Mindeststandards festgeschrieben. Dass diese Anforderungen – etwa gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an Trainingsmaßnahmen – in westlich-industrialisierten Kontexten entwickelt wurden und in der Realität einer von jahrzehntelanger regionaler Marginalisierung, Bürgerkrieg und struktureller Armut, von der Frauen besonders betroffen waren und sind, schwer zu befolgen sind, war oft für die Vertreterinnen und Vertreter der internationalen Förder-Organisationen kaum nachzuvollziehen.

Umgang mit den Normen und Regeln vor Ort

Die Normen und Regeln, die das Verhältnis der Geschlechter im Südsudan regeln, variieren je nach Zugehörigkeit der Menschen zu einer der über 150 ethnischen Gruppen in diesem 619,745 km² großen Land erheblich. In vielen Gruppen und Gegenden ist es Frauen nicht erlaubt, Eigentum zu haben, schon gar nicht an Land, was viele Frauen in einer Nachkriegssituation, in der viele von ihnen Haushaltsvorstände und damit für die Ernährung der Familie zuständig sind, in eine ausgesprochen schwierige Lage versetzt. In manchen Gruppen ist es üblich, dass Frauen, wenn ihr Ehemann stirbt, an dessen Bruder weiter „vererbt“ werden, was Sinn macht in dem System der Brautpreise und aufgrund der Vorstellung, dass die Familie des Mannes zwar die Frau besitzt, diesen „Besitz“ aber auch mit ernährt und im Zweifelsfalle auch schuetzt und verteidigt.

Vielfach habe ich auch die Vorstellung angetroffen, dass ein Ehemann eine Pflicht zur „Erziehung“ seiner Gattin habe – zu ihrer eigenen positiven Entwicklung und zur Sicherstellung ihres konstruktiven Beitrags zur Dorfgemeinschaft, - was disziplinierende Maßnahmen bis hin zu körperlicher Gewalt einschloss.

3. Rolle von Frauen im Aufbau des neuen Staatswesens

Obwohl die Verfassung des Interims-Staates „Südlicher Sudan“ bereits vorsah, dass mindestens 25 Prozent aller öffentlichen Ämter von Frauen besetzt sein sollten, und sehr engagierte Frauen gelegentlich sogar fanden, 25 Prozent seien nicht genug, weil Frauen die Mehrheit der Bevölkerung darstellen, ist selbst diese Quote nicht erfüllt: Zu wenige Frauen haben ausreichende Schulbildung, ein unterstützendes Umfeld und den notwendigen Mut, sich in die Männerdomäne Politik vorzuwagen.

Frauenorganisationen und Frauen in Organisationen und Einrichtungen, die weibliche Beteiligung einfordern und einander dabei unterstützen, mehr Frauen und eine wichtigere Rolle für Frauen zu verwirklichen, sind vor allem in kirchlichen Gruppen zu finden, oder in von internationalen Organisationen unterstützten Projekten sowie einigen wenigen Frauenselbsthilfe-Organisationen vor Ort. Sie arbeiten mehr und mehr vernetzt und haben, zum Beispiel im Vorfeld der Wahlen und des Referendums, zugunsten der Aufklärung und gleichberechtigteren Beteiligung von Frauen (etwa bei der Klarstellung und Einforderung von Papieren zur Registrierung als Wahlberechtigte) zusammengearbeitet.

4. Wenn Männer nicht mehr mitmachen wollen

Für mich war eine der eindrucksvollsten Erkenntnisse in der Trainingsarbeit, dass bei der Aufarbeitung von Gewaltsituationen, in denen Frauen als Opfer identifiziert worden waren und die gesellschaftlichen Verhältnisse und Normen als zu der Situation beitragend erkannt worden waren, Männer, vor allem junge Männer, sagten „Ich will nicht länger dabei mitmachen, dass solche Dinge passieren können, sondern dazu beitragen, dass sich die Traditionen und Verhältnisse so ändern, dass Frauen diese Gewalt nicht noch einmal erleiden müssen.“

In solchen Momenten, in denen diesen jungen Männern klar wurde, auf welche Weise Mädchen und Frauen Leid durch die gesellschaftliche Gewalt in ihrer Gemeinschaft zugefügt wurde, und in denen sie sich entschlossen, gegen diese Gewalt mutig aufzustehen, spürten wir, dass sich hier gerade Wesentliches in der Gemeinschaft veränderte. Das waren oft die magischen Momente in einem solchen Training, und die männlichen Teilnehmenden nahmen danach regelmäßig ihre weiblichen Mit-Teilnehmenden stärker wahr, konnten ihre Beiträge besser hören und verstehen und äußerten, dass sie Frauen in ihrer Gemeinschaft sowie Frauen in diesem Training mehr fördern und mit mehr Respekt behandeln würden. Klar war allerdings auch, dass Arbeit mit Männern am empathischen Umgang ebenfalls mit einander weitergehen musste: Diejenigen, die nicht mehr mit machen wollen, brauchen viel Mut, um gegen die Normen und Traditionen aufzustehen, und müssen einander gegen Diskriminierung von ihnen als Männern, die aus dem System aussteigen, unterstützen.

Anne Dietrich ist Friedens- und Konfliktberaterin und war als Friedensfachkraft mit dem Zivilen Friedensdienst (ZFD) im Sudan

Auswirkungen der Geschlechterverhältnisse auf Menschen in und nach Kriegen

Dr. Rita Schäfer

1. Gender als analytischer Schlüssel für Kriege und Frieden

Gender beschränkt sich keineswegs auf die gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen an Frauen und Männer. Vielmehr umfasst *Gender* Identitätszuschreibungen, Selbstbilder und Differenzkategorien auch zwischen Männern und zwischen Frauen unterschiedlichen Alters und Status, die mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Distinktionen interdependent verwoben sind. So spiegeln und legitimieren sie sozio-ökonomische Ungleichheiten, Macht- und Ausbeutungsverhältnisse. Zu diesen Distinktionen, die von Kriegstreibern verschärft werden können, zählen Ethnizität, Religion und Nationalismus. *Gender* ist also ein integraler Bestandteil und Kristallisationskern komplexer Machtstrukturen und diverser Konfliktkonstellationen, die im Vorkriegskontext geprägt, im Kriegsverlauf gewaltsam aufgeladen und in Nachkriegssituationen neu akzentuiert werden. Deshalb bietet *Gender* einen analytischen Schlüssel, der ein besseres Verständnis von Kriegen und gewaltsamen Konflikten sowie den Schwierigkeiten in Friedensprozessen ermöglicht. Kontextspezifisch müssen die unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Rollen, mit denen Frauen und Männer an Kriegsgeschehnissen beteiligt sind, z.B. als Kombattant/innen, (Kinder-)Soldaten/innen, Gewaltopfer oder Flüchtlinge, erfasst werden. Denn häufig müssen einzelne Personen oder Personengruppen in Kriegskontexten gleichzeitig unterschiedliche Aufgaben und Funktionen übernehmen, die nur schwer vereinbar sind und etablierte Rollenmuster ad absurdum führen. So gilt es, die damit verbundenen Handlungspotenziale und Handlungsgrenzen sowie das Austarieren von Machtbalancen auszuloten. Auch die Intensivierung von Differenzen zwischen Frauen bzw. zwischen Männern sowie eskalierende Geschlechter- und Generationenkonflikte vor, während und nach Kriegen sind zu beachten. Konflikte zwischen Männern unterschiedlichen Rangs betreffen beispielsweise Kindersoldaten, Warlords, traditionelle und religiöse Autoritäten oder Blauhelmsoldaten. Wie in einem Brennglas bündeln sich in Geschlechterantagonismen und in gewaltgeprägten Interaktionsformen zwischen Männern übergreifende politische und ökonomische Konfliktkonstellationen.

Wegen ihrer kulturellen Herleitung sind Geschlechterkonstrukte wandelbar, d.h. Stereotypen und Gewaltmuster können vor und während Kriegen verstärkt werden; es sind aber auch Rollentransformationen oder normative Neuorientierungen möglich. Während ersteres in Kriegskontexten sehr häufig aus strategischem Machtkalkül geschieht, ist die Veränderung geschlechtsspezifischer Verhaltensmuster schwierig. Oft ist die Übernahme männlicher Rollen und wirtschaftlicher Handlungsspielräume durch Frauen während Kriegen nur ein temporäres Phänomen. Die kriegsbedingt erweiterten Möglichkeiten werden ihnen im Nachkriegskontext oft zum Fallstrick, zumal Retraditionalisierungen von alten oder neuen Machthabern und von autoritären Frauen und Männern als Wiederherstellung von Ordnung ausgegeben wird. Der Rekurs auf Kultur und Tradition ist in vielen Fällen keineswegs benevolent, sondern Instrument partikularer, teils egoistischer Machtinteressen.

Vielerorts erhalten (Neo-)TraditionalistInnen sogar Fördergelder von Entwicklungsorganisationen oder werden durch kurzsichtige VerklärerInnen von Traditionen als FriedensstifterInnen idealisiert.

Diese Machtprozesse verstellen den Blick dafür, wie wichtig es wäre, neue Konzepte zur Überwindung gewaltgeprägter Maskulinitätsideale in Nachkriegsgesellschaften zu entwickeln. Die rasant steigenden HIV/AIDS-Raten während und nach Bürgerkriegen, die insbesondere auf sexualisierte Gewalt während Kriegshandlungen und in Ehen oder Partnerschaften

zurückzuführen sind, illustrieren die Notwendigkeit solche Ansätze. Wenn das gewaltgeprägte maskuline Machthandeln ungebrochen in Nachkriegskontexte und in die Privatsphäre übernommen wird, wirkt es sich strukturprägend auf die lokalspezifischen Geschlechterverhältnisse und die gesellschaftlichen Interaktionen aus, d.h. Gewalt wird in neuen Zusammenhängen und mit neuen Legitimationen weiterhin als bewährtes Mittel der Interessendurchsetzung und Konfliktlösung in verschiedenen Lebensbereichen angewandt. Das beschränkt sich nicht auf Gewalt gegen Frauen oder Kinder in Familien und Haushalten, sondern umfasst auch Gewalt zwischen Männern, die als Herrschaftsbeweis oder als Macht- und Demütigungsstrategie gilt. Gewaltakte zwischen Männern sind Instrumente zur Schaffung und Bestätigung von Hierarchien zwischen Männern. So ist es für eine nachhaltige Friedenssicherung wichtig, die Auswirkungen von Kriegen auf männliche Gewaltakteure, deren Selbstbilder und Interaktionen zu beleuchten. Dies ist ein erster Schritt, um Strategien gegen den Einsatz von Gewalt als Machtinstrument in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten und insbesondere gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu entwickeln. Die Initiativen, die bereits dazu arbeiten, sollten besser wahrgenommen und gestärkt werden; ihre Vernetzung sollte systematisch gefördert werden.

2. Gender in zivilgesellschaftlicher Friedensarbeit

Die zivilgesellschaftliche Friedensarbeit ist gefordert, darauf aufzubauen. Dies setzt eine differenzierte Auseinandersetzung mit *Gender* voraus, die Differenzen zwischen Frauen und zwischen Männern erkennt und konstruktiv aufarbeitet. Gleichzeitig sollte die Überwindung gewaltgeprägter Männlichkeit angegangen werden. Wichtig ist es, nicht pauschal auf das oftmals verklärte und isolierte „*Empowerment* von Frauen“ zu bauen, sondern gemeinsam mit Frauen und Männern unterschiedlichen Alters und Status Wege zu mehr Geschlechtergerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit und der Verwirklichung von Menschenrechten zu suchen. Außerdem ist der Ansatz fatal, dass manche zivile Friedensfachkräfte meinen, es sei vorrangig ihre Aufgabe zur Beilegung oder Aufarbeitung ethnischer und religiöser Konflikte beizutragen und *Gender*-Konflikte auf einen unbestimmten Zeitpunkt in der Zukunft zu verschieben. Ohne die Beachtung von *Gender* lassen sich auch andere Konflikte nicht umfassend verstehen, geschweige denn bewältigen. Um so wichtiger ist die Erweiterung der Perspektiven auf militarisierte Männlichkeit und deren Interdependenzen mit ethnischen, religiösen oder nationalistischen Konflikten; lokale Ansätze zu deren Überwindung sollten wahrgenommen, gefördert und verbreitet werden.

3. Hürden und Herausforderungen gender-sensibler Friedensarbeit

Viele Gesellschaften sind hierarchisch aufgebaut; diese Strukturen betreffen Frauen und Männer. Es gibt nicht automatisch egalitäre Frauenorganisationen, deshalb ist Vorsicht geboten vor positiven Projektionen und unreflektierten Grundannahmen. Solidarität zwischen Frauen ist häufig mehr Wunsch als Wirklichkeit, denn weibliche Solidarität („female sisterhood“) ist nicht naturgegeben. Sie muss systematisch und kontinuierlich erarbeitet werden, sie ist nicht statisch.

Auch in Frauenfriedensgruppen gibt es unterschiedliche, oft kontroverse Konzepte, persönliche Animositäten, Profilierungsinteressen Einzelner oder gar Feindseligkeiten. Hier stellt sich die Grundfrage, wie repräsentativ die Leitung ist, wer in den Frauengruppen vertreten ist und wer ausgegrenzt wird. Wie werden Diskrepanzen und Interessenkonflikte zwischen Elitefrauen, rangniedrigen Frauen, Witwen, geschiedenen Frauen, Teenagern, Müttern und Ex-Kämpferinnen aufgearbeitet und wie gehen Frauenorganisationen mit internen Hierarchien um? Wie verhalten sie sich gegenüber HIV-positiven Frauen und Prostituierten?

Frauen und Mädchen, die z.B. als Kombattantinnen während Kriegen kulturell festgelegte Geschlechtergrenzen und *Gender*-Normen überschritten haben, werden von anderen Frauen (Zivilistinnen) nach Kriegen oft angefeindet. Schwiegermütter akzeptieren sie nicht länger als Schwiegertöchter, sie gelten als zu aufmüpfig. Auch auf gesellschaftlicher Ebene geraten reformbereite Frauen häufig in Konflikte mit Traditionalistinnen.

Wichtig zu beachten ist die Tatsache, dass Frauen nicht nur als Opfer, sondern auch als Vertreterinnen und Verfechterinnen partikularer und oft gewaltsam zu verteidigender Interessen von Religionsgemeinschaften, Ethnien, Nationen agieren. Zudem unterstützen und bestärken sie als glühende Nationalistinnen, Faschistinnen und Mitläuferinnen gewaltbereite Männer.

Hinsichtlich der Frage, welche Folgen internationale Geberförderung für lokale oder nationale Frauenorganisationen hat, sollten Abhängigkeiten und vielschichtige Hierarchien erkannt und konstruktiv aufgearbeitet werden.

Auch die Verbreitung fundamentalistischer Pfingstkirchen ist ein Problem. Etliche kommen aus den USA oder werden (indirekt) von dortigen fundamentalistischen Kirchen gefördert. Sie sind sehr zahlungskräftig und fanatisch, viele sind sexistisch und homophob. Zudem verstärken sie die binäre Geschlechterlogik. Mit neuen Heilzeremonien für die nach Kriegen traumatisierte und desorientierte Bevölkerung und mit attraktiven Konsum- und Prestigegütern verbreiten sie ihre neoliberale Logik. Auch neue christlich-konservative Frauengruppen werden gegründet; viele intensivieren die Distinktionen zwischen Frauen unterschiedlicher Herkunft und Weltanschauung.

Sowohl historische Kontexte als auch Staatsbürger- und Menschenrechte werden von etlichen dieser Organisationen bzw. den Pfingstkirchen ignoriert oder als unbedeutend betrachtet.

Ein weiteres, auf einer übergreifenden friedenspolitischen Ebene anzusiedelndes Problem sind die Kleinwaffen, die Gewaltspiralen in Gang setzen bzw. in Gang halten und dadurch sexistische und martialische Geschlechterstereotypen verbreiten.

Hinsichtlich der Militarisierung von Männlichkeit muss betont werden, dass sie ein gesellschaftliches Konstrukt ist, das gewaltfreie Formen der maskulinen Selbstbestätigung und Identitätsstiftung negiert, ablehnt oder zumindest reduziert. So gelten Deserteure als verweiblichte Verräter. Vielerorts ist die Militarisierung von Männlichkeit Resultat der Vulnerabilität und Viktimisierung von Männern und Jungen, beispielsweise durch Soldaten der staatlichen Armee. Auch verfeindete Konfliktparteien setzen sexualisierte Gewalt funktional ein: als non-verbale Kommunikationsform, um Frauen und Männer zu demütigen, wobei Männer entehrt werden, weil sie ihre Frauen und Töchter nicht schützen können.

Häufig werden auch Männer und Jungen sexuell misshandelt, was in vielen Nachkriegsgesellschaften verschwiegen wird, weil dadurch Tabus verletzt werden. Gleichzeitig wird diese Form der Demütigung von Männern verfälschend als homosexuell kategorisiert, wobei Homosexualität in vielen Ländern ein krimineller Straftatbestand ist. In Uganda zeigt sich dieses Problem in besonders dramatischer Weise, davon sind ugandische Männer und Flüchtlinge aus der D.R.Kongo betroffen. Um so dringlicher sind Strategien, die der Gewaltprägung von Männlichkeit und der daraus resultierenden Frauenverachtung und Homophobie Einhalt gebieten.

4. Innovative Ansätze zur Überwindung martialischer Männlichkeit

Das 2006 von früheren Anti-Apartheidkämpfern gegründete Sonke Gender Justice Network in Südafrika arbeitet an der Überwindung der tief verankerten Gewaltstrukturen. ‚Sonke‘ ist ein Nguni-Wort und heißt „zusammen“ oder „gemeinsam“. Sonke eint Männer unterschiedlicher Herkunft, auch einige Frauen arbeiten im Netzwerk mit. Sonke definiert sich als Allianzpartner von Frauen-, Homosexuellen-, Menschenrechts- und HIV/AIDS-Organisationen. Grundlage ist ein Menschenrechtsansatz, der die Gender- und Anti-Gewaltarbeit als Beitrag zu Demokratie und sozialer Gerechtigkeit versteht. Die Sonke-

AktivistInnen gehen davon aus, dass alle Männer aufgefordert sind, der grassierenden Gewalt Einhalt zu gebieten.

Sie weisen darauf hin, dass der politische Kampf für eine gerechte Gesellschaft gegen das rassistische und gewaltbereite Apartheidsystem vorbei ist und neue Dimensionen annimmt: Ziele sind die friedliche Überwindung von Gewalt, der couragierte Einsatz für Gerechtigkeit, Respekt vor Frauen und Mädchen und klare Kritik an Männern, die vergewaltigen, schlagen, misshandeln und keine Kondome benutzen. Das erfordert Mut, hat Anfeindungen durch dominante Männer zur Folge, bringt aber auch Gesundheit und Lebensfreude. Sonke-AktivistInnen betonen, nun sei der Frieden in ihre Häuser gekommen. Ihre Ehefrauen und Kinder würden sie respektieren und hätten keine Furcht vor häuslicher Gewalt.

Im Unterschied zu etlichen ANC-Vertretern zelebrieren sie keinen martialischen Heroenkult. Sonke steht im konstruktiv-kritischen Dialog mit der Regierung und prangert Fehlverhalten einzelner Politiker unter Bezug auf die neue südafrikanische Verfassung von 1996 und die darauf aufbauenden Rechtsgrundlagen an. Sonke fordert die Umsetzung von Gewaltschutzgesetzen und Rechtsreformen ein und ist damit ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft. Dies ist für die Demokratisierung in Südafrika bedeutend, denn die Oppositionsparteien sind sehr schwach. Sonke steht mit Männerinitiativen in anderen afrikanischen Ländern in engem Kontakt und bietet Workshops für UN-Organisationen an. Zudem berät ein Sonke-Vertreter den UN-Generalsekretär bei der Integration von Männern in UN-Gender-Programme.

Auf lokaler Ebene praktiziert Sonke einen mehrdimensionalen Ansatz: In der Peer-Gruppen-Arbeit ermutigen sich Jugendliche gegenseitig, Verantwortung für das eigene Sexualverhalten zu übernehmen. Diese Vorbildfunktion basiert auf einem neuen Männlichkeitsideal: Es umfasst Respekt vor dem eigenen Körper, der eigenen Gesundheit und Respekt vor anderen Menschen, insbesondere vor Frauen und Mädchen. Die Erziehung zur Gewaltlosigkeit und Toleranz gegenüber HIV-positiven Menschen und Homosexuellen geschieht u.a. durch den Einsatz neuer Medien, insbesondere das digitale Geschichtenerzählen, um Jugendliche zu befähigen, Empathie mit den Betroffenen zu entwickeln. Auf verschiedenen Ebenen tragen Medien zum Einstellungswandel bei; so bei der Kampagne „Brothers for Life“, durch die Sonke vorbildliche Rollenbilder, u.a. von verantwortungsvollen Vätern, verbreitet.

Sonke arbeitet auch mit traditionellen und religiösen Autoritäten und mit Lehrern zusammen, um Fehlverhalten zu sanktionieren und sie als Akteure der Veränderung zu gewinnen. Autoritätsmissbrauch hat häufig geschlechtsspezifische Dimensionen, um so bedeutender ist die Verhaltens- und Einstellungsveränderung der Autoritäten. Hinsichtlich der Kooperation mit traditionellen und religiösen Autoritäten ist es wichtig, dass sie nicht durch Rekurse auf Kultur, Tradition oder Religion männliches Gewalthandeln und daraus resultierende Gewaltstrukturen rechtfertigen.

Sonke setzt sich mit Präventionsprogrammen gegen die xenophobe Gewalt in Südafrika ein, die teilweise geschlechtsspezifische Formen hat. Davon sind Flüchtlinge und MigrantInnen betroffen, die aus Simbabwe, Mosambik oder den (Nach-)Kriegsländern im Gebiet der großen Seen, u.a. aus der D.R. Kongo, unter unmenschlichen Bedingungen nach Südafrika geflohen sind. In diesem Kontext kooperiert Sonke mit Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen. Zu diesem Zweck und zur Überwindung von Gewalt in den marginalisierten und von Abschiebung betroffenen Migrantengruppen hat Sonke Mitarbeiter aus Burundi, der D.R. Kongo und Simbabwe eingestellt.

Sonke koordiniert die Afrika-Arbeit des internationalen Netzwerk MenEngage aktiv, das über 400 Männer- und Gender-Organisationen in 35 Ländern vereint. MenEngage motiviert Jungen und Männer zum Engagement für Geschlechtergerechtigkeit und gegen Gewalt. MenEngage argumentiert mit internationalen Abkommen und baut seine lokale und regionale Advocacy-Arbeit darauf auf.

MenEngage berücksichtigt, dass Männer keine homogene Gruppe bilden, sondern in den Lebenserfahrungen, im Ressourcenzugang sowie in den wirtschaftlichen und politischen

Handlungsspielräumen durch Faktoren wie Herkunft, Klasse, Kaste, Ethnizität, Religion oder Alter unterschiedlich beeinflusst werden. MenEngage und alle darin vereinten Organisationen zielen darauf ab, diese Differenzen zwischen Männern, die nicht selten zu Konflikten führen, konstruktiv aufzuarbeiten.

5. Women Peace Makers Programme – Training of Trainers für Männer

Das Women Peace Makers Programm (WPP) in Alkmaar, ein Programm des 1919 gegründeten International Fellowship of Reconciliation (IFOR), das 1997 seine Arbeit mit Friedensstifterinnen aufnahm, hielt 2002 erste „Trainings of Trainers“ (ToT) für Frauen ab. Aufbauend auf deren Konzeption und die während der Trainings gewonnenen didaktischen Erfahrungen in der Kombination von Theorie und Praxis begann das WPP 2003, konzeptionell an der Integration von Männern in die Anti-Gewalt und Friedensarbeit von Frauen zu arbeiten. 2009 fand das erste Training für Männer aus Friedensorganisationen aus Afrika, Asien und Lateinamerika in den Niederlanden statt. An dem zweiwöchigen Training partizipierten 19 Männer aus 17 verschiedenen Organisationen; sie waren alle in Friedensorganisationen aktiv und mussten sich im Vorfeld für den Kurs bewerben, um klarzustellen, dass sie die erlernten Methoden auch als Trainer in ihren Organisationen nutzen würden. Mitte 2010 baute ein weiteres Trainingsprogramm für die Teilnehmer auf den ersten Kurs auf. Beide Trainings sind auf der Webseite des IFOR/WPP im Detail dokumentiert, dabei berichten etliche Teilnehmer von ihren Ansätzen und Erfahrungen, die neuen Perspektiven und Methoden in ihren Organisationen anzuwenden und in eigenen Trainings von Männern umzusetzen. Ausgangspunkt war das Anliegen, die Friedensarbeit von Frauen zu stärken und Männer als Allianzpartner in der Anti-Gewalt-Arbeit zu gewinnen. Deshalb wählte jeder Mann eine Aktivistin aus seiner Region als Diskussionspartnerin aus. Die Integration von Männern und die Reflexion über Weiblichkeits- bzw. Männlichkeitsvorstellungen, über die Militarisierung von Gesellschaften und über Möglichkeiten der gewaltfreien Konfliktlösung sollten zur nachhaltigen Friedenssicherung beitragen.

Während der Trainings wurden verinnerlichte Geschlechterstereotypen und deren spezifische Ausprägung in unterschiedlichen Gesellschaften und Kulturen aufgedeckt. Hierzu zählten länderspezifische Formen patriarchaler Macht- und Gewaltstrukturen sowie deren Auswirkungen auf Frauen und Männer. Auch die negativen und unbeabsichtigten Folgewirkungen isolierter Empowerment-Programme für Frauen wurden kritisch unter die Lupe genommen, schließlich tragen sie mancherorts dazu bei, dass Männer Gender-Themen als alleinige Frauenfrage einordnen oder Empowerment-Ansätze sogar als bedrohlich wahrnehmen.

Zur differenzierten Selbstreflexion der Männer trugen auch Diskussionen mit Vertreterinnen von Frauenorganisationen bei, die eine Übernahme von Gender-Programmen durch wortgewandte Aktivistinnen oder eine Entpolitisierung der gesamten Gender-Arbeit befürchteten. In Auseinandersetzung mit einer solchen Kritik entwickelten die Teilnehmenden einen 15-Punkte Plan, der auf einen kontinuierlichen Dialog mit Friedensstifterinnen und Frauenorganisationen sowie auf systematische Selbstreflexionen aufbaute. Dieser Plan schloss die Einbeziehung junger Männer und Jugendlicher in die Programme ebenso ein wie die Mobilisierung von Männern zur politischen Lobbyarbeit für Geschlechtergerechtigkeit, Frauen-/Menschenrechte und die Überwindung des Militarismus.

Die Teilnehmer ergründeten die Zusammenhänge zwischen staatlich legitimer, gesellschaftlicher und privater Gewalt sowie deren Verbindung mit Männlichkeitszuschreibungen. Die Normierung von Männlichkeit durch Gewalt und die Duldung oder Erwartung von Gewalthandeln von Seiten des Staates oder staatlicher Institutionen wie dem Militär oder nationalistischen Regierungen trage zur Verbreitung von Gewaltbereitschaft und gewaltsamen Handeln im Alltag bei, so die einhellige Beobachtung und Kritik der Teilnehmenden. Männlichkeit würde dann vor allem durch Gewalt definiert

und ein entsprechendes Verhalten würden andere Männer, Frauen und die Gesellschaft von Männern erwarten. Deutlich kam das Problem zur Sprache, dass sich Männer benachteiligt und untergeordnet fühlen, wenn Entwicklungs-/Friedensorganisationen nur auf Frauenförderung setzen und Frauen dominierende Positionen einnehmen. Um so wichtiger sei der konstruktive Dialog zwischen Männern und Frauen, die Planung integrierter Gender-Programme und die Überwindung der Militarisierung ganzer Gesellschaften. Daran können Männer als Akteure der Veränderung mitwirken, so die Einschätzung der Teilnehmer der Training of Trainers-Workshops.

Während des zweiten ToT-Workshops im Juli 2010 berichteten sie von eigenen Gender-Trainings, von Workshops, Medienarbeit, Theateraufführungen, Rollenspielen, T-Shirt-Kampagnen gegen Gewalt und vom eigenen Bemühen, Gender und gewaltfreie Männlichkeit als Themen in ihren Organisationen zu verankern.

6. Fazit und Perspektiven

Die innovativen Ansätze, Initiativen, Organisationen und Trainings zur Überwindung gewaltgeprägter Männlichkeit dokumentieren, dass Männlichkeits- und Weiblichkeitszuschreibungen keineswegs statisch sind. Zudem ist die Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt nach Kriegen und gewaltsamen Konflikten ein Prozess, an dem vor allem Männer als Akteure der Veränderung mitwirken sollten. Friedensorganisationen sind gefordert, ihre Anti-Gewalt-Ansätze mit Gender- und Männlichkeitsarbeit sinnvoll zu verknüpfen, nur so kann den Gewaltspiralen und der Militarisierung von Gesellschaften Einhalt geboten und ein nachhaltiger Friede erreicht werden.

Dr. Rita Schäfer ist Ethnologin und Gutachterin für Entwicklungszusammenarbeit

Different Culture – different Gender?

Nonviolent Peaceforce: Herausforderungen für die Projektarbeit

Outi Arajärvi

Die Nonviolent Peaceforce (NP) ist eine internationale Friedensorganisation, die in mehreren Konflikt- und Kriegsgebieten mit multinationalen, zivilen und ausgebildeten Friedensfachkräften in größeren Teams arbeitet, um dort die Zivilbevölkerung zu schützen. Nonviolent Peaceforce unterstützt speziell auch Menschenrechts- und FriedensaktivistInnen in ihrer Arbeit vor Ort und schafft ihnen Raum und Möglichkeiten für friedvolle Lösungen zu arbeiten. In diesen Projekten arbeiten Friedensfachkräfte aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen zusammen und treffen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen in den Konfliktgebieten. Mich hat in dem Zusammenhang der Tagung vor allem interessiert:

1. Welche Rolle spielt das Geschlecht in dem jeweiligen Projektland?
2. Welche Rolle spielt das Geschlecht der Friedensfachkräfte in der Projektarbeit?

Ich habe Friedensfachkräfte, die in den verschiedenen Projekten (Philippinen, Südsudan und Sri Lanka) von NP arbeiten zu diesem Thema interviewt und stelle die Ergebnisse hier vor, auch wenn ich aufgrund der begrenzten Anzahl der Befragten keine umfassende Analyse präsentieren kann. Ich habe dennoch versucht verschiedene Perspektiven zu erfassen, in dem ich Männer und Frauen, sowohl MitarbeiterInnen als auch Führungskräfte befragt habe.

Welche geschlechtsspezifische Gewalt kommt in den Konfliktgebieten vor, in denen NP arbeitet?

In Südsudan werden Frauen als Kriegsbeute gesehen: Sie werden oft mit ihren Kindern entführt. Eine Frau aus den nördlichen Regionen des Südsudans hatte der Projektleiterin kürzlich berichtet, dass sie zusammen mit mehr als 300 Frauen und Kindern bei den neueren bewaffneten Auseinandersetzungen in der Grenzregion entführt wurde. Sie mussten mehrere Tage marschieren und wurden am Ende als „Ehefrauen genommen“. Sie selbst mit ihrem kranken Baby wurde aus ihr unerklärlichen Gründen freigelassen. Ihre zwei älteren Kinder, fünf und acht Jahre alt, mussten da bleiben. In diesem Krieg agieren Frauen häufig als Hilfstruppe, die allerdings keine Waffen tragen, aber für die Truppen kochen und als Botinnen eingesetzt werden.

Ich habe eine weibliche und eine männliche Friedensfachkraft in dem NP-Projekt auf den Philippinen befragt und sie hatten zum Teil unterschiedliche Perspektiven zu der Frage nach geschlechtsspezifischer Gewalt. Der Mann sagte, dass seiner Meinung nach Frauen und Männer in gleichem Maß durch den Krieg leiden, er hätte nicht von geschlechtsspezifischer Gewalt gehört. Nur von häuslicher Gewalt, von Vergewaltigungen durch Verwandte, über die aber in der vorherrschenden Kultur des Schweigens nicht offen berichtet wird. Auch die weibliche Friedensfachkraft bestätigte, dass es keine systematische sexuelle Gewalt während des Krieges gab, aber sie berichtete von der immerwährenden Angst, in der die Menschen leben, sie rechnen ständig mit neuen Auseinandersetzungen und befürchten, dass sie wieder fliehen müssen. Ihrer Meinung nach leiden vor allem Frauen und Kinder darunter. Sie hatte auch die Flüchtlingslager im Blick, die für Frauen und Kinder oft eine große Gefahr darstellen, weil es dort oft sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen gibt.

Auch in Südsudan ist die kriegsbedingte sexuelle Gewalt in den Flüchtlingslagern sehr verbreitet, aber es ist schwer genauere quantitative Informationen zu bekommen. Die Hilfsorganisationen führen in den Flüchtlingslagern eine „Rapid needs assessment“ durch, aber können dabei diese Gewalt nicht erfassen. Nur in den Gebieten, wo es Programme für genderspezifische Gewalt gibt und wo durch längere Zusammenarbeit Vertrauen entstehen

kann, wird über diese häufig vorkommende Gewalt berichtet. In den Flüchtlingslagern kann man die durchdringende Militarisierung beobachten, Soldaten kommen mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsartikeln zu den Lagerteilen, wo Mädchen wohnen, und verkaufen die Waren gegen Sex.

Die Nonviolent Peaceforce arbeitete acht Jahre lang, bis Ende 2011, in Sri Lanka. Von der Situation nach dem Krieg berichtete eine ehemalige Friedensfachkraft, dass besonders die Witwen und die Frauen von verschollenen Männern stigmatisiert und ausgegrenzt werden. Genauso wie die ehemaligen Mädchensoldatinnen, die nicht mehr am öffentlichen Leben teilnehmen können.

Geschlechterspezifische Unterdrückung in den Projektländern. Einige Schlaglichter zu der Situation aus den Interviews

Die Regierung in dem neuen Staat Südsudan hat sich als Ziel gesetzt, eine Genderbalance herzustellen und für verschiedene Bereiche Frauen-Quoten festgelegt, z.B. sollen 30 Prozent der Regierungsämter von Frauen besetzt sein. Diese Ziele werden aber bisher nicht umgesetzt. Auf der Regierungsebene trifft man auch auf den Philippinen eher auf Lippenbekenntnisse: die Regierung ratifiziert alle internationalen Verträge, aber setzt kaum etwas um, es gibt viel Korruption und Armut.

Auf der philippinischen Insel Mindanao, wo die Nonviolent Peaceforce arbeitet, gibt es Unterschiede je nach dem religiösen Hintergrund der Bevölkerung: Christliche Gebiete sind im Allgemeinen liberaler als die muslimischen Communities. Es gibt auch starke Stadt-Land Unterschiede. Neuerdings gibt es aber auch junge Musliminnen, die ihre Stimme erheben, um mehr Gleichberechtigung zu erreichen.

In Sri Lanka herrscht eine traditionelle Rollenverteilung, Frauen in den lokalen Organisationen arbeiten meistens in der Administration und Kommunikation, Männer dagegen in führenden Positionen. Auch wenn Frauen doch eine Organisation leiten, dominieren die Männer die Gespräche.

Friedensfachkräfte im Spannungsfeld zwischen neuen und alten Rollenbildern

Frauen sind vor allem auf lokaler Ebene aktiv und spielen dort eine wichtige Rolle. Auf nationaler Ebene gibt es weniger Frauen und in vielen offiziellen Friedensverhandlungen sind sie gar nicht vertreten. Auf den Philippinen wird Frauen die Rolle der Friedensstifterinnen verbal gegeben, aber sie bekommen keine Gelegenheit dazu, es wird nicht klar, wie sie die Rolle ausüben könnten. Allerdings werden sie traditionell als Mittel zur Versöhnung bei Konflikten zwischen verschiedenen Klans benutzt. Eine Frau wird dann mit einem Mann aus dem gegnerischen Klan verheiratet, eine Praxis, die nicht gerade nach den Rechten der Frau fragt.

In dem Kontext des Friedensprozesses auf Mindanao, wo NP zusammen mit zwei lokalen Organisationen eine offizielle Rolle in dem internationalen Monitoringteam des Waffenstillstandes spielt, hat eine der Partnerorganisationen im Rahmen des zivilen Frühwarnsystems auf lokaler Ebene Teams eingerichtet, die nur aus Frauen bestehen.

Im Südsudan hat NP als eine der Mandatsaufgaben auch ein Schutzprogramm speziell für Frauen und Kinder und setzt dort Teams von Frauen ein. Es sind immer gemeinsame Teams von einer internationalen Friedensfachkraft und drei bis vier lokalen Frauen als nationale Friedensfachkräfte. Die nationalen KollegInnen sind natürlich gebunden in ihren sozialen Bezügen und kommen gerade in den ländlichen Gebieten, wo NP meistens arbeitet, aus eher traditionellen Verhältnissen. Meine Interviewpartnerin erzählte, dass es manchmal schwierig ist, mit den Meinungen der männlichen Kollegen umzugehen, wenn sie z.B. vertreten, dass es „manchmal nötig ist, die Frau zu schlagen, wenn sie einfach nicht zuhören will“ oder Aussagen machen wie: „Es ist nicht schlimm eine Braut zu entführen, denn wahrscheinlich

wird sie später doch ihren Mann lieben“. Die Projektleiterin meinte, dass viele Gespräche nötig sind, um die unterschiedlichen Wertvorstellungen im Einklang zu bringen. Es ist auch oft schwierig für die weiblichen lokalen Mitarbeiterinnen in dieser traditionellen Umgebung zu arbeiten. Es ist eine besondere Herausforderung für viele junge, verheiratete weibliche Teammitglieder, die häufiger Probleme mit ihren Ehemännern haben, wenn sie spät arbeiten oder über Nacht reisen müssen, dann kann es heißen, dass sie ihre häuslichen Pflichten vernachlässigen würden. Eine Mitarbeiterin hatte z.B. gekündigt, weil ihr Ehemann der Meinung war, dass die zwei Fehlgeburten, die sie hatte, von der Arbeit kämen. Sie hatte lange gekämpft, aber musste die Arbeit aufgeben. Leider hatte sie später wieder eine Fehlgeburt. In einem anderen Fall hatte ein Ehemann eine Mitarbeiterin sehr unter Druck gesetzt aufzuhören, weil er sie zu Hause bräuchte. Sie war weinend zu der Projektleiterin gekommen und erzählte, wie wichtig die Arbeit für sie sei. Aber sie könne nichts tun, auch ihre Mutter war gegen die Arbeit, denn sie hätte das Brautgeldis bekommen und wollte es nicht verlieren. Die Mutter hätte ihr gesagt, dass sie ihrem Mann gehorchen müsse. Es gelang schließlich doch eine Einigung mit dem Mann zu erreichen, in dem Arbeitszeiten vereinbart wurden, die ihn zufriedenstellten.

NP will keine neue häusliche Gewalt produzieren und auch nicht die Frauen vor die Wahl stellen entweder zu arbeiten oder zu Hause zu bleiben. Gleichzeitig ist es extrem wichtig auf das Gleichgewicht der Geschlechter in den Teams zu achten, gerade wenn man beide Geschlechter im Blick hat. Aber es ist auch schwierig, genügend weibliche Mitarbeitende zu finden. In einer großen Stadt wie Juba könnte man leichter Mitarbeiterinnen finden, aber sie würden sich wiederum nicht für die Arbeit in den ländlichen Regionen eignen, weil dort gerade zählt, dass örtlichen Kräften leichter Vertrauen geschenkt wird.

Gefragt nach den unterschiedlichen Sicherheitsaspekten für Männer und Frauen, verneinte mein Interviewpartner auf Mindanao einen Unterschied. Er meinte, es gäbe keinen Unterschied, so sei z.B. die Gefahr vor Entführung für alle gleich, aber ergänzte dann doch, dass Frauen manchmal von Belästigung betroffen seien und Begleitung durch männliche Kollegen bräuchten.

Die afrikanischen Kolleginnen, so eine Interviewpartnerin aus Südsudan, seien viel eher gefährdet als internationale, speziell weiße Frauen. Die Projektleiterin meinte, dass sie als weiße und etwas ältere Frau eine „andere Spezies“ sei, quasi geschlechtslos.

Unterschiedliche Rollen und Aufgaben in der Projektarbeit

Die Nonviolent Peaceforce versucht in ihrer Arbeit immer eine Genderbalance in Meetings mit lokalen Partnern und Bevölkerung zu erreichen, was auch meistens gelingt.

Alle Interviewten sagten, dass es natürlicherweise bestimmte Aufgaben gebe, wo Geschlecht eine Rolle spielt, so sind Gespräche unter Frauen leichter oder nur möglich, wenn Frauen zu ihnen kommen. Andererseits sprechen die Militärs wiederum lieber mit Männern. NP achtet sehr darauf, bei allen anderen Treffen eine Genderbalance zu haben und versucht zu gewährleisten, dass beide Geschlechter zu Wort kommen. Allerdings muss man auch berücksichtigen, dass Alter manchmal eine wichtigere Rolle spielt als das Geschlecht, ältere Frauen sind dann genauso akzeptiert. Eine junge weibliche Interviewpartnerin berichtete, dass es sie manchmal schon sehr ärgert, doppelt im Nachteil zu sein.

Die Frage, ob Frauen und Männer die gleichen Aufstiegschancen innerhalb von NP haben, haben alle Befragten bejaht. Es würde nach Qualifizierung und Kompetenzen gefragt, nicht nach Geschlecht. Allerdings ergänzte ein männlicher Gesprächspartner, dass seiner Meinung nach Frauen mehr ermutigt werden sollten, Leitungspositionen zu übernehmen.

Beispiele für Schutzmaßnahmen gegen geschlechtsspezifische sexuelle Gewalt in Südsudan

Nach einigen Diskussionen, ob das NP-Mandat des allgemeinen Schutzes für die Zivilbevölkerung auch einen besonderen Schwerpunkt auf kriegsbedingte sexuelle Gewalt einschließen kann, hat NP auf die Anfrage von UNICEF hin eine Programmkomponente zum Schutz der Frauen und Kinder in Südsudan errichtet. Die Arbeit umfasst unter anderen folgende Maßnahmen:

1. Identifizierung von Bereichen, in denen sexuelle Gewalt mit hoher Wahrscheinlichkeit vorkommt und wo Frauen und Mädchen Schutz und Sicherheit brauchen
2. Identifizierung von Personen, die Opfer vom Missbrauch werden könnten, wie Kinder, die alleine unterwegs sind, alleinstehende Frauen, Behinderte, ethnische Minderheiten
3. Identifizierung von Ressourcen in der Gemeinschaft, Information über legale Möglichkeiten für Schutz und Prävention
4. Identifizierung von traditionellen Systemen der Konfliktlösung in der Gemeinschaft
5. Capacity building und Training für lokale Autoritäten, damit sie Schutzfunktionen übernehmen können
6. Etablierung von Strategien für bessere Sicherheit, proaktive und mobile internationale Präsenz und Sichtbarkeit in gefährlichen Orten
7. Identifizierung von sicheren Häusern und Plätzen für Zeugen und Zeuginnen und andere gefährdete Personen
8. Informationsveranstaltungen für Frauen und Mädchen über Gesetze und Schutzmaßnahmen zusammen mit der örtlichen Polizei
9. Schützende Begleitung und technische Unterstützung von Organisationen, die zur geschlechtsspezifischen Gewalt arbeiten und Begleitung für Opfer, die zur Polizei gehen wollen
10. Verbreitung von Information über Beratungsmöglichkeiten zur geschlechtsspezifischen Gewalt – koordiniert mit entsprechenden Partnerorganisationen

Outi Arajärvi ist Vorstandsmitglied beim Bund für Soziale Verteidigung und in der Nonviolent Peaceforce.

Zur Arbeitsgruppe "Die Friedensbewegung unter der Genderlupe"

Dr. Nina Althoff und Kai-Uwe Dosch

Nachdem Heide Schütz mit ihrem Input in die Diskussion der „G-Frage“ mit Blick auf die Friedensbewegung eingeführt hatte, führten wir diese in der Arbeitsgruppe mit einem Fokus auf der Friedensbewegung in Deutschland fort. Es wurde der Versuch unternommen, „Schritte zur Veränderung“ zu entwickeln. Hierzu wurden verschiedene Bereiche identifiziert, die in den Blick genommen werden müssen. Dazu zählen Themenwahl und Themenansätze, die mit Blick auf Gender in der Arbeit der Friedensbewegung diskutiert wurden. Hier wurden konkrete zu behandelnde Einzelthemen identifiziert und Referenzen für die entsprechenden Empfehlungen gesammelt. Dabei waren sich die Teilnehmenden grundsätzlich einig, dass einerseits ganzheitliche Ansätze notwendig und andererseits die Eigenständigkeit des Themas Gender betont und eingefordert werden muss. An konkreten Themen wurde beispielsweise die Exit-Strategie zu Afghanistan und die Gefahr der Instrumentalisierung der Resolution 1325 für militärische Zwecke genannt. Dazu zählen etwa die Gender-Komponenten von NATO und EU, die in der Integration von Frauen in militärische Strukturen bestehen. So erfolgt fatalerweise die Rechtfertigung von Militärinterventionen durch die Zusammenarbeit mit oder den Bezug auf Frauengruppen anstatt der Aufklärung über die Möglichkeit der Verweigerung sowohl von Männern als auch von Frauen. Als Referenzdokument wurde unter anderem die Bedeutung der Aktionsplattform von Peking betont, die besonders mit dem Kapitel Frauen und Frieden stärker als Instrument der Friedensbewegung genutzt werden könnte, ebenso die UN-Sicherheitsratsresolution 1325 und ihre Folgeresolutionen zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Auch sollten die neuen Entwicklungen zum Menschenrecht auf Frieden im Menschenrechtsrat unterstützt und begleitet werden.

Ein weiterer wichtiger Bereich, der diskutiert wurde, war die Sprache: Sprache bildet Wirklichkeit nicht nur ab, sondern stellt Wirklichkeit auch her und spielt eine große Rolle in Bezug auf Gender. So wurden Empfehlungen in verschiedener Hinsicht genannt, beispielsweise geschlechtergerechte oder geschlechterneutrale Sprache zu verwenden, Frauen nicht nur als Opfer, Männer nicht nur als Täter darzustellen, verdeckte Frauenfeindlichkeit im Gespräch aufzudecken oder gender-sensible Gruppennamen zu wählen.

Aber auch organisatorisch und institutionell muss sich die Friedensbewegung anders aufstellen. Hier sind eine Reihe von Maßnahmen möglich, die über rein quantitative Fragen (wie Gender-Balance in der Gesprächsführung, Frauen-Quoten in Gremien und paritätische Doppelspitzen) hinausgehen und teils niedrigschwellig bzw. leicht umsetzbar sind. Beispielsweise kann Kinderbetreuung, Heimarbeit und Ähnliches mitgedacht und ermöglicht werden. Es wurde auch über Vielfalt im weitesten Sinne diskutiert und der Friedens- wie auch der Frauenfriedensbewegung diesbezüglich selbstkritisch ein Defizit attestiert. Dabei wurde festgehalten, dass es wichtig ist, machtfreie Diskurse und echte Dialoge zu ermöglichen und durchzuführen – offen für die Beteiligung aller Menschen (wo sind die behinderten Frauen, wo die Migrantinnen?).

Hierfür können insbesondere auch Bündnisse sinnvoll sein. Nicht nur sollten die Friedensbewegung und Frauenfriedensorganisationen verstärkt Bündnisse eingehen und stärker zusammenarbeiten, sondern auch andere Organisationen wie Migrantenselbstorganisationen sollten stärker einbezogen werden. Insgesamt sollte eine größere Dialogbereitschaft bestehen und mehr Netzwerke als Hierarchien aktiv angestrebt werden. An ersten konkreten Vorschlägen wurde etwa gesammelt: Mehr Friedensgruppen ins Bündnis 1325 sowie verstärkte Sichtbarkeit von Frauenfriedensgruppen in antimilitaristischen Bündnissen.

Kai-Uwe Dosch ist Geschäftsführer des Bundes für Soziale Verteidigung

Dr. Nina Althoff ist Geschäftsführerin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit

Impressum:

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Tel.: +49 571 29456
Fax: +49 571 23019
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Redaktion:

Judith Conrads

Redaktionelle Mitarbeit:

Kristin Kurzhals
Sebastian Grieser
Tanyo Vasilev

ISSN:
1439-2012

November 2012